28. Jahrgang 1980 / 3. Heft / Juli

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

KLEMENS VON KLEMPERER
Glaube, Religion, Kirche und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus

GEOFFREY WARNER
Die britische Labour-Regierung und die Einheit Westeuropas 1948–1951

STEFAN BAJOHR
Weiblicher Arbeitsdienst im „Dritten Reich" zwischen Ideologie und Ökonomie

DOKUMENTATION
Der Fritsch-Brief vom 11. Dezember 1938
(Nicholas Reynolds)
Zur politischen Tätigkeit deutscher Emigranten im Council for a Democratic Germany
(Friedrich Baerwald)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Martin Broszat, Horst Möller, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Klemens von Klemperer — Glaube, Religion, Kirche und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus 293

Geoffrey Warner — Die britische Labour-Regierung und die Einheit Westeuropas 1948–1951 310

Stefan Bajohr — Weiblicher Arbeitsdienst im „Dritten Reich". Ein Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie 331

DOKUMENTATION

Der Fritsch-Brief vom 11. Dezember 1938 (Nicholas Reynolds) 358

Zur politischen Tätigkeit deutscher Emigranten im Council for a Democratic Germany *(Friedrich Baerwald)* 372

NOTIZEN *384*

BIBLIOGRAPHIE *45*

Diesem Heft liegt ein Verzeichnis des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2151–1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,70 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

28. Jahrgang 1980 Heft 3

KLEMENS VON KLEMPERER

GLAUBE, RELIGION, KIRCHE UND DER DEUTSCHE WIDERSTAND GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS

Für Karola von Kempis (in memoriam)
und Robert M. Haddad

Das Thema „Kirche und Widerstand" ist bisher vorwiegend im Zusammenhang mit dem Kirchenkampf angeschnitten worden, der sich aber, genaugenommen, mit dem Widerstand nur überschneidet, so in den Personen von Dietrich Bonhoeffer und Alfred Delp. Die Behandlung geschah entweder in der Form von Apologetik, die Kreuz und Hakenkreuz als gegebene und wirksame Alternativen im „Kulturkampf" der NS-Zeit gegenüberstellte[1], oder in der Form der Polemik, die sich, in den sechziger Jahren mit soviel Wucht von Böckenförde und dann von Hochhuth ausgelöst[2], auf die Kirchen, besonders die römische Kirche, stürzte, oder endlich, wie im vergangenen Jahrzehnt, in der Form ausgleichender und abwägender Zeitgeschichtsschreibung[3]. Der Akzent in der Argumentation lag jedenfalls durchweg auf dem Institutionellen, das heißt sie befaßte sich vorwiegend mit der Rolle der Kirchen im Dritten Reich.

Im folgenden soll nicht die Debatte über den Kirchenkampf oder über die Stellung der Kirchen zum Nationalsozialismus, das heißt über den Widerstand der Kirchen, weitergeführt werden. Vielmehr gilt die Aufmerksamkeit einem Problem, das wohl weiterreichend ist, sicher auch schwieriger und bisher noch ziemlich unerforscht: nämlich dem der Frömmigkeit, der christlichen Frömmigkeit, im Widerstand, die selbst wiederum ein Kapitel der Frömmigkeit im Dritten Reich, wenn nicht der Frömmigkeit unserer Zeit ist.

Es ist nicht abwegig, hier zu betonen, daß in einem sehr weiten Sinne des Wortes über die Frömmigkeit im Dritten Reich noch viel zu sagen ist, daß wenigstens ein Anschneiden dieses Problems auch für die hier gewählte Fragestellung von Bedeutung ist. Der Nationalsozialismus selbst war ja doch eine pseudo-religiöse Bewegung. Es

[1] J. Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und den kirchlichen Widerstand, München 1946.

[2] E.-W. Böckenförde, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine kritische Betrachtung, in: Hochland 53 (1960/61), S. 215–239; R. Hochhuth, Der Stellvertreter, Hamburg 1968.

[3] Siehe insbesondere J. S. Conway, The Nazi Persecution of the Churches 1933–1945, London 1968; E. Ch. Helmreich, The German Churches under Hitler. Background, Struggle, and Epilogue, Detroit 1979.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kam nicht von ungefähr, daß Adolf Hitler von „Gott" oder der „Vorsehung" sprach und sich sogar durch die Identifizierung mit einem „positiven Christentum" im Bereiche des Pseudo-Christlichen – also einer christlichen Häresie – bewegte. Man muß den Nationalsozialismus als eine der mächtigsten Gegenbewegungen der Neuzeit gegen die Säkularisierung verstehen, nämlich gegen die fortschreitende Lösung in Staat und Gesellschaft, in der Seele des modernen Menschen, von metaphysischen Gewißheiten, von Tradition und Religion. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg mit all ihren Nöten und Leiden sah der Nationalsozialismus sich berufen, den Verlust von Tradition und Religion durch eine neue Ganzheitsideologie, eine neue Totalität, eine neue Pseudo-Religion wettzumachen. Es ist bisher in der Literatur über den Nationalsozialismus allzu viel von seinem Opportunismus und seiner Ideenlosigkeit geschrieben worden; am Ende war er doch ein Ausdruck der Krise des europäischen Geistes. Seine Weltanschauung, seine Ideologie war, wie Benjamin Disraeli, der große konservative englische Staatsmann, es vor langer Zeit voraussah, eine Antwort auf den Verlust von „traditionary influences" in der Gestalt von „outraged tradition"[4]. Er war also „outraged tradition" sowohl als auch „outraged religion". Und bei einer Erörterung der Frömmigkeit im zwanzigsten Jahrhundert muß auch dem Nationalsozialismus in all seiner Perversion Raum gegeben werden.

Was nun die Frömmigkeit des Widerstandes angeht, so ist unbestreitbar, daß eine große Anzahl der Angehörigen des Widerstandes unter dem unmittelbaren Eindruck des Nationalsozialismus sich dem Christentum zuwandte. Die meisten, aus welcher Schicht sie auch immer kamen, hatten ihren Ausgangspunkt im, sagen wir, mehr oder weniger Weltlichen, wenn nicht Agnostischen, und rangen sich dann im Laufe der Ereignisse zu einer ausgesprochen christlichen Frömmigkeit durch – und dies nicht nur in den letzten Tagen oder Monaten der Haft. Das gilt für den kommunistischen Einzelgänger Johann Georg Elser und für den Sozialisten Theodor Haubach genauso wie für Männer wie Adam von Trott zu Solz, Graf Helmuth James von Moltke und, als Vertreter der älteren Generation, Carl Goerdeler. Natürlich war eine solche Entwicklung vorwiegend bei protestantischer Herkunft zu verzeichnen, da, wie zu erwarten, besonders in diesen Kreisen die traditionellen Bande sich gelockert hatten und der Säkularisierungsprozeß fortgeschritten war.

Johann Georg Elser, dessen Bürgerbräu-Attentat vom November 1939 Hitler mit Hilfe der „Vorsehung", wie er glaubte, entging, beschrieb seine Entwicklung folgendermaßen:

> „Persönlich, d. h. aus freiem Herzen und in selbstgewählten Worten habe ich nie zu Gott gebetet. Meine Tat bzw. den Wunsch eines Gelingens derselben habe ich nie mit in mein Gebet aufgenommen. Als Kind wurde ich von meinen Eltern gelegentlich sonntags mit in die Kirche genommen, später bin ich manches Mal allein gegangen, aber schließlich immer seltener. Erst im Laufe dieses Jahres ging ich wieder öfter in die Kirche, nämlich bis heute vielleicht seit Jahresbeginn ungefähr 30-mal. Ich bin in letzter Zeit auch öfter werktags in eine katholische Kirche gegangen, wenn gerade keine evangeli-

[4] W. F. Monypenny u. S. E. Buckle, The Life of Benjamin Disraeli, Bd. III, New York 1914, S. 181.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Kirche da war, um dort mein Vaterunser zu beten. Es spielt meines Erachtens keine Rolle, ob man dies in einer evangelischen oder katholischen Kirche tut. Ich gebe zu, daß diese häufigen Kirchenbesuche und dieses häufige Beten insofern mit meiner Tat, die mich innerlich beschäftigte, in Zusammenhang stand, als ich bestimmt nicht soviel gebetet hätte, wenn ich die Tat nicht vorbereitet bezw. geplant hätte. Es ist schon so, daß ich nach einem Gebet immer wieder etwas beruhigter war."[5]

Theodor Haubach trat, und zwar nicht in letzter Stunde, der evangelischen Kirche bei und empfing das Abendmahl von Eugen Gerstenmaier[6]. Die Familie Goerdeler ging seit Beginn der NS-Herrschaft allsonntäglich in die Kirche, was sie vorher nicht zu tun pflegte[7]. Aber dies sind nur beiläufige Hinweise. Die eigentliche Fragestellung lautet: Welche Formen der Frömmigkeit entwickelten die Männer des Widerstandes im Laufe ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus und inwieweit wurde diese Frömmigkeit für sie richtunggebend?

Wenn hier versuchsweise die Unterscheidung zwischen Glauben und Religion benützt wird, die von Dietrich Bonhoeffer hervorgehoben und in den Mittelpunkt seiner Theologie gestellt worden ist[8], so weil sie vielleicht behilflich sein kann, der Art der Frömmigkeit der Widerständler nachzugehen. Bonhoeffers Mitstreiter sind, wenn sie auch nicht primär theologisch bestimmt waren und wenn sie auch, wie Trott und Stauffenberg, Bonhoeffer nicht persönlich kannten oder ihm, wie Moltke, nicht eng verbunden waren, in ihrem religiösen Suchen doch seine Zeitgenossen, Weggenossen, Leidensgenossen gewesen. Für sie alle stand die Auseinandersetzung mit der Frage der Säkularisierung, aus der Bonhoeffers Unterscheidung zwischen Glauben und Religion erwachsen war, im Mittelpunkt ihres Denkens: d. h. die Entchristianisierung und Rechristianisierung. Dazu kam dann auch die Frage der konkreten Formgebung für ihre Frömmigkeit, ihre Ecclesiologie, die bei allen, selbst bei Bonhoeffer, unvollendet blieb, aber doch in der Betonung des Ökumenischen von wesentlicher Bedeutung wurde. Bonhoeffer schnitt das Problem der Formen der Frömmigkeit in einer modernen säkularisierten Welt an und löste insbesondere hergebrachte konventionelle Begriffe auf. Seine Einsichten mögen hier als Hypothese dazu dienen, der Auseinandersetzung eines Trott oder eines Moltke mit dem Christentum zu folgen. Zumindest stellte Dietrich Bonhoeffer die Frage, auf welche Art man in einer säkularisierten oder, wie er sich ausdrückte, in der „mündig gewordenen" Welt[9], in der Religion im engsten Sinne des Wortes nicht mehr möglich ist, dennoch zum christlichen Glauben finden kann. Für Bonhoeffer gab es kein einfaches Zurück von der Säkularisierung zur Religion, eine Schlußfolgerung, die nicht unbedingt allgemein annehmbar ist. Aber Dietrich Bonhoeffers Frage, welche Arten oder Abarten christlicher Frömmigkeit in einer mündig gewordenen Welt möglich sind, ist von allgemeiner Bedeutung.

---

[5] L. Gruchmann (Hrsg.), Autobiographie eines Attentäters. Johann Georg Elser, Stuttgart 1970, S. 75.

[6] Mitt. Freya v. Moltkes an den Verf.

[7] Mitt. Ulrich Goerdelers an den Verf.

[8] Vgl. besonders D. Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hrsg. von E. Bethge, München 1951, S. 131–198.

[9] Ebenda. S. 160.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Fragestellung geht auf William James zurück, den amerikanischen Philosophen und Psychologen, mit dem sich Dietrich Bonhoeffer während seines amerikanischen Studienjahres (1930/31) gründlich auseinandergesetzt hatte. In den Gifford Lectures in Edinburgh vom Jahre 1901/02 befaßt sich James mit „Varieties of Religious Experience"[10] und glaubt grundsätzlich zwischen zwei Formen der Frömmigkeit unterscheiden zu können: jener, die durch Tradition übermittelt wird und von Gewohnheit, „träger Gewohnheit", geprägt ist, und jener, die einem „akuten Fieber" gleicht[11]. Diese Unterscheidung entwickelt er dann weiter zur Unterscheidung zwischen einer gesunden, harmonischen Frömmigkeit und einer kränkelnden, zerspaltenden.

Solche Unterscheidung kann nicht oder nur in ganz begrenztem Maße als Modell für die Frömmigkeit des Widerstandes dienen, der sich in einer Lage fand, die wohl einzigartig war: in einer mündig gewordenen Welt, unter dem Druck der totalen Macht, die selbst pseudo-religiöse Attribute hatte, suchte er den Weg zu einem Gottesglauben zu bahnen. Wohl sprach Hermann Kaiser, der ja der älteren Generation angehörte (geb. 1885), von der „Religion der Väter", die dazu diene, „für die einzuschlagende Richtung im persönlichen und allgemeinen Leben Weisungen und Richtpunkte" zu geben[12]. Für die jüngeren war das nicht so einfach. Helmuth von Moltke (1907) war in einem Christian-Science-Haus aufgewachsen und selbst lutheranisch getauft und konfirmiert. Zu Mittag wurde im Berghaus von Kreisau das Tischgebet gesagt – zu Mittag und nicht zu Abend, weil es zu Abend weniger zu essen gab; sonst aber ging Helmuth, auch nachdem er 1929 Herr von Kreisau geworden war, selten in die Kirche[13]. Hans-Bernd von Haeften (1905), der unter den protestantischen Laien des Widerstandes einer der theologisch bestgeschulten war, betonte, daß Luther „keine allgemein gültigen" Antworten geben könne[14]. „Wie ich schon eingangs sagte, muß jeder die Antwort letzten Endes neu für sich selber finden. Und das mag in den seltensten Fällen von heute auf morgen gelingen. In den meisten Fällen mag auch hier ... Geduld vonnöten sein ... ‚Geduld (sagt Paulus) bringet Erfahrung; Erfahrung aber bringet Hoffnung; Hoffnung aber läßt nicht zu Schanden werden'."[15]

Auf Denken und Handeln seines Freundes Adam von Trott (1909) übte ohne Zweifel dessen Mutter Eleanore von Trott einen wesentlichen Einfluß aus; sie war eine bedeutende, tief religiöse Frau, für die ihr Glaube zu einem Wegweiser für ihr Handeln wurde. Das war gar nicht so häufig in der Welt des preußischen Adels – Eleanore von Trott war eine geborene von Schweinitz –, in der Glaube und Politik allgemein eher getrennt blieben; es mag ein Vermächtnis ihrer mütterlichen Vorfahren, der amerikanischen Familie Jay, sein, die calvinistisch-hugenottischer Herkunft

[10] W. James, The Varieties of Religious Experience, New York 1902.
[11] Ebenda, S. 8.
[12] Abschrift von Brief Hermann Kaisers an „Lieber Herr", 5. 1. 1943; Sammlung Rudolf Pechel, III/2, Bundesarchiv Koblenz.
[13] M. Balfour/J. Frisby, Helmuth von Moltke. A Leader against Hitler, London 1972, S. 18, 41.
[14] Hans-Bernd von Haeften an Hannes Brockhaus, Januar 1941, in: Barbara von Haeften, Aus unseren Briefen 1931–1944, S. 117.
[15] Ebenda, S. 117f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war. Eleanore von Trott war früh, d. h. in den zwanziger Jahren, in ökumenische Tätigkeit verwickelt, die sie, wie auch den jungen Adam, mit Willem Visser't Hooft zusammenbrachte, und ihre Entrüstung über den Nationalsozialismus verstrickte sie dann in den Kirchenkampf. So schrieb sie 1936 an Adam über die Abkehr von Gott, „die in Rußland und Spanien offenkundig, bei uns noch verschleiert" sei. Sie fuhr fort:

„Ich glaube, daß der Kampf, in dem wir stehen, denkbar ernst ist ... Nur durch Christus ... , nur dadurch, daß wir Führer bekommen, die in seinem Geist und seiner Kraft wirken, kann es besser werden. Aber wenn es besser werden soll, dann müssen die, die an diese Ideen glauben, sich bis zum letzten dafür einsetzen und das ‚dein Wille geschehe' nicht wie üblich nur in müder Resignation sagen, sondern mit dem überwältigenden und sieghaften Nachsatz: ‚wie im Himmel, also auch auf Erden'. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

So, lieber Adam, da habe ich Dir gesagt, wie ich über die Dinge denke. Kannst Du mir zustimmen."[16]

Wir kennen die unmittelbare Erwiderung Adams leider nicht, aber letzten Endes war seine Verstrickung in den Widerstand seine treueste Antwort, schrieb er doch im Jahre 1941 ganz eindeutig an die Mutter, „daß wir von Dir den Sinn eines christlichen Lebens und Glaubens gelernt haben"[17].

Dies bedeutet aber nicht, daß Adams Frömmigkeit „second hand", das heißt übertragen im Sinne von William James war. Schon als Bube lehnte er sich gegen den unterwürfigen Zug des Christentums auf, gegen die Betonung des Betens anstatt der mutigen Tat[18] – als ob er damals schon Nietzsche gelesen hätte. Und im Sommer 1928 befreundete Adam sich anläßlich einer Reise in die Schweiz mit dem Freund seiner Mutter Visser't Hooft, dem späteren Generalsekretär des provisorischen Ökumenischen Rates der Kirchen. Visser erinnert sich, daß Adam damals in einer „religiösen Krise" gewesen sei: „Die Bibel sage ihm nichts, die Lektüre von Dostojewskis Romanen bedeute augenblicklich für ihn die indirekte Verbindung mit dem Christentum."[19] Ohne Zweifel war Adam, nach allen Aussagen, ein tief religiöser Mensch, wenn auch kein Kirchengänger und nicht, wie er sich einmal ausdrückte, „im alten christlichen Sinne". Er schrieb dies im Jahre 1938 von seiner China-Reise; sein Gottesglaube war damals von dem Mysterium des Fernen Ostens genährt[20].

Wie schon angedeutet, müssen wir Trott, Moltke und auch Bonhoeffer als Angehörige ein und derselben Generation sehen, deren grundsätzliches Bewußtsein nach Bonhoeffer das „Unvollendete, Fragmentarische unseres Lebens" war[21], das sie von der Generation der Eltern absetzte. Helmuth von Moltke sprach von der „Sinnlosig-

[16] Eleanore von Trott an Adam von Trott, 16. 10. 1936; Briefe der Eltern, Sammlung Trott.

[17] Adam von Trott an E. von Trott, 27. 4. 1941; Briefe an die Mutter 1919–1944, Sammlung Trott.

[18] Ch. Sykes, Troubled Loyalty. A Biography of Adam von Trott zu Solz, London 1968, S. 18.

[19] Clarita von Trott, Adam von Trott zu Solz. Eine erste Materialsammlung, Sichtung und Zusammenstellung 1957/58. Vgl. W. A. Visser't Hooft, Memoirs, Philadelphia 1973, S. 155.

[20] Diana Hopkinson an Reverend John W. Darr, 31. 12. 1946, Sammlung Julie Braun-Vogelstein, Leo Baeck Institut; Hasso v. Seebach an Diana Hopkinson, 23. 9. 1949, im Besitz von Mrs. Hopkinson; C. v. Trott, Materialsammlung, S. 137.

[21] Bonhoeffer, Widerstand, S. 60f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit alles Handelns"[22]. Adam von Trott sah sich einer „starken Irreführungen, Illusionen und Enttäuschungen ausgesetzten Generation" zugehörig und sich selbst als einen „unsteten Weltwanderer"[23]. In den letzten Monaten vor dem Attentat, als Adam sich eingehend mit seinem Glauben auseinandersetzte, betonte er aber wiederholt, daß es mit der „naiven Frömmigkeit, die dazu oft auf Trägheit (William James!), wenn nicht roher Feigheit beruht"[24], nicht getan sei. Der „christliche Kinderglaube" reiche nicht mehr hin, der „Wucht und Intensität unserer heutigen Probleme" zu genügen[25].

Wenn also die überlieferte Religion, die „Religion der Väter", die träge Gewohnheit keine Richtlinie gab, was dann? Vom fieberhaften religiösen Erlebnis, wie einer Konversion, war in Widerstandskreisen nicht die Rede. Dietrich Bonhoeffer lehnte für sich den Begriff der Konversion ab; die Klärung seiner theologischen Stellung beruhte auf einer fortschreitenden religiösen Festigung[26]. Helmuth von Moltke sprach wohl von einer „Wandlung", die während des Krieges in ihm vorgegangen sei; aber es war bei ihm bestimmt keine Frage eines plötzlichen Erwachens, sondern, wie er sich selber ausdrückte, „einer tieferen Erkenntnis christlicher Grundsätze"[27]. Wenn Moltke seinem englischen Freund und Mentor Lionel Curtis von einem „geistigen Erwachen"[28] in Deutschland schrieb, so sah er dies wieder nach dem Wort Bonhoeffers im reifen, mündigen Selbstbewußtsein der Protestanten und Katholiken im Lande begründet.

Adam von Trott hat sich mit der Möglichkeit der Konversion, das heißt einer Konversion zum Katholizismus, auseinandergesetzt. Sein älterer Bruder Werner, ein sehr eigenwilliger, grüblerischer Mensch, der auf seine jüngeren Brüder Adam und Heinrich einen schier erdrückenden Einfluß ausübte, war in seiner unzweideutigen Ablehnung des Nationalsozialismus erst zum Kommunismus übergetreten und 1942, mitten im Kriege, zum Katholizismus; Heinrich folgte ihm darin später. War dieser Schritt für Adam auch verständlich, das heißt traten die „Bedenken gegen" ihn mehr und mehr zurück, so glaubte er doch ausdrücklich feststellen zu müssen, daß er selbst sich nicht „zu dem gleichen genötigt fühle"[29].

Also weder „träge Gewohnheit" noch „akutes Fieber". Wir müssen daher die Modelle von William James ergänzen. Grundsätzlich kann man feststellen, daß es sich im Widerstand nicht um mystische, kränkliche, pathologische Menschen – das sind Kategorien des Psychologen William James – handelte, sondern, kurz gesagt, um Menschen, die in einer ungewöhnlichen, pathologischen Welt lebten, in der Welt des Dritten Reiches. Deshalb war die Frömmigkeit des Widerstandes im Dritten Reich

---

22 Helmuth von Moltke an Freya von Moltke, 11. 10. 1941, in: F. von Moltke/M. Balfour/J. Frisby, Helmuth James von Moltke 1907–1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1972, S. 177.

23 Adam von Trott an Clarita von Trott, 18. 6. 1944, Sammlung Trott.

24 Adam von Trott an Clarita von Trott, 1. 5. 1944, Sammlung Trott.

25 Adam von Trott an Clarita von Trott, 18. 6. 1944, Sammlung Trott.

26 E. Bethge, Turning Points in Bonhoeffer's Life and Thought, in: Union Seminary Quarterly Review XXIII (1967), 1, S. 7.

27 Helmuth von Moltke an Lionel Curtis, 18. 4. 1942, in: F. von Moltke etc., Helmuth James von Moltke, S. 185.

28 Ebenda.

29 Adam von Trott an Heinrich von Trott, 6. 7. 1942, Sammlung Trott.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Frömmigkeit des Leidens und Mitleidens. Hand-Bernd von Haeften sah sich und seine Freunde „auf ‚verlorener' Anfangsposition" und in einer „Diaspora", die er als „Gemeinschicksal der Christenheit in der Welt – heute mehr denn je" verstand[30].

Ist nicht die Notlage – persönliche Not, politische Not, das heißt Gewalt, Krieg und Gefängnis – eine fruchtbare Quelle der Frömmigkeit? In normalen Zeiten haben die Menschen doch eher den Hang, Gott zu vergessen; und angenommen, alle Zeiten seien „normal", es gäbe kein Leid, keine Not, keinen Tod, so hätten wir, brauchten wir keine Frömmigkeit. Umgekehrt ist dann die Frömmigkeit in der Endlichkeit, im Fragmentarischen des hiesigen Lebens begründet, im Schmerz, im Leiden, in der Not.

Ein wichtiges Dokument solcher Notlage ist Dietrich Bonhoeffers „Nach zehn Jahren", das er zu Weihnachten 1942 für Hans Oster, seinen Schwager Hans von Dohnanyi und seinen Freund Eberhard Bethge niederschrieb. Verlorene zehn Jahre? Von christlicher Warte sicher nicht. „Ich glaube, daß Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen." Im folgenden schrieb er vom Leiden Christi, das das „Leiden aller Menschen an seinem Leibe" sei und ein Leiden „in Freiheit, in Einsamkeit, abseits und in Schanden, an Leib und Geist"[32], beispielhaft für die Christenheit geworden. Und dann der unvollendete Schlußparagraph:

> „Es bleibt ein Erlebnis von unvergleichlichem Wert, daß wir die großen Ereignisse der Weltgeschichte einmal von unten, aus der Perspektive der Ausgeschalteten, Beargwöhnten, Schlechtbehandelten, Machtlosen, Unterdrückten und Verhöhnten, kurz der Leidenden sehen gelernt haben. Wenn nur in dieser Zeit nicht Bitterkeit oder Neid das Herz zerfressen hat, daß wir Großes und Kleines, Glück und Unglück, Stärke und Schwäche mit neuen Augen ansehen, daß unser Blick für Größe, Menschlichkeit, Recht und Barmherzigkeit klarer, freier, unbestechlicher geworden ist, ja, daß das persönliche Leiden ein tauglicherer Schlüssel, ein fruchtbareres Prinzip zur betrachtenden und tätigen Erschließung der Welt ist als persönliches Glück. Es kommt nur darauf an, daß diese Perspektive von unten nicht zur Parteinahme für die ewig Unzufriedenen wird, sondern daß wir aus einer höheren Zufriedenheit, die eigentlich jenseits von unten und oben begründet ist, dem Leben in allen seinen Dimensionen gerecht werden, und es so bejahen."[33]

Ähnlich schrieb Adam von Trott an seinen Bruder Heinrich von den Aufgaben und Opfern in „dunklen Zeiten"[34], an Clarita, seine Frau, über die „Innigkeit der Gottnähe in dem tieferen Leiden, das man wohl immer vermuten soll, wo man nicht mehr versteht"; ihre Bedeutung ist letztlich „Klärung und ‚religio' der eigenen Position"[35]. Und sein Freund Haeften verstand „das Erleben der Zeitgeschichte mit ihrem namenlosen Leiden, Grauen und Entsetzen" letzten Endes als eine Bestätigung, „daß Gott Herr der Geschichte ist" und „daß er in der Geschichte waltend einen Heilsplan

---

30 Hans-Bernd von Haeften an Möckel, zit. nach G. van Roon, Neuaufbau im Widerstand, München 1967, S. 154.

31 Bonhoeffer, Widerstand, S. 9–25.

32 Ebenda, S. 21f.

33 D. Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, hrsg. von E. Bethge, Bd. II, München 1959, S. 441.

34 Adam von Trott an Heinrich von Trott, 29. 12. 1940, Sammlung Trott.

35 Adam von Trott an Clarita von Trott, 1. 5. 1944, Sammlung Trott.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verwirklicht"[36]. Helmuth von Moltkes Bericht an Lionel Curtis[37] über den „unglaublichen Druck", über „Tyrannei ... Terror ... Zerfall aller Werte" und über die „Wiederherstellung des Bildes des Menschen im Herzen unserer Mitbürger" als einer „Frage der Religion" kann auch für sein ganzes Erleben der Not und des Elends im Dritten Reich gelten.

Nun kommen wir zu einer vierten Form der Frömmigkeit, wiederum in Ergänzung der Modelle von William James. Carl Gustav Jung hat sich in seinem Aufsatz über „Das geistige Problem des modernen Menschen"[38] mit der Frage auseinandergesetzt, daß der moderne Mensch, von allen metaphysischen Gewißheiten gelöst, in einer künstlichen Welt rationaler Ideale lebt, der Humanität, des Rechtes, der Rationalität selbst, der materiellen Wohlfahrt, des Fortschrittes – und all dies nicht ungestraft. Denn die Welt des Unterbewußten, des Irrationalen, des Mythos muß sich doch irgendwie durchsetzen, und sie kommt wie ein Naturereignis zum Vorschein. So sprach Jung von einer gnostischen Frömmigkeit, einer gnostischen religiösen Erfahrung[39] ähnlich der Gnostik des zweiten Jahrhunderts nach Christi, die christliches Gedankengut mit Hilfe orientalischer und griechischer Spekulation umzudeuten versuchte. Im zwanzigsten Jahrhundert, in dem die übertragenen Formen religiöser Erfahrung, nämlich besonders des Christentums, in Frage gestellt, wenn nicht im Aussterben begriffen waren, glaubte Jung ebenfalls neue Quellen der Frömmigkeit in der Suche nach neuen metaphysischen Gewißheiten vor allem aus dem Osten entdecken zu können.

Ohne Zweifel war der Nationalsozialismus selbst so eine Art Neo-Gnostik. Er stellte eine Auflehnung gegen die Verweltlichung der modernen Welt dar, gegen den Rationalismus des bürgerlichen Zeitalters, und er suchte in Mysterien Zuflucht, die er nun nicht im Osten fand, sondern im Bodenständigen und Völkischen. Jedenfalls war der Nationalsozialismus, wie schon gesagt, eine pseudo-religiöse, wenn nicht sogar pseudo-christliche Bewegung. Letzteres hat Karl Barth stets betont und Eleanore von Trott in ihrem bedeutenden Brief an ihren Sohn Adam ausdrücken wollen.

Die Frage nun, ob und inwieweit der deutsche Widerstand an dieser gnostischen Form der Frömmigkeit teilnahm, ist wichtig und daher um so heikler. Sicher war die Ausgangssituation mit der des Nationalsozialismus identisch: nämlich die Problematik der Säkularisierung und das damit verbundene Bewußtsein des „Lösens aller Bindungen"[40], wie Trott sich ausdrückte. Was fehle, schrieb Pater Delp, sei „die Kraft zur Einigung der Gegensätze, zur Bindung in eine höhere Einheit, zur schöpferischen Synthese"[41]. An eine wörtlich verstandene Gnostik erinnern die wiederholten Versu-

---

36 Hans-Bernd von Haeften an Barbara von Haeften, 14. 11. 1942, in: Barbara von Haeften, Aus unseren Briefen, S. 146f.

37 Vgl. Anm. 27.

38 C. G. Jung, Das Seelenproblem des modernen Menschen, Zürich 1950.

39 Ebenda, S. 372.

40 Adam von Trott an Julie Braun-Vogelstein, 26. 1. 1940, Sammlung Julie Braun-Vogelstein, Leo Baeck Institut.

41 A. Delp, Tragische Existenz. Zur Philosophie Martin Heideggers, Freiburg i. Br. 1935, S. 125.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che Bonhoeffers, Gandhi zu besuchen, und seine Hoffnung, damit eine Erneuerung des Christentums aus indischer Frömmigkeit zu fördern, ebenso die Fernostreise Adam von Trotts (1937/1938), die ihm unter anderem dazu dienen sollte, die Wirrnis seiner Zeit und das Leid seines Landes von der Perspektive des Ostens überblicken zu können und sich selbst zu finden. Das waren aber die Monate, in denen Adam sich zu dem Entschluß zur konspirativen Tat durchrang. Ferner war gewiß auch die Verbindung des Grafen von Stauffenberg mit Stefan George von dessen Bestreben beeinflußt, die entzauberte Welt neu zu mystifizieren.

Das Suchen nach der neuen Frömmigkeit hing auch mit dem Abstößigen des Nationalsozialismus zusammen. Gerade weil die Ausgangssituation dieselbe und, oberflächlich gesehen, sogar das Glaubensvokabular des Nationalsozialismus und der Widerständler in vieler Beziehung ähnlich war, mußten Grenzen gezogen werden. Besonders die jüngere Generation, die in der Nachkriegszeit vielfach vom Erlebnis der Jugendbewegung geprägt worden war und sich mit Nietzsche oder den verschiedenen Standartenträgern der sogenannten „konservativen Revolution" auseinandergesetzt hatte, war allzu bereit, das bürgerliche Zeitalter abzuschreiben. Adam von Trott sprach in einem Brief an seine englische Freundin Shiela Grant-Duff über die „Überbleibsel bürgerlicher Kultur und Werte des neunzehnten Jahrhunderts"[42]; an seine Frau Clarita schrieb er:

> „Wenn heute etwas gefordert ist, so ist es dies Übersichhinauswachsen, was jenes bürgerliche Zeitalter, dem wir noch allzusehr angehören, trotz aller Annehmlichkeiten uns immer versagte, und wovon wir uns jetzt klar und deutlich zu trennen berufen sind."[43]

Auch Helmuth von Moltke konstatierte am 1. Oktober 1938 in London ein „letztes Aufflackern des Alten" und das beinahe sichere Anbrechen eines „neuen Zeitalters", dessen die Engländer sich wohl noch nicht völlig bewußt seien, für das aber „wir", das heißt er und seine Freunde im Widerstand, „viel geschärftere Sinne" hätten[44]. Alles dies klingt ein wenig mysteriös, wird jedoch verständlich im Lichte der Arbeitslagererfahrungen Moltkes und des Einflusses von Eugen Rosenstock-Huessy. Innerhalb des Widerstandes galten Moltke und seine Kreisauer Freunde aber, wie Ulrich von Hassell in seinem Tagebuch niederschrieb, als die „Junioren" im Gegensatz zu den Alten der Gruppe um Beck und Goerdeler[45]. Die Jungen unterschieden sich besonders durch ihre sozialpolitische und kirchliche Orientierung von der Gedankenwelt der Alten, deren Pläne Moltke ja, wie bekannt, abweisend mit einer „Kerenski-Lösung" gleichsetzte[46].

Es ist einmal in der Literatur über den deutschen Widerstand behauptet worden,

---

[42] Verlorener Brief Adam von Trotts an Shiela Grant-Duff, Sommer 1935, jedoch ist die Stelle zitiert in Shiela Grant-Duff an Adam von Trott, 20. 9. 1935, Sammlung Shiela Grant-Duff.

[43] Adam von Trott an Clarita von Trott, 26. 3. 1944, Sammlung Trott.

[44] F. von Moltke etc., Helmuth James von Moltke, S. 86.

[45] U. v. Hassell, Vom Anderen Deutschland, Frankfurt 1964, S. 215.

[46] Helmuth von Moltke an Freya von Moltke, 9. 1. 1943, in: F. von Moltke etc., Helmuth James von Moltke, S. 205.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß er sich gegen etwas – den Nationalsozialismus – auflehnte, mit dem er in wesentlichen Dingen übereinstimmte; deshalb seine „Politik der Unsicherheit"[47]. Dies ist ein hartes Urteil und auch ein falsches. Sicher sahen besonders die Jungen keinen Weg zurück zum liberalen, parlamentarischen, kapitalistischen System, und sie bemühten sich um eine neue Sozialordnung. Sicher auch standen sie der Wirklichkeit der pluralistischen Gesellschaft und ebenso der modernen Technik skeptisch gegenüber. Das mögen, besonders angesichts der bundesrepublikanischen Wirklichkeit, Schwächen gewesen sein, die, wie Ralf Dahrendorf und Hans Mommsen hervorgehoben haben, dem Widerstand einen Einfluß auf die Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg versperrten[48]. Aber das bedeutet nicht, daß der deutsche Widerstand mit dem Nationalsozialismus, seinem Erzgegner, gleichzusetzen ist. Ganz im Gegenteil. Der gnostische Impuls führte die Nationalsozialisten ins Germanisch-Barbarische und den Widerstand zur Suche nach einem Neuverständnis christlicher Frömmigkeit. „Es ist eine ergreifende und keineswegs anachronistische Vorstellung", so schrieb Trott im November 1934, „unter den schon hinfälligen neuen Experimenten ein christliches Deutschland wiedererstehen zu sehen."[49] „Sehr hoffnungsvoll und ermutigend", bemerkte seine englische Korrespondentin in ihrer Antwort; sie fügte aber skeptisch hinzu: „Doch frage ich mich, was Du unter christlichem Deutschland verstehst?"[50] Ein paar Jahre später legte Adam sich indes ganz unzweideutig fest: „Ich bin zum Schluß gekommen, daß nur eine grundlegende Wiedergeburt christlichen Gesetzes und christlicher Ethik ... die Flut stemmen kann, die alles, was wir schätzen, zu zerstören droht."[51] Christliche Liebe allein sei der Impuls, der die Welt davor bewahren könne, dem „vollständigen Barbarentum"[52] zu verfallen. Damit sprach Trott für die ältere Generation wie für die eigene, für die Protestanten und für die Katholiken, für die Aristokraten, Bürgerlichen und auch die Sozialisten unter seinen Freunden.

Nun wäre es verfehlt, in der Frömmigkeit der Männer des Widerstandes, mit Ausnahme natürlich von Dietrich Bonhoeffer und Alfred Delp, besondere theologische Dimensionen erkennen zu wollen. Sie hat ihren Niederschlag in Briefstellen und Tagebucheintragungen, mehr oder weniger beiläufig, gefunden, in einer Anzahl von Denkschriften, die sich verschiedentlich mit der Frage des Wiederaufbaus auseinandersetzten, oder, wie Dietrich Bonhoeffer es einmal grundlegend formulierte, mit der Frage „des Lebens der Völker im Inneren und Äußeren ... auf dem Boden des Christen-

[47] H. M. Pachter, The Legend of the 20th of July, 1944, in: Social Research XXIV (Frühjahr 1962), S. 109–115; S. K. Romoser, The Politics of Uncertainty. The German Resistance Movement, in: Social Research XXXI (Frühjahr 1964), S. 73–93.

[48] R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 441 ff.; H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: W. Schmitthenner u. H. Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966, S. 161–167.

[49] Adam von Trott an Shiela Grant-Duff, 19. 11. 1934, Sammlung Shiela Grant-Duff.

[50] Shiela Grant-Duff an Adam von Trott, 26. 11. 1934, Sammlung Shiela Grant-Duff.

[51] Adam von Trott an Diana Hopkinson, Sommer 1936, in: Diana (Hopkinson), Aus Adams Briefen, S. 95, Leo Baeck Institut.

[52] Ebenda.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tums"[53]. Nicht zuletzt haben wir auch die vielen Aussagen vor dem Volksgerichtshof, letzte stolze Bekenntnisse und Rechtfertigungen der Verurteilten, ferner den oft zitierten Wortwechsel zwischen Helmuth von Moltke und seinem Quäler Roland Freisler, in dem doch der letztere zugeben mußte, Nationalsozialismus und Christentum hätten dies gemein, daß beide „den ganzen Menschen" verlangten. Und Helmuth berichtete ganz stolz darüber an Freya in einem Brief, der, wie gewöhnlich, von dem treuen Gefängnispfarrer Harald Poelchau herausgeschmuggelt wurde. „Ob er sich klar war, was er damit gesagt hat?"[54]

Wenn also diese verschiedenen Äußerungen nicht systematisch und noch weniger theoretisch waren, so waren sie doch Zeugnisse eines gemeinsamen Suchens, eines Wertbewußtseins, „Zeitgefühls"[55], das eben den Widerständlern letztlich ihr Mandat zum oppositionellen Denken und zur oppositionellen Tat gab. Sicherlich findet man in den Reihen des proletarischen Widerstandes kaum eine Bezugnahme auf das Religiöse und eher eine auf die Menschlichkeit[56] – eine Bezugnahme, die auch in Moltke widerklang, als er davon sprach, sein Ziel und das Ziel der Kreisauer sei, das „Bild des Menschen" wiederaufzurichten. Aber schließlich setzte sich im sogenannten bürgerlichen Widerstand doch die Betonung des Christlichen durch. In dieser Beziehung ist schon die Anlehnung der „Laien" an den Theologen Dietrich Bonhoeffer erstaunlich, wenn sie ja auch, und das muß betont werden, spontan und unbewußt war; dafür war sie um so überzeugender. Bonhoeffer hatte sich, wie auch Karl Barth, ganz bewußt von der „liberalen" Theologie abgesetzt. Sicher hatte seine amerikanische und englische Zeit ihm alle Vorteile des „social engagement" des angelsächsischen Protestantismus im Vergleich zum deutschen Lutherverständnis vor Augen geführt. In seiner „Ethik" führte Bonhoeffer aus, wie unter dem Eindruck der Barbarei die Vernunft, Kultur, Humanität, Toleranz, Selbstbestimmung, alles Konzepte, die bis vor kurzem als Schlachtruf gegen die Kirche, die Christenheit, gegen Christus selbst dienten, nun unter dem Druck der Ereignisse sich dem christlichen Standpunkt annäherten[57]. Und dennoch glaubte er auf die „unerklärliche Zerrissenheit" hinweisen zu müssen, die das „Zusammengehen" der Sphären „einfach unmöglich" mache[58].

> „Nicht von der Welt zu Gott, sondern von Gott zur Welt geht der Weg Jesu Christi und daher der Weg allen christlichen Denkens ... Daher gibt es auch für die Kirche kein anderes Verhältnis zur Welt als durch Jesus Christus; d. h. nicht von einem Naturrecht, Vernunftrecht, allgemeinen Menschenrecht aus, sondern *allein* vom Evangelium, von Jesus Christus aus ergibt sich das richtige Verhältnis der Kirche zur Welt."[59]

---

[53] Bonhoeffer, Widerstand, S. 83.

[54] Helmuth von Moltke an Freya von Moltke, 10. 1. 1945, in: F. von Moltke etc., Helmuth James von Moltke, S. 312.

[55] Bonhoeffer, Widerstand, S. 30.

[56] Vgl. Erkämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin 1958.

[57] Bonhoeffer, Ethik, hrsg. von E. Bethge, München 1975, S. 59.

[58] Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, Bd. I, München 1965, S. 61.

[59] Bonhoeffer, Ethik, S. 378.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ähnlich distanzierte Haeften sich von der billigen Erkenntnis einer immanenten Sinnverwirklichung in der Geschichte, versinnbildlicht in dem Hegelschen Wort, er habe Napoleon und so die „Weltvernunft reiten sehen", und setzte ihr gegenüber die „Verborgenheit" Gottes[60]. Beide, Trott und Moltke, mußten sich von ihrem angelsächsischen Hintergrund und insbesondere von ihrer positiven Stellung zur Naturrechtslehre absetzen, Trott dazu noch von Hegel, von dem er, wie er selbst zugab, „jahrelang geradezu verhext" war[61]. Adam kam zur Einsicht in die „Gefahr", das „Christliche" und das „Natürliche" oder „Allgemeine" „kurzschlüssig" zu vermengen oder gar zu verwechseln[62]. Und sein Freund Helmuth erinnerte während des Krieges, in dem schon zitierten Brief an Lionel Curtis, an seine frühere Überzeugung, daß Gott nicht notwendig sei, um zum rechten Ziel zu kommen:

> „Heute weiß ich, daß ich unrecht hatte, ganz und gar unrecht. Sie wissen, daß ich die Nazis vom ersten Tag an bekämpft habe, aber der Grad der Gefährdung und Opferbereitschaft, der heute von uns verlangt wird, setzt mehr als gute ethische Prinzipien voraus."[63]

Mehr als gute ethische Prinzipien, das heißt Gläubigkeit. Beim Reich Gottes handelt es sich, wie Trott es mit Barthscher und Bonhoefferscher Überzeugungskraft und Schärfe ausdrückte, „nicht um einen Idealzustand, zu dem in stetigem Fortschritt unsere natürliche Welt sich zu entwickeln vermag, sondern um das Hineinwirken in diese einer total anderen Macht"[64].

Carl Goerdeler hat sich in einer seiner Denkschriften aus der Kriegszeit, in der er das Zurückgehen des christlichen Geistes in der modernen Gesellschaft beklagte, auf das Motto „omnia restaurare in Christo" festgelegt[65]. Solch eine Formulierung, das soll hier hervorgehoben werden, war der älteren Generation angemessen. Restauration im strikten Sinne des Wortes gab es jedoch für die jüngere Generation nicht, nicht für Delp, nicht für Bonhoeffer, Moltke, Trott. Für diese war eben die „Rechristianisierung"[66] keine Selbstverständlichkeit, sondern Frage eines inneren Kampfes und der Erneuerung. Mit der Frage, die Dietrich Bonhoeffer in seinem wichtigen Brief an Eberhard Bethge vom 30. April 1944 aufwarf, „was das Christentum oder auch wer Christus heute für uns eigentlich ist"[67], wurde auch von den anderen „Jungen" gerungen. Sie waren eben nicht „letzte Ritter" des „ganzen bisherigen ‚Christentums'", wie Bonhoeffer sich ausdrückte[68]. Sie gaben zu, wie Adam von Trott, daß es sehr

---

60 Hans-Bernd von Haeften an Barbara von Haeften, 14. 11. 1942, in: Aus unseren Briefen, S. 146f.

61 Adam von Trott an Heinrich von Trott, 8. 3. 1942, Sammlung Trott.

62 Adam von Trott an Heinrich von Trott, 28. 9. 1941, Sammlung Trott.

63 F. von Moltke etc., Helmuth James von Moltke, S. 176.

64 Adam von Trott an Heinrich von Trott, 6. 7. 1942, Sammlung Trott.

65 Carl Goerdeler, Betr. Christliche Akademie (während des Krieges), Sammlung Rudolf Pechel, I/64, Bundesarchiv Koblenz.

66 Vgl. Alfred Delp, Kämpfer. Beter. Zeuge. Letzte Briefe, Beiträge von Freunden, Berlin 1955, S. 82, 86.

67 Bonhoeffer, Widerstand, S. 132.

68 Ebenda.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„schwer" sei[69], in der säkularisierten Welt Christ zu sein. Ohne selbst dem liberalen Religionsverständnis zu folgen, ohne sich jeglicher schillernder Ideologie zu verschreiben, waren sie im Sinne Dietrich Bonhoeffers „verantwortliche" Menschen in einer „mündig gewordenen Welt"[70].

> Lasset euch nicht mit mancherlei und fremden Lehren umtreiben (heißt es in dem Brief an die Hebräer), denn es ist ein köstlich Ding, daß das Herz fest werde, welches geschieht durch Gnade ...

Und Gnade hieß bei einem Trott und Moltke und auch bei Delp ein Neuverständnis des Heilsplanes Gottes. Im Keime kam die Frömmigkeit des Widerstandes, und besonders die der jungen Generation, Dietrich Bonhoeffers Einsichten ganz nahe, seinem Schuldbekenntnis für die vergangenen christlichen Generationen, seiner Unterscheidung von Religion, die der Vergangenheit angehöre, und erneutem Glauben in einer „mündig gewordenen Welt". Im Keime waren damals die Fragen angeschnitten, die später der so umstrittene und doch aufrichtige Hans Küng stellte: „Christ sein" in einer säkularisierten Welt[71].

Zur Ecclesiologie des Widerstandes: Sie war, wie schon angedeutet, noch mehr fragmentarisch als die Dietrich Bonhoeffers, nämlich in ihrer Auffassung von der Stellung und Rolle der Kirche in der neuen Ordnung. Dabei war besonders den Protestanten im Widerstand das Bewußtsein des „Zusammenbrechens der organisierten Kirchen" gemein, wie Bonhoeffer es mit Betonung ausdrückte[72]. Das hing nicht zuletzt auch mit dem Kirchenkampf zusammen und mit der Unfähigkeit der Kirchen, der nationalsozialistischen Pseudo-Religion gegenüber eine geeinigte Front zu bilden. Zu der Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche gab es im Widerstand verschiedene Ansichten; so traten Moltke, Haeften und Trott im Gegensatz zu ihren Freunden Peter Yorck und Gerstenmaier für eine Trennung ein[73].

Einer der wichtigsten Aspekte der Ecclesiologie aber war das starke Engagement des Widerstandes für die Ökumene. Namen wie Gerstenmaier, Haeften, Steltzer, Trott, Moltke – allesamt Kreisauer – und selbstverständlich Bonhoeffer sprechen dafür. Auch hier gab es wiederum Unstimmigkeiten, so zwischen der Richtung Hans Schönfeld/Eugen Gerstenmaier, die darauf bestanden, die Verbindung mit dem Genfer Ökumenischen Rat der Kirchen durch das Kirchliche Außenamt des NS-Staates aufrechtzuerhalten, und der Richtung Bonhoeffer, der in dieser Beziehung keiner Argumentation der Akkommodation zugänglich war. Indes muß betont werden, daß die vielen Reisen Bonhoeffers und Trotts nach Genf, Bonhoeffers, Moltkes und Trotts nach Skandinavien und Haeftens nach Rumänien nicht vornehmlich politischen Ver-

---

69 Adam von Trott an Diana Hopkinson, Mai 1937, in: Diana (Hopkinson), Aus Adams Briefen, S. 109.

70 Bonhoeffer, Ethik, S. 238ff. Vgl. Helmuth von Moltke an Freya von Moltke, 11. 1. 1945, in: F. von Moltke etc., Helmuth James von Moltke, S. 311; Bonhoeffer, Widerstand, S. 160.

71 H. Küng, Christ sein, München 1976.

72 Dietrich Bonhoeffer, Nachfolge, USA o. D., S. 10, zit. bei E. Bethge, Dietrich Bonhoeffer in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1976, S. 115.

73 C. v. Trott, Materialsammlung, S. 232; G. van Roon, Neuordnung, S. 486ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen dienten, sondern ökumenischen Anliegen. Der Aufschrei „Wir brauchen euch" mischte sich mit dem Verlangen, im „feindlichen", aber freien Ausland Zeugnis dafür abzulegen, daß es ein anderes Deutschland gab. So in der Botschaft Adam von Trotts vom 26. September 1942 an Dr. Harry Johansson, den Direktor des Nordischen Ökumenischen Instituts in Sigtuna, in Trotts ein wenig umständlichen Englisch geschrieben:

> „I feel that you have fully understood that we do *not* intend to plead for support or even encouragement from friends on the other side – but that we wish to deposite (sic) our faith in the necessity of some movement springing from solidaric minds in the whole of Chr(istian) Europe to make salvation possible."[74]

Bonhoeffer wiederum, der Theologe, war bereit, seine Gedanken über die Ökumene zu systematisieren. Sie sollte sich im Kampf mit der falschen Kirche entscheiden und statt eines „nichtsnützigen Vereins" selbst Kirche werden. „Bekenntnis heißt es heute in Deutschland", so schrieb er von London im April 1934, und „Bekenntnis heißt es heute auch für die Ökumene"[75]. Es war ja keine Frage der Intervention in inner-deutsche Angelegenheiten, sondern, so schrieb er im gleichen Jahr an Bischof George Bell von Chichester, „ein Mahnen an die ganze Welt, daß es um die Kirche und das Christentum als solches geht"[76]. Es sei Aufgabe der Kirche, der Welt die Bergpredigt zu predigen, „ohne Rücksicht auf die Folgen"[77]. Schweigen „wie ein stummer Hund", so schrieb Hans-Bernd von Haeften, durfte sie nicht. „Wenn die christlichen Völker so wie heute vom politischen Wahnsinn gepackt werden, dann muß die seelsorgerische Stimme der Kirche auch *öffentlich* ertönen und Zeugnis ablegen *vor aller Welt*."[78] Mit der Mahnung, daß dies also letztlich die Funktion der Ökumene sei, leistete der deutsche Widerstand Pionierarbeit.

Unter allen Fragen, die die Männer des deutschen Widerstandes im Lichte ihres Glaubens prüften, war bestimmt die des Attentates und Tyrannenmordes die heikelste und wichtigste. Besonders diese Frage mußten sie mit ihrem Glauben abstimmen. Wie zu erwarten ist, kamen sie zu den verschiedensten Folgerungen. Wenn auf der einen Seite Goerdeler sich klar und eindeutig auf das Gebot „du sollst nicht töten"[79] berief, so war seine Argumentation doch auch sehr pragmatisch. Unverbesserlicher Optimist, der er war, hoffte er, Hitler ohne Attentat zu beseitigen oder gar zum Rücktritt zu bewegen.

---

[74] Adam von Trott an Dr. Harry Johansson, 26. 9. 1942, zit. nach H. Lindgren, Adam von Trotts Reisen nach Schweden 1942–1944, in: VfZ 18 (1970), S. 274.

[75] Dietrich Bonhoeffer an Henry Louis Henriod, 7. 4. 1934, in: Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, Bd. VI, München 1974, S. 351.

[76] Dietrich Bonhoeffer an Bischof George Bell von Chichester, 14. 3. 1934, Bonhoeffer-Archiv, Briefwechsel Bell.

[77] D. Bonhoeffer, The Church and the Peoples of the World, Fanö, 20. 8. 1934, Bonhoeffer-Archiv, Fanö.

[78] Hans-Bernd von Haeften an Herbert Krimm, Mai 1941, in: Aus unseren Briefen, S. 118ff.

[79] P. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1970, S. 437.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht zuletzt stand er unter dem Eindruck der Notwendigkeit, eine neue Dolchstoßlegende zu vermeiden. Bei Theodor Steltzer und Hans-Bernd von Haeften dagegen waren die Bedenken gegen das Attentat grundsätzlich-religiöser Natur[80].

Auch Bonhoeffer, Stauffenberg, Moltke waren, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und jeder auf seine Art, mit den religiösen Dimensionen der Attentatsfrage befaßt. Stauffenberg und Moltke suchten Rat bei Kirchenfürsten – Stauffenberg bei dem Berliner Bischof Conrad von Preysing[81] und Moltke, der dem letzteren ebenfalls nahestand, bei dem Osloer Bischof Eivind Berggrav. Der Rat Preysings muß positiv ausgefallen sein, wenn wir auch Bestimmtes darüber nicht wissen. Jedenfalls beschäftigte Stauffenberg sich mit der „Theologie des Tyrannenmordes", wie Beate von Oppen es nennt[82], um seine Mitverschwörer zur Tat bewegen zu können. Der Rat Berggravs lehnte sich an die traditionelle christliche Lehre vom Widerstandsrecht an, indem er die einschränkenden Erwägungen betonte, besonders daß die Attentäter imstande sein müßten, Hitler zu töten und zugleich eine neue Regierung zu bilden, die Frieden schließen könne[83]. Zum gegebenen Zeitpunkt aber, es war im Frühjahr 1942, war es, Berggrav zufolge, dafür zu spät. Moltke hat, wie bekannt, den Rat des Kirchenfürsten im wesentlichen befolgt. Dabei war er davon überzeugt, daß ein auf Tyrannenmord begründetes Regime keine stabile Grundlage hätte und daß zur Ausrottung des Übels mehr erforderlich sei, nämlich eine in den Grundsätzen erneuerte Regierung. Das war auch sein Hauptanliegen bei der Arbeit mit dem Kreisauer Kreis, und die verschiedenen Äußerungen des Kreises befaßten sich mit den Fragen der „religiös-sittlichen Erneuerung des Volkes", des „Neuaufbaus des Abendlandes" und der „friedlichen Zusammenarbeit der Völker", mit Fragen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Rolle des „christlichen Staatsmannes"[84]. Die langfristige Sanktion nahm also, besonders bei Moltke, den Platz der Sanktion des Attentates aufgrund der Gebote des Christentums ein.

Dietrich Bonhoeffers Stellungnahme zur Frage des Attentates braucht hier nur kurz erwähnt zu werden; Eberhard Bethge hat sich eingehend darüber ausgesprochen. Dietrichs starke Verstrickung in den „weltlichen Sektor" hat ihm sicher, wie er selbst zugab, „zu denken" gegeben[85]: die Mahnung seines Schwagers Hans von Dohnanyi, „wer das Schwert nimmt, der soll durch das Schwert umkommen"[86], wurde bestimmt nicht leicht beiseite geschoben. Jedoch entsprang Bonhoeffers positive Einstellung zum Attentat seinem Verständnis des „verantwortlichen Lebens", das er in seiner „Ethik" entwickelte und das, ganz im Sinne Bischof Berggravs, „nicht nur nach dem

---

80 Ebenda, S. 438.

81 J. Kramarz, Stauffenberg, New York 1967, S. 148.

82 Ebenda, S. 156. Vgl. ferner B. Ruhm von Oppen, Religion and Resistance to Nazism, Princeton 1971, S. 70.

83 M. Balfour/J. Frisby, Helmuth von Moltke, S. 213 f.

84 G. van Roon, Neuordnung, S. 486 ff. 490, 505, 543.

85 Dietrich Bonhoeffer an Eberhard Bethge, 25. 6. 1942, in: Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, Bd. II, S. 420.

86 Mitt. Eberhard Bethges an den Verf.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

guten Willen, sondern auch nach dem guten Gelingen des Handelns" fragt[87]. Nicht politischer Leichtsinn und nicht eine Abwendung von seiner Pflicht als gläubiger Christ bewog Dietrich Bonhoeffer zum Märtyrertum, sondern, ganz im Gegenteil, sein Selbstverständnis als Christ, der in der Welt handeln muß. Und sein Handeln war eben nicht von ideologischen Motiven bestimmt, denn dies hieße, die Handlung von der Fügung Gottes abzwingen zu wollen, sondern von dem Bewußtsein des verantwortlichen Menschen in einer mündig gewordenen Welt, in der Gott Mensch geworden ist und der Mensch sich der Hand Gottes überläßt und von seiner Gnade abhängt[88]. Letzten Endes fand Bonhoeffer den Weg ins Martyrium als Sünder, der als solcher vor Gott steht und sich ihm überläßt. Wenn Bonhoeffer auch im einzelnen, in seiner Bejahung des Attentates, von vielen seiner Mitverschwörer abwich, so sprach er doch für alle in der Begründung, wie er sie in seiner „Ethik" gab, das heißt in der Bejahung und Artikulierung des christlichen Motivs in einer säkularisierten Welt.

Die Frage nach der Frömmigkeit im zwanzigsten Jahrhundert, das heißt nach dem „Christ sein" in der Sprache von Hans Küng, lag dem hier vorgelegten Versuch zugrunde. Der deutsche Widerstand hat, wie dargelegt, in der extremen Situation der Unterdrückung eine Antwort darauf gegeben. Es war keine einheitliche Antwort und sicher nicht eine theologisch durchdachte. In den geistigen und politischen Unruhen der dreißiger und vierziger Jahre mußten die Angehörigen des Widerstandes sich mit dem Problem der Säkularisierung, mit dem Nationalsozialismus, mit der hergebrachten liberalen Theologie und einem rechten Lutherverständnis und nicht zuletzt mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit ihr Glaube als Rechtfertigung für ihre Tat dienen konnte, als Legitimierung dem christlichen Ausland gegenüber und als Fundierung einer neuen Ordnung.

Die Geschichte des deutschen Widerstandes ist gewiß keine Erfolgsgeschichte. Die neue Ordnung, in unzähligen Denkschriften ausgearbeitet, blieb auf dem Papier, und die, die sie planten, endeten, auch wenn sie sich dem Attentat widersetzten, als Opfer des Terrorregimes; so ging Moltke in den Tod nicht wegen seines Anteils am 20. Juli 1944, von dem er sich bis zum Ende absetzte, sondern als Märtyrer der „Rechristianisierung".

Dem Ausland, auch dem westlichen, bedeutete das ökumenische Gewissen und Drängen der Deutschen wenig. Kirchliche Kreise, Visser't Hooft und der unentwegte Bischof George Bell von Chichester gaben den Deutschen Gehör, ja auch, wie wir jetzt wissen, auf seine vorsichtige und geduldige Art Papst Pius XII. Sonst aber verschlossen sich die verantwortlichen Staatsmänner des Westens den Emissären des deutschen Widerstandes. „Unconditional Surrender", das Bündnis mit der Sowjetunion, das „nationale Interesse", wie Anthony Eden es definierte, verboten ihnen, die christliche Ökumene als ein politisches Potential zu berücksichtigen.

Dennoch ist die Frömmigkeit des Widerstandes ein Phänomen von außerordentlicher Bedeutung, und zwar auch abgesehen von der Bewunderung, die wir den Leuten

---

[87] Bonhoeffer, Ethik, S. 248.
[88] Ebenda, S. 248f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Widerstandes dafür schulden, daß sie für ihre Überzeugungen, für ihren Patriotismus und ihren neugefundenen Glauben in den Tod gingen, weniger mit Hoffnung auf Erfolg als mit dem Bewußtsein eines Bußganges für das Vaterland, das Schande auf sich geladen hatte. So konnte der Nationalstolz ihnen nicht als Mandat zum Widerstand genügen, wie es bei den nichtdeutschen Widerstandsbewegungen der Fall war. Die Abwendung von der liberalen Theologie und vom konventionellen Lutherverständnis an sich ist wichtig, ebenfalls die freilich meist unbewußte Anlehnung vorwiegend der jüngeren Generation an die Gedankengänge Dietrich Bonhoeffers. Von besonderer Bedeutung ist aber die übereinstimmende christliche Ideologiekritik im Widerstande, der so die pseudo-religiöse Ideologie des Nationalsozialismus als Irrweg entlarvte. Schon im Jahre 1932 schrieb der junge Berliner Studentenseelsorger Dietrich Bonhoeffer, daß die Kirche dorthin gehöre, „wo Weltanschauungen am Ende sind und ein Neues, Letztes beginnt"[89]. So stellte der Widerstand christlichen Glauben der Ideologie, das Kreuz dem Hakenkreuz entgegen. Darüber hinaus gab der Widerstand eine positive Antwort auf die Frage, ob es in einer säkularisierten Welt für den christlichen Glauben noch einen Platz gebe. Auch agnostische oder marxistische Historiker werden diese Tatsache beachten müssen.

Als *post scriptum* noch kurz ein Hinweis, der von einem christlich-orthodoxen Historiker stammt. Wie kommt es, daß die Vertreter des russischen Widerstandes unserer Zeit, wenn wir ihn so nennen können, so ein Pasternak, Solzhenitsyn und eine Akhmatova, zu ihrem orthodoxen Glauben, dem einfachen, durch Tradition im Sinne von William James übermittelten Glauben, zurückfinden, während besonders die jüngere Generation des deutschen Widerstandes zu neuen Ufern schwimmen mußte. Hier sei nur angedeutet, daß dieser Unterschied mit dem Zustand westlicher Christenheit, vor allem des Protestantismus, zu tun hat. Die Orthodoxie war im Laufe der Jahrhunderte sich selbst treu geblieben, und so konnte ein Solzhenitsyn zu ihr zurückkehren. Aber in Deutschland bestand das Problem des Lutherverständnisses, der „Stumme Hund"-Komplex sozusagen, und dann, wie überall im Westen, das Problem der Liberalisierung sowohl des Protestantismus wie des Katholizismus. So mußten die deutschen Widerständler für ihre Frömmigkeit neue Ufer suchen.

Ihre Suche nach einem neu-alten Glauben spiegelt also die Krise des westlichen Christentums wider. Ob Protestanten oder Katholiken, ob Laien oder Theologen, entwickelten sie, jeder auf seine Art, eine „Theologie der Krisis", die wiederum in ihrer Erneuerungstendenz die Vitalität des westlichen Christentums bezeugt.

---

[89] Bonhoeffer, Gesammelte Schriften, Bl. VI, S. 215f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GOEFFREY WARNER

DIE BRITISCHE LABOUR-REGIERUNG UND DIE EINHEIT WESTEUROPAS 1949–1951*

Die Jahre von 1948 bis 1951 waren in der Geschichte der westeuropäischen Einheit ohne Zweifel von erheblicher Bedeutung. Jene Entwicklung, die zum Brüsseler Vertrag, zum Europäischen Kongreß in Den Haag, zum Europarat, zum Schuman-Plan einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und zum Pleven-Plan einer Europäischen Armee führte, transferierte, ob die einzelnen Ansätze am Ende Erfolge brachten oder nicht, die Frage der europäischen Vereinigung vom Reich der Theorie in die Arena der praktischen Politik. Die gleichen Jahre sahen auch die Entstehung und Festigung des nicht gerade beneidenswerten Rufes, der den Briten im allgemeinen und der Labour-Partei im besonderen bis zum heutigen Tage anhaftet, nämlich des Rufes, „schlechte Europäer" zu sein[1]. Im folgenden soll die damalige britische Politik untersucht und die Berechtigung der unguten Reputation geprüft werden.

Es dürfte hilfreich sein, vor dem Blick auf die spezifischen Probleme, denen sich die britische Regierung zwischen 1948 und 1951 gegenübersah, etwas zu den allgemeinen Grundsätzen zu sagen, die ihre Politik gegenüber Westeuropa bestimmten. Das wichtigste Leitprinzip der britischen Regierung bestand in der Annahme, Großbritannien sei nicht als eine ausschließlich, ja nicht einmal als eine in erster Linie europäische Macht anzusehen. Dieser Standpunkt ist vielleicht am besten in einem Memorandum formuliert, das Hugh Dalton, Mitglied des Kabinetts und Leiter der britischen Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarats, im November 1949 für Guy Mollet verfaßte, damals Berichterstatter des von der Versammlung gebildeten Komitees für Allgemeine Angelegenheiten. „Großbritannien", so schrieb Dalton, „ist nicht einfach eine kleine, dicht bevölkerte Insel vor der Westküste Kontinentaleuropas. Es

---

* Bei der Arbeit zu diesem Aufsatz sind viele Dankesschulden entstanden. In erster Linie muß dem Arbeitskreis für Europäische Integration gedankt werden, der den Verf. im April 1979 zu einem Colloquium nach Florenz einlud, wo eine erste Fassung als Grundlage eines Vortrags diente. Außerdem schuldet der Verf. zwei Privatpersonen Dankbarkeit, die ihm freundlicherweise Einblick in wertvolle Dokumente gaben, die sich in ihrem Besitz befinden: nämlich Lady Younger, Witwe des verstorbenen Sir Kenneth Younger, 1950/51 Staatsminister im Foreign Office, und Mr. Ernest Davies, 1950/51 Parlamentarischer Staatssekretär im Foreign Office. Schließlich haben noch die folgenden Personen und Institutionen dankenswerterweise die Benutzung der von ihnen betreuten Quellen erleichtert: die Labour-Partei, Miss Angela Raspin und die British Library of Political and Economic Science, Mr. R. H. Mellor und das Public Record Office, ebenso die Bodleian Library in Oxford.

[1] Wie kritisch die Politik der Labour-Regierung in der Frage der Einheit Westeuropas vom heutigen britischen Establishment beurteilt wird, ist z. B. dem Bericht zu entnehmen, den der britische Botschafter in Paris, Sir Nicholas Henderson, am 31. 3. 1979 an den Außenminister Dr. David Owen sandte und der in den Besitz der Wochenzeitung „The Economist" gelangte, die ihn am 2. 6. 1979, S. 29–40, veröffentlichte; siehe vor allem S. 34.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist das Nervenzentrum eines weltweiten Commonwealth, das in jeden Kontinent hineinreicht." Kontinentaleuropäer, meinte er, begriffen manchmal nicht das Wesen des Commonwealth. So habe ein belgisches Mitglied der Beratenden Versammlung zu ihm gesagt, das Commonwealth sei für Großbritannien doch genau das, was der Kongo für Belgien sei, aber das stimme nicht. „In jeder Hinsicht, ausgenommen die Entfernung, stehen wir in Großbritannien unseren Verwandten in Australien und Neuseeland auf der anderen Seite der Welt näher als Europa. Wir stehen ihnen näher in Sprache und Herkunft, in sozialen Sitten und Institutionen, im politischen Denken und durch gefühlsmäßige Bindungen."

Großbritannien sei „auch noch das Nervenzentrum einer weiteren weltweiten Vereinigung", fuhr Dalton fort, „nämlich des Sterling-Gebiets", also immerhin der „größten multilateralen Handelszone der Welt, in der alle Transaktionen in einer einzigen Währung und ohne Handelskontrollen zwischen den Mitgliedstaaten abgewickelt werden". Großbritannien, das Commonwealth und das Sterling-Gebiet, so sagte Dalton, seien in wirtschaftlicher Hinsicht in einer Weise komplementär, wie das zwischen Großbritannien und Westeuropa nie der Fall sein könne, auch dann nicht, wenn die Kolonien der anderen europäischen Mächte eingeschlossen würden. „Wir sind mehr als jedes andere Land in der Welt von großen Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten abhängig. Westeuropa und seine Kolonien könnten unmöglich mehr als einen Bruchteil unserer derzeitigen Einfuhr solcher Güter aus dem Commonwealth und dem Sterling-Gebiet liefern."[2] Bei einer späteren Gelegenheit stellte er fest, daß Großbritanniens Warenaustausch mit Europa lediglich 25 Prozent des gesamten britischen Handels ausmache, während die Hälfte des Welthandels in Sterling abgewickelt werde. „Diese beiden Zahlen sprechen, wenn sie auch nicht ganz vergleichbar sind, Bände."[3] Jedenfalls helfen sie uns zu verstehen, warum der britische Schatzkanzler, Sir Stafford Cripps, am 1. November 1949 dem Rat der OEEC erklärte, Großbritannien könne seine Wirtschaft in die europäische Wirtschaft nicht in einer Weise integrieren, die der Erfüllung der britischen Verpflichtungen gegenüber dem Commonwealth und dem Sterling-Gebiet im Wege stehen würde[4].

Als zweite Grundannahme, von der sich die Labour-Regierung bei ihrer Außenpolitik leiten ließ, muß die Überzeugung gelten, daß ihre Spielart eines demokratischen Sozialismus eine einzigartige Errungenschaft sei, die nicht preisgegeben oder verwässert werden dürfe. „Wir sind der Ansicht", schrieb Dalton in seinem Memorandum für Mollet, „daß unsere Politik nicht nur an sich wohltätig und gerecht ist, sondern auch, wie die Erfahrung zeigt, die beste Verteidigung gegen das Anwachsen des Kommunismus oder anderer totalitärer Lehren, die von Elend und Arbeitslosigkeit profitieren." Vielleicht mit Ausnahme Skandinaviens, wo eine ähnliche Politik verfolgt werde, gebe es in Europa kein Land, in dem der Kommunismus schwächer sei als in

[2] Memorandum Dalton o. D. (November 1949), Labour Party Archives, International Sub-Committee, File o. D.

[3] Undatierte Notizen für eine Rede in Straßburg über britische Politik (Juli 1950), Dalton Papers (künftig zit.: D. P.), 9/8, British Library of Political and Economic Science.

[4] The Times, 2. 11. 1949, S. 4.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Großbritannien. Einige westeuropäische Länder zögen jedoch eine Wirtschaft des laisser-faire vor. „Solch eine Wirtschaft ohne Plan", kommentierte Dalton, „verträgt sich nicht leicht mit einer Planwirtschaft wie der unseren, und dieser Auffassungsunterschied muß dem Ausmaß Grenzen setzen, bis zu dem die Nationen Westeuropas divergierende nationale politische Richtungen zu einer gemeinsamen Politik verschmelzen können."[5]

In einem Schriftstück, das für fremde Augen bestimmt war, hat Dalton naturgemäß seine Worte sorgsam gewogen und eine konziliante Sprache benützt. Ernest Davies, 1950/51 Parlamentarischer Staatssekretär im Foreign Office, äußerte sich in einem für den internen Gebrauch gedachten Memorandum, das er am 25. April 1950 schrieb und dessen Zusammenfassung vom Außenminister gebilligt wurde, kategorischer: „Bei ihrer Behandlung des Problems der europäischen Kooperation muß die Labour-Partei vor allem anderen auf die Bewahrung des demokratischen Sozialismus bedacht sein. Eine Politik, die sich in irgendeiner Hinsicht mit der Aufrechterhaltung oder Erweiterung der politischen und sozialen Demokratie in Großbritannien auf einer sozialistischen Basis nicht vereinbaren läßt, sollte nicht verfolgt werden."[6]

Das dritte Leitprinzip der Labour-Regierung ist aus naheliegenden Gründen kaum öffentlich vertreten und deshalb auch seither gerne übersehen worden, nämlich ihre Entschlossenheit, ihre Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu behaupten. Die scheinbar paradoxe Situation, die dadurch entstand, daß die britische Regierung einerseits oft und laut ihre Unterstützung der amerikanischen Allianz verkündete, sich andererseits zugleich den von Washington geförderten Plänen für einen engeren Zusammenschluß Westeuropas widersetzte, löst sich sogleich auf, wenn man versteht, daß Großbritannien zwar bereit war, mit Europa auf einer Basis zu kooperieren, die seine Fähigkeit erhöhte, zu den Vereinigten Staaten ein Verhältnis der Gleichrangigkeit zu gewinnen, sich aber nicht zu Kooperationsformen verstehen wollte, die zur Unterordnung führen konnten. Wie Ernest Bevin, der Außenminister, am 23. April 1950 Ernest Davies auseinandersetzte: „Jedermann in Großbritannien ist bestrebt, von den Vereinigten Staaten unabhängig zu bleiben. Sie wollen alle mit den Amerikanern zusammenarbeiten, aber nicht in eine Lage geraten, in der sie beherrscht werden. Wenn wir nun aber unsere Souveränität Europa überantworten, wird es sofort einen Weg zur Druckausübung über Europa geben, und zwar durch die Finanzkraft der Vereinigten Staaten, der gegenüber wir in vielen Fällen in der Minderheit bleiben werden."[7] Solche Überlegungen wurden in Krisenzeiten manchmal unterdrückt, hielten sich aber stets dicht an der Oberfläche. Sie werfen ein etwas anderes Licht auf das sogenannte „besondere Verhältnis" zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, vor allem zeigen sie, wie falsch es von jenen interpretiert wurde, die es als Versuch zur Sicherung „angelsächsischer Hegemonie" auffaßten.

Viertens und letztens ging die Labour-Regierung von der Annahme aus, daß den Pressionen für eine engere westeuropäische Integration zu einem guten Teil nicht die

[5] Vgl. Anm. 2.
[6] Memorandum Davies, 25. 4. 1950, D. P. 9/9.
[7] Notiz Kinna, 24. 4. 1950, Davies Papers (künftig zit.: Dav. P.).

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noblen Motive zugrunde lagen, die ihre Protagonisten verkündeten, sondern eigennützigere Kalkulationen zur Gewinnung innenpolitischer Vorteile. Der Zynismus, mit dem manche kontinentaleuropäischen Politiker dies zugaben, scheint namentlich Bevin tatsächlich geärgert zu haben, der meinte, die internationale Situation sei ohnehin kompliziert genug; man brauche nicht aus – in seinen Augen – frivolen Gründen neue Probleme zu schaffen. Als einer der führenden französischen Föderalisten, Paul Ramadier, zu ihm sagte, „die einfachen Leute" müßten „Illusionen und Träume" haben, wenn eine wirkliche europäische Einheit erreicht werden solle, reagierte der britische Außenminister mit einer Irritation, die noch in der trockenen Zusammenfassung des offiziellen Protokolls deutlich zu spüren ist: „Mr. Bevin antwortete, daß er selbst Träume gehabt habe, als Außenminister aber hellwach bleiben müsse."[8]

Das erste konkrete Problem, dem sich die britische Regierung hinsichtlich der europäischen Einheit im Jahre 1948 gegenübersah, war der Brüsseler Vertrag. Die feindselige sowjetische Reaktion auf den Marshall-Plan, die folgende politische Unruhe sowohl in Frankreich wie in Italien und das Scheitern der dem deutschen Problem gewidmeten Londoner Konferenz von Ende 1947 hatten Bevin zu der Überzeugung gebracht, daß es keine Möglichkeit einer Verständigung mit den Russen mehr gebe und daß sofort Schritte gegen die weitere Ausbreitung der sowjetischen Macht unternommen werden müßten. „Es ist nicht genug", so argumentierte er in einer Aufzeichnung, die mit dem Titel „Das erste Ziel britischer Außenpolitik" am 4. Januar 1948 dem Kabinett vorgelegt wurde, „die physischen Barrieren zu verstärken, die unsere westliche Zivilisation noch schützen. Wir müssen auch die ethischen und geistigen Kräfte organisieren und konsolidieren, die dieser westlichen Zivilisation innewohnen, deren hauptsächliche Protagonisten wir sind. Das kann nach meiner Überzeugung nur durch die Schaffung einer Union in Westeuropa, ob formell oder informell, geschehen, die von den Vereinigten Staaten und von den Dominions gestützt wird." Das System müsse Skandinavien, die Niederlande, Frankreich, Portugal, Italien, Griechenland und – „sobald es die Umstände erlauben" – Spanien und Deutschland einschließen. Es „muß nicht die Gestalt einer formellen Allianz erhalten, wenn wir auch ein Bündnis mit Frankreich haben und vielleicht noch Bündnisse mit anderen Ländern schließen werden. Unsere vertraglichen Beziehungen zu den verschiedenen Ländern können unterschiedlich sein, doch würde zwischen allen Einverständnis herrschen, gestützt auf Macht, Geld und Entschlossenheit und gekittet durch die gemeinsamen Ideale, für die zweimal in unserer Generation die Westmächte ihr Blut vergossen haben".

Bevin wies darauf hin, daß es „fester britischer Führung" bedürfe, um diese Politik in Europa, in den Dominions und in Amerika durchzusetzen. „Materielle Hilfe wird vor allem von den Vereinigten Staaten kommen müssen", räumte er ein, „aber die Länder Westeuropas, in denen man die geistigen Werte Amerikas verabscheut, werden von uns politische und moralische Leitung erwarten, Unterstützung beim Aufbau

[8] Ungezeichnete Niederschrift des Gesprächs Bevin – Ramadier v. 26. 10. 1948, Akten des Foreign Office, FO 371/73109/Z 9292/G. – Zitate aus den Akten im Public Record Office (PRO) mit Erlaubnis des Controller of H. M. Stationery Office.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Gegenmacht gegen die verderblichen Glaubenssätze des Kommunismus innerhalb ihrer Grenzen und bei der Wiederherstellung einer gesunden Gesellschaft, wo immer sie durch den Krieg erschüttert und zerstört wurde." Er fügte hinzu, daß er seine Vorstellung bereits dem amerikanischen Außenminister General Marshall wie dem französischen Außenminister Georges Bidault nahezubringen versucht habe. Beide schienen positiv reagiert zu haben, wenn sie sich naturgemäß auch nicht festgelegt hätten. Er beabsichtige nun, falls seine Kollegen zustimmen sollten, die Sache in der bevorstehenden außenpolitischen Unterhausdebatte öffentlich zu ventilieren[9].

Als diese Aufzeichnung am 8. Januar im Kabinett diskutiert wurde, machte Bevin einen wichtigen Zusatz. „Es wird notwendig sein", so sagte er, „die Kräfte Afrikas zur Unterstützung einer jeden westeuropäischen Union zu mobilisieren; wenn eine Union geschaffen werden kann, die nicht allein die Länder Westeuropas einschließt, sondern auch deren koloniale Besitzungen in Afrika und im Osten, so würde das einen Block geben, der sowohl nach seiner Bevölkerungszahl wie nach seiner Produktionskapazität auf gleichem Fuße mit den *Blöcken* in der westlichen Hemisphäre und im sowjetischen Bereich stehen könnte."[10]

Die Kabinettskollegen des Außenministers stimmten seiner Aufzeichnung zu, wenn auch der Mangel an Präzision in seinem Denken offensichtlich einige Besorgnis erregte. So tauchte in der Diskussion das Argument auf, es „sei notwendig, den Zweck genauer zu bestimmen, für den eine engere Union Westeuropas verfochten werden soll. Kooperation könne Verteidigungszwecken dienen oder auf wirtschaftlichem oder kulturellem Felde gesucht werden; wenn aber kein positiver Konzentrationspunkt bezeichnet werde, müsse es schwierig sein, zufriedenstellende Fortschritte zu erzielen"[11]. Die gleiche Besorgnis äußerte Roger Makins, ein Beamter des Foreign Office. „Was meinen wir mit geistiger Einheit Westeuropas?" so fragte er. „Meinen wir Vereinigte Staaten von Europa, was einen bestimmten Begriffsinhalt hat? Meinen wir eine Zollunion? Meinen wir eine regionale Verteidigungsvereinbarung? Zu diesen Fragen werden uns schon übermorgen Antworten abgefordert werden, nicht nur von anderen Ministerien, sondern von anderen Ländern"[12]. Befriedigende Antworten kamen nie. Es ist in der Tat nicht ohne Ironie, daß Bevin, der ständig das verschwommene Denken der europäischen Föderalisten verdammte, das Wesen seines eigenen Plans nur so vage charakterisierte.

„Die westliche Union" wurde, in all ihrer begrifflichen Unschärfe, in Bevins berühmter Unterhausrede vom 22. Januar 1948 öffentlich vorgestellt. Zwar gab er zu verstehen, daß die Regierung zunächst versuchen werde, mit den Beneluxländern Verträge nach dem Muster des 1947 mit Frankreich geschlossenen Vertrags von Dünkirchen auszuhandeln, doch war er keineswegs auf diese Prozedur festgelegt, und als sowohl die Beneluxländer wie die Vereinigten Staaten klarmachten, daß sie einen

---

[9] Akten des Cabinet Office, C. P. (48) 6, CAB 129/23, PRO.
[10] C. M. 2 (48), CAB 128/12, Part II.
[11] Ebenda.
[12] Notiz Makins, 21. 1. 1948, FO 371/74045/Z 809/G.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

multilateralen Vertrag vorzogen, gab er ihrem Wunsch bereitwillig nach[13]. Auch verlor der Außenminister seine Fernziele nicht aus den Augen. Die britische Regierung, so sagte er am 13. Februar zum französischen Botschafter in London, „will das ganze Projekt der westlichen Union in allen seinen Aspekten präsentieren, nicht nur hinsichtlich der Verteidigung, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen, kulturellen und überseeischen Kooperation. Wir wollen den Leuten zeigen, daß es eine wirklich positive Reorganisation des Westens gibt, und nicht den Eindruck vermitteln, daß es uns lediglich um eine Verteidigungsanstrengung geht"[14]. In Übereinstimmung mit dieser Philosophie brachte er das Kabinett am 23. Februar dazu, einen interministeriellen Beamtenausschuß einzusetzen, der die Möglichkeit einer Harmonisierung der europäischen Sozialleistungen zu prüfen hatte[15].

Gelegentlich ist behauptet worden, die zur Unterzeichnung des Brüsseler Vertrags vom 17. März 1948 führenden Verhandlungen seien mehr eine Scharade und Bevin sei es dabei in Wahrheit um eine amerikanische Verpflichtung zur Verteidigung Westeuropas zu tun gewesen. Es trifft zu, daß die Amerikaner schon zu Beginn mit der Absicht angegangen wurden, Diskussionen über die europäische Sicherheit zu erreichen, und daß derartige Vorstellungen nach dem Prager Coup vom Februar 1948 eine schrillere und drängendere Note erhielten. Jedoch wäre es falsch, den Brüsseler Vertrag und die westliche Union lediglich als Köder für die Vereinigten Staaten zu sehen, „als Sprotte, mit der wir die Makrele fangen", wie Bevin selbst einmal gesagt haben soll[16]. Es ist von Bedeutung, daß gerade während jener Sitzung des Kabinetts, in der Bevin, am 5. März, autorisiert wurde, mit den Amerikanern dringliche Gespräche über die Abwehr einer als unmittelbar interpretierten sowjetischen Drohung zu beginnen, auch die Auffassung Ausdruck fand, daß „wir die Hilfe der Vereinigten Staaten benützen sollten, um Zeit zu gewinnen, daß unser letztes Ziel aber darin bestehen sollte, eine Position zu erreichen, in der die Länder Westeuropas sowohl von den Vereinigten Staaten wie von der Sowjetunion unabhängig sein können"[17].

Aus den Bemerkungen, die Bevin am 17. März 1948 gegenüber Bidault machte, als sich die beiden Außenminister zur Unterzeichnung des Brüsseler Vertrags auf dem Wege in die belgische Hauptstadt befanden, geht außerdem hervor, daß er der neuen Organisation eine eigenständige und wichtige Rolle zudachte. So sagte er, daß es z. B. auf dem Felde der Wirtschaft und der Finanzen, auch wenn er in keiner Weise die Tätigkeit des aus Vertretern von 16 Staaten zusammengesetzten Ausschusses für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit stören wolle, „einen Aktionsbereich für den kleineren Kreis gebe. Er wolle einen Punkt erreichen, auf dem man ohne Austausch

---

[13] House of Commons Debates (künftig zit.: H. C. Deb.), 5th Series, Vol. 446, cols. 396f. – Die Akten des Foreign Office zeigen eindeutig, daß das Haupthindernis für einen multilateralen Vertrag nicht Großbritannien, sondern Frankreich war.

[14] Schreiben Bevin (Entw.), 13. 2. 1948, FO 371/73074/Z 1308/G.

[15] C. P. (48) 57, C. M. 16 (48), CAB 129/24 u. 128/12, Part I.

[16] Zit. bei A. Shlaim/P. Jones/K. Sainsbury, British Foreign Secretaries since 1945, Newton Abbot 1977, S. 48.

[17] C. M. (48) 19th Conclusions, Confidential Annex, CAB 128/14.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Dollars oder Gold auskomme: mit anderen Worten eine Art von Clearing-Vereinbarung zwischen den fünf europäischen Mächten. Am Ende müsse es eine Bank der Westeuropäischen Union geben und eine allgemeine wirtschaftliche Konsolidierung der fünf Länder". Bevin sprach ferner von seinem Wunsch, „die Gewerkschaften an den Studien zur Harmonisierung unserer Sozialleistungen angemessen zu beteiligen" und „Beratungsgremien zu entwickeln, in denen Arbeiter, Arbeitgeber und staatliche Produzenten vertreten sein sollten", wenn er auch sofort die Schwierigkeiten zugab, als ihn Bidault daran erinnerte, daß die wichtigste Gewerkschaftsorganisation in Frankreich, die C. G. T., von den Kommunisten kontrolliert werde[18]. Mit all dem war Bevin weit davon entfernt, die Westeuropäische Union nur als lästiges, aber notwendiges Vorspiel zur NATO zu verstehen.

Daß aus diesen Ideen nie viel geworden ist, muß zum Teil den Widersprüchen in den britischen Vorstellungen zugeschrieben werden. So führte vor allem das Bestehen darauf, daß die wirtschaftliche Rolle der Westeuropäischen Union in keiner Weise mit den Funktionen der OEEC in Konflikt geraten dürfe, zu beträchtlichen Schwierigkeiten, und die anderen Mächte des Brüsseler Vertrags mußten ihre ganze Überredungskunst aufbieten, um die britischen Einsprüche gegen die Aufnahme selbst einer ganz harmlosen Erwähnung wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit in das Kommuniqué zu überwinden, das nach der zweiten Sitzung des Konsultativrates am 20. Juli 1948 herausgegeben wurde[19].

Ein gleich wichtiger, wenn nicht noch wichtigerer Grund für den Mangel an Fortschritten ist jedoch darin zu sehen, daß die Initiative in Sachen westeuropäischer Vereinigung Bevin aus der Hand genommen wurde, und zwar als Ergebnis des Haager Kongresses vom Mai 1948 und der ihm folgenden Entwicklung. Der Vorschlag, den Haager Kongreß einzuberufen, war zur gleichen Zeit gemacht worden, da die Idee der Westeuropäischen Union in Bevins Geist zu keimen begann. Die Frage, ob die Labour-Partei Delegierte zu dem Kongreß entsenden solle, ist sogar auf der gleichen Kabinettssitzung erörtert worden, die sich mit Bevins ursprünglichen Vorschlägen für eine westeuropäische Union beschäftigt hatte. Das Protokoll bietet zu diesem Thema nur höflich nichtssagende Wendungen, doch hat Bevin unmittelbar danach zu seinem Privatsekretär gesagt, daß „Lord Layton (einer der Organisatoren des Kongresses) die Regierung in eine sehr schwierige Lage gebracht habe, indem er von ihr erwarte, sich in diesem Stadium an Lord Laytons Bewegung zu beteiligen, zumal vorgeschlagen worden sei, Mr. Churchill (dem Führer der konservativen Opposition) das Präsidium des Kongresses anzutragen. In Anbetracht der Umstände könne die Regierung sich daher nicht an dem Kongreß beteiligen, und es müsse Lord Layton anheimgestellt werden, wie bisher auf inoffizieller Basis weiterzuarbeiten"[20]. Der Standpunkt der Regierung wurde der Labour-Partei mitgeteilt, die ebenfalls beschloß, dem Kongreß fernzubleiben. Lord Layton meinte später zu einem Beamten des Foreign Office, er

[18] Notiz Roberts, 18. 3. 1948, FO 371/73055, Z 2559/G.
[19] Memorandum Russell, 5. 8. 1948, FO 371/73061/Z 6511/G.
[20] Notiz Roberts, 8. 1. 1948, FO 371/72697/UN 421/G.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bedauere, daß die Frage in die Parteipolitik geraten sei, da Sir Stafford Cripps zunächst zugesagt habe, an dem Kongreß teilzunehmen, und auch auf die Teilnahme Daltons zu hoffen gewesen sei[21]. Aber wenn man auch Lord Laytons Bedauern darüber teilen mag, daß das Problem der westeuropäischen Einheit auf solche Weise in die britische Innenpolitik gezogen worden war, so muß man doch sehen, daß die Schuld nicht allein einer Seite angelastet werden darf. Die Konservative Partei gab sich redlich Mühe, die Regierung in dieser Angelegenheit in Verlegenheit zu bringen, und legte damit eine nicht nur unverantwortliche, sondern auch heuchlerische Haltung an den Tag, da die Führer der Konservativen, wenn es zum Schwure kam, ebensowenig wie ihre Gegenspieler auf der Labour-Seite bereit waren, die britische Souveränität jener Art supranationaler Organisation zu überantworten, wie sie vom Haager Kongreß gefordert wurde.

Im übrigen steckten hinter Bevins Opposition nicht allein parteipolitische Gründe. Von dem fanatischen Antikommunismus einiger Organisatoren abgesehen, den er als „gefährlich provokant" betrachtete, stand er den nach seiner Ansicht unrealistischen Plänen für die europäische Einheit, die etliche der auf dem Kongreß repräsentierten Bewegungen verfochten, mit tiefer Skepsis gegenüber. „Es fällt nicht schwer, einen Grundriß für ein vereinigtes Westeuropa zu zeichnen und auf dem Papier musterhaft aussehende Pläne zu entwerfen", hatte er am 22. Januar 1948 im Unterhaus gesagt. „Zwar möchte ich die Arbeit, die von freiwilligen politischen Organisationen bei der Propagierung ehrgeiziger Entwürfe für die europäische Einheit geleistet wurde, nicht entmutigen, doch muß ich sagen, daß es eine langsamere und schwierigere Sache ist, ein praktisches Programm durchzuführen, das die Realitäten in Rechnung stellt, denen wir uns gegenübersehen, und ich fürchte, daß wir dabei nur schrittweise vorgehen können."[22]

Der britische Außenminister war daher keineswegs erbaut, als Georges Bidault am 20. Juli 1948 auf einer Sitzung des Konsultativrates der Brüsseler Mächte die Forderung des Haager Kongresses nach einem europäischen Parlament aufnahm. Dem französischen Botschafter in London zufolge, der anwesend war, begleitete Bevin die Rede des französischen Außenministers mit den beißendsten Bemerkungen[23]. Anschließend hat er, wie seinem eigenen offiziellen Bericht nach London zu entnehmen ist, geantwortet, daß er „zwar mit M. Bidaults letzten Zielen grundsätzlich übereinstimme, jedoch der Meinung sei, daß das Problem noch weiterer Überlegung bedürfe, angesichts der Gefahr, daß jede derartige Versammlung von Kommunisten und Fellow-Travellers benutzt werden kann, um gerade jene Absichten zu vereiteln, für die wir arbeiten"[24]. Bevin war zweifellos auch deshalb so gereizt, weil er wußte, daß Bidaults Verhalten vornehmlich innenpolitische Motive hatte. Fünf Tage zuvor hatte der französische Außenminister den britischen Botschafter in Paris gebeten, Bevin

[21] Notiz Sargent, 2. 2. 1948, FO 371/72697/UN 424/G.

[22] H. C. Deb., 5th Series, Vol. 446, col. 395.

[23] „Jamais entendu pareilles sottises!" lautete die gemilderte Übersetzung, die der Botschafter von seinem Gemurmel gab; vgl. R. Massigli, Une Comédie des Erreurs 1943–1956, Paris 1978, S. 156.

[24] Telegramm Bevin, 20. 7. 1948, FO 371/73060/Z 5995/G.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mitzuteilen, daß er die Frage der europäischen Föderation wohl aufwerfen werde, aber keine Schwierigkeiten machen und das Thema mit großer Vorsicht behandeln wolle. „Tatsache sei", so hatte er dem Botschafter erklärt, „daß das Thema zu einer Art Fetisch für M. Ramadier (der auf dem Haager Kongreß eine bedeutende Rolle gespielt hatte) geworden sei, der ihn gebeten habe, es auf der Sitzung zu erwähnen. Er selbst teile Ihre Auffassung, daß dieses exzellente Ideal derzeit noch etwas unrealistischer Natur sei."[25]

Als Bidault seine Rede hielt, war die Regierung, der er als Außenminister angehörte, bereits zurückgetreten. Das Nachfolgekabinett, in dem Robert Schuman sein langes Regiment am Quai d'Orsay begann, wartete die Prüfung des Vorschlags für ein europäisches Parlament durch die Partnerstaaten des Brüsseler Vertrags nicht ab, sondern machte sich am 18. August eine Anregung der Organisatoren des Haager Kongresses zu eigen, nämlich die Anregung, als ersten Schritt zur Schaffung eines solchen Parlaments eine vorbereitende Fünf-Mächte-Konferenz aus Parlamentariern einzuberufen. Die britische Regierung war wütend. Ihre Reaktion ist wohl am besten in einem Brief zusammengefaßt, den Sir Ivone Kirkpatrick, Unterstaatssekretär im Foreign Office und dort für westeuropäische Angelegenheiten zuständig, am 28. August an den britischen Botschafter in Paris schrieb. Bevin, so sagte Kirkpatrick, sei der Meinung, „daß diese Frage von der französischen Regierung zu politischen Manövern benutzt wird, daß sie das Problem noch nicht ernsthaft studiert hat und daß er es ablehnen muß, sich in Narreteien treiben zu lassen, nur weil es der französischen Regierung gerade so paßt. Er sieht nicht ein, daß eine Versammlung irgendwelcher Parlamentarier einen akzeptablen Plan zustande bringen kann. Wollten wir tatsächlich einen annehmbaren Plan ausgearbeitet haben, so sollte das nach seiner Ansicht von den Regierungen und nicht von Privatpersonen gemacht werden. Außerdem ist er nicht bereit, sich in dieser Sache festzulegen, ehe er nicht Gelegenheit gehabt hat, die Angelegenheit im Oktober mit den Premierministern der Dominions zu erörtern".

Außerdem, so fuhr Kirkpatrick fort, habe der Außenminister „nicht das Gefühl, daß die Franzosen sich uns gegenüber aufrichtig oder rücksichtsvoll verhalten haben". Nicht nur hätten sie die im Juli auf der Sitzung des Konsultativrates erreichte Verständigung verletzt, derzufolge erst dann weitere Schritte unternommen werden sollten, wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten Zeit zur Prüfung der ersten Vorschläge Bidaults gehabt hatten, sondern sie hätten sich bis heute, zwei Wochen nach ihrer neuen Initiative, noch immer nicht mit der britischen Regierung ins Benehmen gesetzt. Jedoch seien sie an die Belgier herangetreten, und die Nummer Zwei an der französischen Botschaft in London habe, damit konfrontiert, „ohne rot zu werden erwidert, daß die französische Regierung, da sie von der Erwartung ausgegangen sei, in Brüssel eine günstigere Atmosphäre als anderswo zu finden, beschlossen habe, zuerst bei den Belgiern zu sondieren, und zwar in der Hoffnung, sich mit den Belgiern gegen uns und die Holländer zusammentun zu können"[26].

---

[25] Telegramm Harvey, 15. 7. 1948, FO 371/73096/Z 5782.
[26] Brief Kirkpatrick, 28. 8. 1948, FO 371/73097/Z 6885.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Indes wurde die französische Initiative nicht allein von den Belgiern, sondern auch von den Vereinigten Staaten unterstützt. Anfang November 1948 teilte Bevin dem Kabinett mit, in den Vereinigten Staaten herrsche die Auffassung vor, daß die westeuropäischen Demokratien eine engere Verbindung eingehen sollten, und es gebe deutliche Anzeichen dafür, daß Gouverneur Dewey (der damals ja noch als Favorit für die bevorstehende Präsidentenwahl galt) die Absicht habe, das ERP (European Recovery Program) als Instrument zur Durchsetzung dieser engeren Verbindung zu benutzen. Er glaube, daß schon große Fortschritte gemacht worden und die derzeitigen Methoden richtig seien, aber „wenn ... wir nicht eine rein negative Haltung einnehmen wollen, mit schlechten Auswirkungen in Amerika, Frankreich und anderswo, scheint es notwendig zu sein, einen Plan zu entwickeln, der die Forderung nach einer Aktion befriedigt und zugleich jede Festlegung auf die gefährlichen Wege vermeidet, die von den Föderalisten und ihren Bundesgenossen befürwortet werden. Ein solcher Plan sollte eine ordentliche Fortentwicklung der allgemeinen Konzeption darstellen, die dem Vertrag von Brüssel zugrunde liegt".

Bevin schwebte „ein Ministerrat Westeuropas" vor, der aus Regierungsvertretern und ihren Beratern bestehen und sich, unterstützt von einem permanenten Sekretariat, vielleicht zweimal im Jahr treffen sollte. An einer derartigen Einrichtung konnte Westdeutschland wahrscheinlich von Anfang an beteiligt sein, auch wenn seine Repräsentanten nicht über außenpolitische oder Verteidigungsfragen diskutieren durften, und sie mochte überdies das beste Mittel sein, Italien mit den Staaten des Brüsseler Vertrags zu verbinden. Bevin äußerte den Gedanken am 19. Oktober 1948 auf einer Konferenz der Premierminister des Commonwealth, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Auch auf einer Sitzung des Konsultativrates der Brüsseler Mächte machte er, am 25. Oktober, eine entsprechende Anspielung. Bei dieser Gelegenheit glaubte der Außenminister „bei M. Schuman eine gewisse Erleichterung darüber zu entdecken, daß mein Vorschlag gemacht worden war, und anschließend erfuhr ich in der Tat von M. Chauvel (Generalsekretär am Quai d'Orsay), daß M. Schuman meinem Plan mit dem größten Vergnügen der Vorzug vor seinem offiziellen Plan geben würde, wenn er seine wilderen ‚föderalistischen' Kollegen davon überzeugen könne, daß nur dadurch ein Fortschritt zu einer engeren Einheit, die auch Großbritannien einschließe, möglich werde"[27]. Das Kabinett stimmte Bevins Plan am 4. November 1948 zu[28], und er wurde, zusammen mit dem ursprünglichen französischen Vorschlag für eine parlamentarische Versammlung, einem Ausschuß von Regierungsvertretern überwiesen, der noch im gleichen Monat in Paris zusammentrat.

Hugh Dalton wurde zum Leiter der britischen Delegation ernannt. Am 17. November erklärte ihm Bevin, daß nach seiner Meinung der von ihm vorgeschlagene Ministerrat zwar anfänglich auf die fünf Mächte des Brüsseler Vertrags beschränkt sein sollte, später aber alle 16 Mitglieder der OEEC einschließen könne. Die OEEC könne nach dem Abschluß des ERP im Jahre 1952 vielleicht sogar dem Rat unterstellt

---

[27] C. P. (48), 249, CAB 129/30.
[28] C. M. (48), CAB 128/13.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. „Der Rat sollte sich mit Fragen befassen, die Europa gemeinsam angehen", sagte Bevin. „Was sind das für Fragen? Wirtschaftliche Angelegenheiten, rationalisierte Verteidigung usw." Er gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß „das Commonwealth und Westeuropa zusammenwachsen ... (und) eine wirklich große Dritte Macht in der Welt werden". Es ist mithin, wie im Falle des Brüsseler Vertrags, klar, daß Bevins ursprüngliche Konzeption des Europarats umfassend und weitreichend war. Alles hing jedoch davon ab, daß die neue Organisation als ein Instrument intergouvernementaler Zusammenarbeit geschaffen wurde. Der Außenminister „war gegen ein Treffen von Parlamentariern in diesem Stadium", berichtet Dalton. „Allgemeine Debatten, denen keine Aktion folgt, und fruchtlose Kontroversen über föderalistische Institutionen würden die Menschen entmutigen. Was wir jetzt brauchten, das war Solidarität ohne eine Konstitution. Entscheidungen mußten den Regierungen und ihren Vertretern vorbehalten bleiben ... Es bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den Regierungen und dem Rat."[29]

Wie Bevin, so fand auch Dalton, daß der französische Außenminister die britische Auffassung wohlwollend betrachtete. „Die Regierungen müssen dies fest in ihrer Hand behalten", sagte Schuman am 25. November zu ihm. „Wenn wir eine parlamentarische Versammlung hätten, müßten die Regierungen die Parlamentarier bestimmen."[30] Als der Ausschuß zusammentrat, mußte Dalton aber leider feststellen, daß die französische Delegation, vom britischen Foreign Office mit Schärfe als „ein Ensemble historischer Denkmäler"[31] charakterisiert, wenig oder gar keinen Kontakt zu ihrer Regierung hatte und der britischen Delegation gerade in der Frage der Auswahl und Unabhängigkeit der vorgeschlagenen Versammlung heftig widersprach. Der Kern des Problems ist wohl darin zu suchen, daß das Verhältnis Parlament – Exekutive in Frankreich völlig anders war als in Großbritannien.

Der schließlich gefundene Kompromiß – ein Komitee der Minister und eine beratende parlamentarische Versammlung – realisierte wahrscheinlich die schlechtesten Seiten beider Alternativen. Sicherlich stand die frühe Periode des Europarates im Zeichen des Konflikts zwischen der Beratenden Versammlung, die ständig ihre Kompetenzen zu erweitern suchte, und dem Komitee der Außenminister, das, von Großbritannien geführt, ein fortwährendes Rückzugsgefecht zur Bewahrung seines Vorrangs lieferte. Anfänglich sah es jedoch so aus, als sei das Problem lösbar. Nach der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung schrieb Dalton, sie zeige „zunehmend Verantwortungsgefühl". Das Komitee der Minister werde, so glaubte er, „durchaus in der Lage sein, aus der ihm vorgelegten riesigen Masse an Resolutionen auszusuchen und zu wählen"[32]. Den konservativen Delegierten war das freilich nicht zu danken, die sich vielmehr alle Mühe gaben, der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Der einzige Trost bestand darin, daß ihr Verhalten allmählich zu ihrem Nachteil auszuschlagen begann. „Ich glaube nicht, daß sich die Tories mit ihrer Haltung in Straßburg

[29] Tagebuch Dalton, 25. 11. 1948, D. P.
[30] Ebenda.
[31] Telegramm Foreign Office, 11. 11. 1948, FO 371/73099/Z 9158/G.
[32] „Notes for Labour Party on Council of Europe", 12. 9. 1949, D. P., 9/7.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen guten Dienst erwiesen haben", schrieb Dalton. „Gegen Ende wurden sie von den anderen durchschaut, und Macmillan machte noch am letzten Tag mit seinem Angriff auf das Komitee der Minister einen ziemlichen Fehler."[33] Clement Attlee, der britische Premierminister, stimmte dem zu: „Wir bekommen hier einen sehr schlechten Eindruck von der Taktik der Tories", antwortete er Dalton. „Winston (Churchill) spielte die Primadonna, und Macmillan dachte sich eine Rolle zu, die offensichtlich zu groß für ihn war."[34]

Inzwischen waren Fragen der wirtschaftlichen Integration Westeuropas im Rahmen der OEEC diskutiert worden, und der britischen Regierung machte die Haltung der Vereinigten Staaten zunehmend Sorgen. Am 25. Oktober 1949 übermittelte Bevin dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson eine persönliche Botschaft, in der er feststellte, die britische Regierung bekräftige zwar ihre bestehenden Verpflichtungen, befürchte aber, daß Vorschläge für eine engere Verbindung zwischen der britischen Wirtschaft und der Westeuropas gemacht würden, als sich mit Großbritanniens weltweiten Verantwortlichkeiten vertrage, und sie hoffe, daß sie in dieser Frage auf Unterstützung durch die Vereinigten Staaten rechnen dürfe[35]. Acheson antwortete einige Tage später, Bevin lege offenbar eine negative Haltung an den Tag. „Hier wächst die Überzeugung", schrieb Acheson, „daß größere und schnellere Fortschritte in der Richtung unseres gemeinsamen Zieles, der Schaffung der europäischen Einheit, notwendig sind. Wir sind überzeugt davon, daß es eine Einheit Europas oder von Gruppen europäischer Länder, die genügend effektiv ist, um die Dinge vorwärtszutreiben, nicht ohne nachhaltige Hilfe und größtmögliche Beteiligung des Vereinigten Königreichs, gestützt vom übrigen Commonwealth, geben kann." Der amerikanische Außenminister fuhr fort, er verstehe zwar, das „das Vereinigte Königreich seine Wirtschaft nicht so eng mit der des Kontinents verbinden kann, wie wir das für die Verknüpfung der kontinentalen Staaten miteinander für erforderlich halten", trotzdem „ist der Prüfstein der Einheit auf dem Kontinent das Ausmaß, zu dem das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten nicht nur zur Übernahme von Führung, sondern auch zu einer so weitgehenden Beteiligung bereit sind, wie es ihre Lage erlaubt"[36]. Dem folgte, wie man weiß, der Fanfarenstoß, mit dem Paul Hoffman am 31. Oktober 1949 auf einer Sitzung des Ministerrats der OEEC rasches Handeln zur Schaffung einer engeren wirtschaftlichen Integration Westeuropas forderte.

Bevin war über die in all dem implizierte Kritik an der britischen Politik erbost, und am 11. November schlug er bei einem Treffen mit Acheson und Schuman kräftig zurück. Wenn es auch seinen Stolz verletze, sagte er, so sei er doch entschlossen, seine Position hinsichtlich der französischen und amerikanischen Angriffe auf seine Politik zu erklären. Die Pressionen, denen er ausgesetzt gewesen sei, und die Vorteile, die seine konservativen Opponenten daraus gezogen hätten, versetzten ihn in eine höchst

---

[33] Brief Dalton, 10. 9. 1949, D. P., 9/7.

[34] Brief Attlee, 11. 9. 1949, D. P., 9/7.

[35] Anlage zu Brief Hoyer Millar, 26. 10. 1949, Foreign Relations of the United States (künftig zit.: FRUS), 1949, Vol. IV, S. 347ff.

[36] Telegramm Acheson, 28. 10. 1949, FRUS, 1949, Vol. IV, S. 348f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unangenehme Lage. Niemand habe das Recht, ihm Feindseligkeit gegen die europäische Idee vorzuwerfen, doch müsse die Lage eines Landes gewürdigt werden, das nicht ausschließlich europäisch werden könne. Den Briten sei es unmöglich, sich zwischen dem Commonwealth und Europa zu entscheiden. Die öffentliche Meinung in Großbritannien werde durch jene Kritik allmählich beunruhigt, und die kommenden Wahlen drohten dafür Beweise zu liefern. Daher bestehe er darauf, daß Großbritannien nicht länger als Sündenbock für den Mangel an Fortschritten in der europäischen Integration behandelt werde.

Der französische Botschafter in London, René Massigli, der diesen Ausbruch in seinen Erinnerungen schildert, schreibt, Acheson habe einige besänftigende Bemerkungen gemacht, Schuman hingegen sei sehr viel weitergegangen, indem er festgestellt habe, daß der Erfolg beim Aufbau Europas von der möglichst engen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Frankreich abhänge und daß die Ungeduld jener Idealisten oder Saboteure, die zu rasch vorgehen wollten, gezügelt werden müsse. Massigli fragte sich, ob einige Monate später Schuman nicht mit Bedauern an diese Unterredung zurückdachte, Bevin dagegen mit Bitterkeit[37]. Massigli meinte damit natürlich den Schuman-Plan, mit dem eine nichtsahnende britische Regierung am 9. Mai 1950 überrascht wurde. Bevin hegte, wenn auch grundlos, den schwärzesten Verdacht, dieser Plan sei schon damals von Acheson und Schuman ausgeheckt worden[38].

Zwar stehen die amtlichen britischen Akten aus dem Jahre 1950 der Forschung noch nicht zur Verfügung, doch gibt es eine außerordentlich wertvolle Quelle für die britische Reaktion auf den Schuman-Plan, nämlich das Tagebuch von Kenneth Younger, Staatsminister im Foreign Office. „Offiziell", notierte Younger am 14. Mai, „haben wir den Gedanken begrüßt ... Privat haben wir alle Zweifel und böse Ahnungen. Angesichts der politischen Färbung der Regierungen in Frankreich und Deutschland und ihrer Verbindungen zur Schwerindustrie muß man wohl damit rechnen, daß sich dies nach altmodischen Kartell-Prinzipien entwickeln wird. Das muß jedoch nicht so sein, und wenn wir die Durchführung des Plans so beeinflussen können, daß das öffentliche Interesse gesichert und die Macht der Interessengruppen in der internationalen Behörde begrenzt wird, *kann* es sich um einen Schritt vorwärts handeln. Vielleicht ist es aber auch nur ein Schritt zur Konsolidierung der katholischen ‚schwarzen Internationale', die ich schon immer für eine starke Antriebskraft hinter dem Europarat gehalten habe. Wenn der Plan durchgeht, werden wir uns offensichtlich auf irgendeine Weise mit ihm verbinden müssen. Daß wir uns tatsächlich anschließen, ist derzeit schwer zu sehen. Für eine Entscheidung ist es jedoch noch zu früh. Die Franzosen haben den Plan offenkundig selbst noch nicht durchdacht, geschweige denn anderen erklärt."[39]

Trotz seiner Vorbehalte, die vermutlich von anderen Mitgliedern der Regierung geteilt wurden, war Younger also um Aufgeschlossenheit bemüht. Das hatte insofern

[37] Massigli, a. a. O., S. 180f.

[38] D. Acheson, Present at the Creation, New York 1969, S. 385. Nach Massigli (a. a. O.), S. 188, Anm. 1 hat der Außenminister daraufhin M. Schuman nie mehr Vertrauen entgegengebracht.

[39] Tagebuch Younger, 14. 5. 1950.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bedeutung, als er während der entscheidenden Wochen, in denen die britische und die französische Regierung Noten über die Bedingungen der Teilnahme Londons an der Konferenz zur Ausarbeitung der Einzelheiten des Plans wechselten, nach seinen eigenen Worten „für das Verfahren nominell zuständig war". Das Parlament befand sich nämlich in den Pfingstferien, Bevin lag im Krankenhaus, Cripps und Attlee hielten sich in Frankreich auf, und die übrigen Kabinettsmitglieder waren ebenfalls nicht in London. Jedoch hatten, wie Younger weiter sagte, „die Beamten ihre Zähne fest in den Bissen geschlagen ..., und bis ich beteiligt wurde, war es ziemlich schwierig geworden, noch etwas zu bewirken". Überdies fand er sich, obwohl „sehr unter dem Eindruck der Wichtigkeit des Versuchs, einen Plan praktikabler zu machen, und folglich der Wichtigkeit der Suche nach einer Basis, auf der wir uns von Anfang an beteiligen können", praktisch isoliert. Der ständige Staatssekretär im Foreign Office, Sir William Strang, hielt „die ganze Sache für Unsinn und nur für einen französischen Versuch, den Realitäten auszuweichen", während ein anderer hoher Beamter des Foreign Office, Sir Roger Makins, die Ansicht vertrat, „daß wir uns nicht festlegen dürfen, daß die französisch-deutschen Verhandlungen früher oder später unweigerlich scheitern werden und daß wir dann eine Chance haben, als deus ex machina mit einer eigenen Lösung aufzutreten"[40].

Der Augenblick der Entscheidung kam am 1. Juni 1950, als die französische Regierung den Briten die praktisch ultimative Forderung stellte, an der Konferenz entweder auf der Basis einer vorherigen grundsätzlichen Zustimmung zu einer supranationalen Behörde teilzunehmen oder aber der Konferenz fernzubleiben. An jenem Abend wurde Herbert Morrison, der in Attlees Abwesenheit den Premier vertrat, nach einem Theaterbesuch in einem Restaurant gefunden. „Es hat keinen Zweck", sagte er zu Younger, nachdem ihm die Sache erklärt worden war, „wir können das nicht machen, die Bergleute von Durham würden es nicht leiden."[41] Am folgenden Tag versuchte Younger, für eine Teilnahme zu den französischen Bedingungen einzutreten, aber Bevin, der im Krankenhaus konsultiert worden war, machte klar, daß er nicht bereit sei, französische Diktate zu akzeptieren. Am Abend des 2. Juni wurde auf einer Sitzung des Rumpfkabinetts die Ablehnung der französischen Forderung gebilligt und stattdessen ein Treffen der Minister vorgeschlagen, was am 3. Juni wiederum von den Franzosen abgelehnt wurde[42].

„Nach näherer Überlegung", notierte Younger am 12. Juni, „glaube ich, daß wir wirklich keine andere Wahl hatten, und das scheint auch die fast einmütige Auffassung der Presse zu sein. Trotzdem ist es von Übel, daß wir, wie gewöhnlich, dem Anschein nach ‚im Abseits' stehen, und ohne Zweifel werden wir deshalb gehörig Prügel beziehen."[43] An solchen Prügeln hat es später gewiß nicht gefehlt. Die Weigerung der Labour-Partei, an der Konferenz zur Erörterung des Schuman-Plans teilzu-

[40] Tagebuch Younger, 12. 6. 1950.

[41] B. Donoughue/G. W. Jones, Herbert Morrison. Portrait of a Politician, London 1973, S. 481 (wo ein Interview mit Younger zitiert ist).

[42] Tagebuch Younger, 12. 6. 1950.

[43] Ebenda.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen, ist als klassisches Beispiel ihrer kurzsichtigen sozialistischen Unfähigkeit angeführt worden, das Wesen jener Kräfte zu erfassen, die das neue Europa formten, als tragischer Fall einer „verpaßten Gelegenheit". Doch ist eine derartige Charakterisierung überaus unfair. Vielleicht muß man nicht so weit gehen wie Guy Mollet, der noch im Jahre 1950 zu Bevin sagte, der Schuman-Plan sei bewußt in einer Form präsentiert worden, die eine britische Beteiligung unmöglich machte[44], doch gibt es kaum einen Zweifel daran, daß die Angelegenheit von der französischen Regierung gehörig verpatzt worden ist. Jedenfalls war das die Meinung einer Anzahl hervorragender Franzosen, zu denen auch der Präsident der Republik gehörte[45]. Was die britische Reaktion betrifft, so können Beamte wie Sir William Strang und Sir Roger Makins wohl kaum eines doktrinären Sozialismus bezichtigt werden, und in den Begriffen der Bergleute von Durham dachte keineswegs nur die Labour-Partei. Schließlich war es ein Konservativer, Harold Macmillan, der im August 1950 in der Beratenden Versammlung des Europarats erklärte: „Eines ist sicher und wir sollten uns deshalb darüber im klaren sein. Unsere Leute werden keiner supranationalen Behörde das Recht übertragen, unsere Gruben oder Stahlwerke zu schließen."[46]

Die Debatte über den Schuman-Plan wurde noch durch eine Erklärung des Nationalen Exekutivkomitees der Labour-Partei zur „europäischen Einheit" kompliziert, die am 12. Juni 1950 das Licht der Welt erblickte. Ursprünglich als Leitlinie für die Labour-Delegation beim Europarat gedacht, war die in dem Dokument zum Ausdruck gebrachte Opposition gegen jede föderalistische Union oder supranationale Behörde in Westeuropa kompromißlos, aber kaum neu[47]. Das Unheil kam, wie Kenneth Younger in seinem Tagebuch notierte, daher, daß „sie (die Erklärung) leider sehr ungeschickt von Hugh Dalton auf einer Pressekonferenz bekanntgemacht wurde, auf der er mit all den ausländischen Journalisten so grob umsprang, daß sie die Konferenz mit dem festen Willen verließen, ihm Schwierigkeiten zu machen"[48]. Einige Tage danach sagte der belgische Sozialist Victor Larock zu Dalton, er habe „noch nie ein wichtiges Dokument in der Presse Frankreichs, Belgiens und der Vereinigten Staaten so völlig falsch wiedergegeben gesehen"[49].

Diese Entstellung, so kann man hinzufügen, ist noch heute zu bemerken. Die Kritiker neigen dazu, der Erklärung vor allem wegen ihres vorgeblichen dogmatischen Sozialismus schlechte Zensuren zu geben; es verdient jedoch erwähnt zu werden, daß ein Beamter des Foreign Office den Entwurf mit der Anmerkung versehen hat, wenn man von gewissen fundamentalen Labour-Partei-Auffassungen absehe, „die zu unter-

---

[44] Notiz Davies, 1. 11. 1950, Dav. P.

[45] V. Auriol, Mon Septennat 1947 – 1954, Paris 1970, S. 268; Massigli, a. a. O., Kap. V; A. Bérard, Un Ambassadeur se souvient: Washington et Bonn 1945 – 1955, Paris 1978, S. 324f.

[46] Zit. bei R. Mayne, The Recovery of Europe, London 1970, S. 201.

[47] Zum Beispiel war die oft zitierte Feststellung, Großbritannien stehe Australien und Neuseeland näher als den Ländern Kontinentaleuropas, dem eingangs erwähnten Memorandum Daltons für Mollet vom November 1949 entnommen (vgl. Anm. 2).

[48] Tagebuch Younger, 6. 7. 1950.

[49] Tagebuch Dalton, 16. 6. 1950, D. P.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützen oder zu bestreiten uns als Beamten nicht zusteht", sei „die Darlegung des Problems ... bewundernswert"[50]. Die Kritiker behaupten ferner, die Erklärung habe insularen Charakter gehabt und bei den kontinentaleuropäischen Sozialisten Entsetzen hervorgerufen. Auf einem internationalen Sozialistentreffen, das vom 16. bis zum 18. Juni 1950 in London stattfand und an dem Delegierte aus neun kontinentaleuropäischen Ländern teilnahmen, haben aber nur der französische Vertreter, Guy Mollet, und einer der fünf Holländer Kritik an der Erklärung geübt[51]. Schließlich werden bei derartigen Anklagen die konstruktiven Aspekte der Erklärung völlig ignoriert, insbesondere der von Denis Healey, damals Leiter der Internationalen Abteilung der Labour-Partei, stammende erfinderische Vorschlag, die Beratende Versammlung des Europarats solle sich Fragen der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit widmen. Ein anderer Beamter des Foreign Office kommentierte dies mit dem Satz: „Der in der Erklärung empfohlene Weg scheint vorzüglich darauf berechnet zu sein, der Beratenden Versammlung doch noch etwas wirklich Konstruktives zu tun zu geben, überdies in einem Bereich, in dem das Vereinigte Königreich erheblich vorteilhafter abschneiden würde als die meisten der Länder, die uns vorgeworfen haben, in der Europafrage auf der Stelle zu treten."[52]

Die Entstellungen triumphierten jedoch, und die zweite Sitzung der Beratenden Versammlung, die noch im Schatten der Kontroverse über den Schuman-Plan und die Erklärung zur „europäischen Einheit" stattfand, nahm, vom britischen Standpunkt aus gesehen, einen katastrophalen Verlauf. Ernest Davies, der Bevin im Komitee der Minister vertrat, weigerte sich entschieden, dem Druck der Versammlung nachzugeben und gewisse Resolutionen eines ihrer Ausschüsse zu akzeptieren, die, wie er sagte, dem Statut mit Hintertreppenmethoden Zusätze anzufügen suchten[53]. Bevin selbst explodierte, als er in der Presse las, daß die Versammlung einen Unterausschuß eingesetzt habe, der Winston Churchills Vorschlag einer „europäischen Armee" diskutieren solle. „Ich habe das mit dem Premierminister besprochen", sagte er in einem Telefongespräch mit seinem Vertreter in Straßburg, „und wir möchten doch darauf hinweisen ..., daß die Frage der europäischen Verteidigung eine Sache ist, die gerade zwischen europäischen Regierungen erörtert wird und an der auch die Vereinigten Staaten lebhaft interessiert sind. Die Minister, die Regierungen repräsentieren, sind weder aufgefordert noch ist ihnen eine Möglichkeit gegeben worden, ihre Auffassung zu dem Vorschlag der Versammlung darzulegen, der auf den ersten Blick dazu bestimmt scheint, die Regierungen zu diskreditieren und ihre Verantwortlichkeiten zu usurpieren ... Verteidigungsangelegenheiten liegen ganz außerhalb der Kompetenzen des Europarats, und nur unter dieser Voraussetzung hat die Regierung Seiner Maje-

[50] Notiz Hooper, 24. 4. 1950, Dav. P.

[51] Tagebuch Dalton, 17. 6. 1950, D. P.; Memorandum Farmer: „Report on International Socialist Conference on Control of European Basic Industries – Transport House, London, June 16th–18th, 1950", Labour-Party Archives, International Sub-Committee, Minutes and Documents 1950 File.

[52] Notiz Shuckburgh, 12. 6. 1950, Dav. P.

[53] Telegramm Davies, 9. 8. 1950, D. P., 9/13.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stät dem Beitritt zugestimmt."[54] Solche und andere Zwischenfälle machten einen überaus schlechten Eindruck. „In diesem Jahr war bei den Kontinentalen das Gefühl sicherlich sehr stark", schrieb Dalton am 1. September 1950 an Attlee, „daß die Regierung Seiner Majestät und die Repräsentanten der britischen Labour-Partei das größte Hindernis für Fortschritte darstellten."[55]

Bevin glaubte genau zu wissen, wo die Schuld an dieser unglücklichen Situation lag. „Wir hatten gehofft", sagte er am 13. November 1950 im Unterhaus, „daß zwischen den beiden (d. h. dem Komitee der Minister und der Beratenden Versammlung) ein kameradschaftliches Verhältnis entstehen und man direkt miteinander verkehren werde, daß nach dem Abschluß der Arbeit der Versammlung die Resolutionen zu uns kommen und von den Ministern geprüft würden, die dann versuchen würden, Übereinstimmung zu erreichen und festzustellen, ob die Regierungen eine Gesetzgebung für Europa als Ganzes einführen können. Die Europäische Bewegung hat das abgewürgt ... Zwei oder drei Herren in Europa, die danach trachteten, die Minister an den Pranger zu stellen, weil diese gerade nicht zu ihren Parteien gehörten, haben jene große Chance ruiniert. Ich sage das mit voller Überlegung. Auf denen, die das taten, liegt eine schwere Verantwortung."[56]

Tatsächlich gab es im britischen Kabinett, so groß war die Erbitterung über den Europarat, die Meinung, für Großbritannien sei es besser, ganz auszuscheiden. Im Januar 1951 erklärte jedoch Bevin, für die britische Regierung habe es stets zwei Gründe gegeben, von einer derart drastischen Maßnahme Abstand zu nehmen, und diese Gründe seien noch immer in Geltung. „Der erste Grund ist die wohlbekannte Labilität der europäischen Moral und die Gefahr, die in der Erledigung einer Institution liegt, auf die viele Menschen auf dem Kontinent, die das Vertrauen zu ihren eigenen Ländern und zu sich selbst verloren haben, Hoffnungen setzen. Der zweite Grund ist die Tatsache, daß der Europarat noch immer die einzige politische Arena ist, in der die Deutschen eine Rolle spielen." Der Augenblick, sich gegen die Ansprüche des Rats zur Wehr zu setzen, werde dann kommen, meinte der Außenminister, wenn General Eisenhower eine schlagkräftige Sicherheitsstreitmacht für Europa geschaffen habe, die Beziehungen zwischen OEEC und NATO geregelt seien und Deutschland entweder mit der letzteren Organisation verknüpft oder ihr sogar beigetreten sei. All das, so glaubte Bevin, könne im Laufe der folgenden 12 Monate erledigt werden[57]. An dieser Darlegung der Vorstellungen Bevins, die er kurz vor seinem durch Krankheit erzwungenen Rücktritt als Außenminister formulierte, ist nicht so sehr bemerkenswert, daß er noch immer für die britische Mitgliedschaft im Europarat eintrat; interessanter ist vielmehr, daß er sich von seiner ursprünglichen Konzeption der Rolle jener Einrichtung, wie sie von Dalton erst 14 Monate zuvor skizziert worden war, inzwischen doch recht weit entfernt hatte[58]. So sahen die Konsequenzen der

[54] Ungezeichnete Notiz, 15. 8. 1950, D. P., 9/13.
[55] Brief Dalton, 1. 9. 1950, D. P., 9/9.
[56] H. C. Deb., 5th Series, Vol. 480, cols. 1500f.
[57] Notiz Bevin o. D. (Januar 1951), D. P., 9/18.
[58] Vgl. S.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aktionen aus, die Männer wie Schuman oder Monnet und die Extremisten in der Beratenden Versammlung unternommen hatten.

Im Januar 1951 waren in den europäischen Angelegenheiten Verteidigungsfragen in den Vordergrund gerückt, ein Ergebnis der Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung und den Pleven-Plan für eine europäische Armee. Die Briten reagierten auf den Plan lau bis feindselig. Erstens konnte die Regierung seine supranationalen Aspekte nicht akzeptieren. Zweitens war die Regierung keineswegs davon überzeugt, daß es sich um einen praktikablen Plan handelte. Drittens und viertens befürchtete sie, wie Bevin am 29. November 1950 im Unterhaus auseinandersetzte, daß der Plan den Aufbau der Verteidigung Europas verzögern würde und daß Westeuropa ohnehin nicht stark genug sei, um auf eigenen Füßen zu stehen, sondern Teil einer atlantischen Gemeinschaft sein müsse. „Wenn es aber der Wunsch der französischen Regierung und anderer Regierungen in Europa ist, die Möglichkeiten der Aufstellung einer europäischen Armee als Teil der integrierten Streitmacht zur Verteidigung Europas zu prüfen", erklärte der Außenminister, „so wird die Regierung Seiner Majestät dem nicht im Wege stehen."[59] Angesichts solcher Gefühle kann man sich unschwer vorstellen, wie die Briten einen Monat später den Entwurf eines amerikanischen Briefs an Schuman aufnahmen, in dem es hieß, der französische Vorschlag, eine Konferenz der interessierten europäischen Mächte einzuberufen, auf der die Realisierung des Pleven-Plans und „die Errichtung der angemessenen politischen Institutionen für diesen weiteren Schritt zur europäischen Integration" erörtert werden solle, werde „warm begrüßt"[60]. Der Premierminister und einige seiner führenden Berater hielten sich damals gerade in Washington auf, und so konnte die Angelegenheit auf höchster Ebene besprochen werden. Auf Veranlassung Attlees machte Sir Roger Makins darauf aufmerksam, daß in dem amerikanischen Briefentwurf die Gewichte anders gesetzt seien als in der Rede Bevins. Acheson widersprach nicht und sagte, dies illustriere „den alten Unterschied in der Haltung gegenüber der europäischen Integration". Makins beharrte aber darauf, daß der Brief die Briten in eine unangenehme Lage bringen würde, da die Franzosen die Differenz „als etwas ganz Neues" behandeln und als „eine Art Freibrief" für die künftigen Verhandlungen in Europa benutzen würden. Attlee stimmte dem zu und stellte fest, der Brief schaffe „eine wirkliche Schwierigkeit". Acheson antwortete, sie stünden „so nahe am Abgrund, daß sekundäre Fragen geopfert werden" müßten, und Präsident Truman schloß sich diesem Urteil an[61]. Trotz der britischen Einsprüche wurde der Brief abgeschickt, und wenn auch die amerikanische Botschaft in Paris die Passage über die „politischen Institutionen" eliminierte, ehe sie das Schreiben weiterleitete, behauptete das Foreign Office noch sechs Wochen danach, daß ohne die amerikanische Aktion der Pleven-Plan vielleicht vergessen worden wäre[62].

---

[59] H. C. Deb., 5th Series, Vol. 481, cols. 1173f.

[60] Telegram Acheson, 6. 12. 1950, FRUS, 1950, Vol. III, S. 525.

[61] Ungezeichnete Niederschrift des vierten Treffens Truman–Attlee, 6. 12. 1950, ebenda, S. 1757f.

[62] Telegramm Bruce, 7. 12. 1950, ebenda, S. 527; ungezeichnetes Memorandum des Foreign Office

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In ihrer Biographie Herbert Morrisons vertreten Bernard Donoughue und G. W. Jones die Ansicht, Morrison habe, nachdem er Bevin im Foreign Office abgelöst hatte, dem Europagedanken mehr Verständnis entgegengebracht als vor seiner Übernahme des Außenministeriums, mehr Verständnis auch als sein Vorgänger[63]. Der erste Teil dieser Behauptung ist zweifellos zutreffend. Morrison hatte, als Lordpräsident, jene Gruppe im Kabinett geführt, die Großbritanniens Ausscheiden aus dem Europarat wünschte – tatsächlich waren die schon zitierten Gegenargumente Bevins an Morrison gerichtet gewesen –, aber am 19. April 1951 hat ausgerechnet er seine Kabinettskollegen davon überzeugt, daß man es dem Konsultativrat schließlich doch erlauben solle, die bislang tabuisierten Verteidigungsfragen zu diskutieren[64]. Der zweite Teil der Behauptung – Morrison habe dem Europagedanken mehr Verständnis entgegengebracht als Bevin – ist fragwürdiger; vielleicht gilt das Urteil für den Bevin von 1950, indes kaum für den Bevin von 1948 oder selbst 1949.

Morrison hat in der Tat eine umfassende Überprüfung der vom britischen Kabinett in der Frage der westeuropäischen Einheit bislang verfolgten Politik eingeleitet. Am 16. April 1951 ging an die britischen Vertretungen in den westeuropäischen Hauptstädten ein Rundschreiben, in dem Informationen über die Stärke und die Motive der dort zu beobachtenden Integrationstendenzen erbeten wurden, ferner über die jeweils bevorzugten Formen der Integration und zu dem Problem, ob eine deutlichere Darlegung der britischen Einstellung zu den verschiedenen Integrationstypen hilfreich wäre[65]. Am 24. Juli äußerte der Außenminister dann bereits die Meinung, daß „es zumindest zur Belebung des europäischen Interesses an der Wiederbewaffnung" – eines der wichtigsten Ziele britischer Politik – beitragen könnte, „wenn wir ... dem auf dem Kontinent vorherrschenden Eindruck entgegentreten, wir lehnten alle Integrationspläne ab, und zwar selbst dann, wenn wir uns an ihnen nicht beteiligen". Jedoch schlug er lediglich vor, eine, wie er sagte, „freundschaftliche Geste" gegenüber dem im Schuman-Plan enthaltenen Konzept der Souveränitätsverschmelzung hinsichtlich bestimmter Güter zu machen, wenn auch „nicht gegenüber dem Schuman-Plan selbst". Es sei nicht notwendig, die Möglichkeit einer britischen Beteiligung an irgendwelchen Integrationsprojekten anzudeuten, doch dürfe er wohl etwas tun, um die Ansicht zu widerlegen, Großbritannien sei automatisch gegen alle derartigen Projekte. Selbst dabei müsse er aber seine Worte mit Bedacht wählen, „um nicht den Anschein zu erwecken, als werde zu jedem Integrationsprojekt, das auftauchen kann, der Segen gegeben". Auch wollte es Morrison vermeiden, ein bestimmtes Projekt zu nennen[66].

Diese Überlegungen waren für eine Sitzung des Komitees der Minister bestimmt, die am 2. August 1951 in Straßburg stattfand. Die zur Verfügung stehenden Quellen

---

„European Army Conference", 11. 2. 1951, Attlee Papers, Bodleian Library, Oxford, Box 39, „Prime Minister's Speech in House of Commons on 12th February 1951 – During Foreign Affairs Debate" File.

[63] Donoughue/Jones, a. a. O., S. 482f.

[64] Tagebuch Dalton, 19. 4. 1951, D. P.

[65] Ungezeichnetes Memorandum, 20. 7. 1951, Dav. P.

[66] Memorandum Morrison, 24. 7. 1951, Dav. P.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erlauben keine Antwort auf die Frage, ob sie von der britischen Regierung gebilligt wurden und ob Morrison tatsächlich eine entsprechende Erklärung abgab. Wir wissen nur, daß er sagte, der Schatzkanzler, Hugh Gaitskell, sei bereit, in der Beratenden Versammlung über Währungsstabilisierung, Inflation und andere wirtschaftliche Probleme zu sprechen. Die „Times" meldete, diese Ankündigung sei mit „einiger Überraschung" aufgenommen worden, da mit Gaitskell zum ersten Mal ein Minister in der Beratenden Versammlung auftreten würde, der nicht dem Komitee der Minister angehöre. Jedoch wurde der Vorschlag akzeptiert, und am folgenden Tag berichtete das Blatt, er sei „in Straßburg als Zeichen einer positiven Einstellung zum Europarat seitens der britischen Regierung begrüßt worden"[67].

Es sollte noch mehr folgen. Nach einem Treffen in Washington veröffentlichten Acheson, Schuman und Morrison am 14. September 1951 eine Erklärung, in der sie anerkannten, „daß die von der französischen Regierung ergriffene Initiative zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen wichtigen Schritt zur europäischen Einheit darstellt. Sie begrüßen den Schuman-Plan als ein Mittel zur Stärkung der Wirtschaft Westeuropas und erwarten seine baldige Verwirklichung. Sie begrüßen ferner den Pariser Plan (für die europäische Armee) als einen sehr wichtigen Beitrag zur wirksamen Verteidigung Europas, einschließlich Deutschlands". Morrison versicherte ferner ausdrücklich, daß „die Regierung des Vereinigten Königsreichs die engstmögliche Verbindung mit der kontinentaleuropäischen Gemeinschaft in allen Stadien ihrer Entwicklung einzugehen wünscht"[68].

Wiederum verwehrt es uns die derzeitige Quellenlage, den Ursprüngen und der Entstehung dieser wichtigen Erklärung nachzuspüren, die Londons bei weitem positivste Stellungnahme zu Schuman-Plan und EVG enthält. Jedoch darf ihre Bedeutung nicht überschätzt werden. Mit Recht hieß es in einem Kommentar der „Times": „Die gewählten Formulierungen machen, auch ohne daß es ausdrücklich gesagt wurde, deutlich, daß Großbritannien außerhalb der europäischen Gemeinschaft bleiben und keinen direkten Beitrag zur europäischen Armee leisten wird."[69] Das war auch dem französischen Staatspräsidenten Auriol nicht entgangen. „Cela reste encore très préoccupant", notierte er in seinem Tagebuch[70]; denn die Franzosen hatten natürlich stets die Auffassung vertreten, daß die Briten, als Gegengewicht gegen die Deutschen, in der europäischen Armee vertreten sein müßten. Mit diesem Problem hatte sich die Labour-Partei noch geraume Zeit herumzuschlagen, nicht aber eine Labour-Regierung. Die Wahl vom 25. Oktober 1951 brachte wieder die Konservativen an die Macht.

Wenn man die Politik zusammenfaßt, die von der Labour-Regierung zwischen 1948 und 1951 in der Frage der europäischen Einheit verfolgt wurde, so kann man

---

[67] The Times, 3. 8. 1951, S. 4, 4. 8. 1951, S. 3.
[68] The Times, 15. 9. 1951, S. 4.
[69] Ebenda, S. 5.
[70] V. Auriol, Journal du Septennat, Vol. V, 1951, Paris 1975, S. 484.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sagen, daß sie durchweg von einem sehr positiven Wunsch nach der Formulierung einer gemeinsamen Politik auf vielen und unterschiedlichen Feldern bestimmt war, allerdings mehr auf der Basis intergouvernementaler Übereinstimmung und Kooperation als durch die Übertragung und Verschmelzung von Souveränität. Von Anfang an wurde diese Konzeption jedoch systematisch attackiert und unterminiert: von der Konservativen Partei, die sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, aus den Schwierigkeiten ihrer Gegner billiges politisches Kapital zu schlagen; von den Leitern der amerikanischen Politik, die ihre Vorstellung von europäischer Integration etwas unbeholfen einem empfindlichen Juniorpartner zu oktroyieren suchten; schließlich, aber nicht zum wenigsten von den Anhängern eines „föderalistischen Europas", die Großbritanniens Beteiligung am Aufbau Europas zu wünschen behaupteten, indes durch ihre Handlungsweise dafür sorgten, daß der Wunsch unerfüllt blieb. Verteidiger aller drei Gruppen würden zweifellos dartun wollen, daß die Politik der Labour-Regierung unzulänglich war, während die Ergebnisse der Politik jener Gruppen die unglückliche Wirkung, die sie auf die Labour-Regierung hatte, mehr als ausglichen. Die Geschichte Westeuropas in den folgenden Jahren läßt eine solche Verteidigung freilich als durchaus fragwürdig erscheinen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

STEFAN BAJOHR

WEIBLICHER ARBEITSDIENST IM „DRITTEN REICH". EIN KONFLIKT ZWISCHEN IDEOLOGIE UND ÖKONOMIE

Der weibliche Arbeitsdienst war eine der umfassendsten, bekanntesten, am konsequentesten rückwärtsgewandten und ideologisch unbeweglichsten Einrichtungen nationalsozialistischer Frauenpolitik, insbesondere nationalsozialistischer Frauenarbeitspolitik. Obwohl er weder seinem theoretischen Ursprung noch seiner praktischen Umsetzung nach ein Produkt des Nationalsozialismus war, avancierte der weibliche Arbeitsdienst in recht kurzer Zeit zum Kernstück antifeministischer Politik unterm Hakenkreuz. Diese zentrale Bedeutung des Frauenarbeitsdienstes für die NS-Frauenpolitik bedingte zugleich, daß sich der weibliche Arbeitsdienst in einem labilen Gleichgewicht zwischen einer fortwährend propagierten reaktionär-utopischen Ideologie einerseits und den Effektivitätsforderungen einer rational arbeitenden Industriegesellschaft andererseits hielt. Dies ließ sich bewerkstelligen, solange der weibliche Arbeitsmarkt überfüllt und die Nachfrage der wichtigsten Wirtschaftssektoren nach weiblichen Arbeitskräften gering war. Unter diesen Voraussetzungen bestand kein Anlaß für Reibungen zwischen irrational-ideologischer und rational-industrieller Sphäre im „Dritten Reich". Die Bestrebungen des Frauenarbeitsdienstes und die der Wirtschaft waren weit davon entfernt, den Verdacht des Über- oder Eingriffs in die Interessensphären und Kompetenzen des anderen zu erwecken. Im Januar 1933 waren 1 127 514 Frauen als arbeitslos registriert[1]. Selbst ein einseitig erhöhter Anspruch auf die weibliche Jugend, sei es, daß der Arbeitsdienst eine quantitative Verstärkung seiner Organisation hätte vornehmen wollen, sei es, daß die Industrie ihre Nachfrage nach jungen weiblichen Arbeitskräften hätte rapide steigern wollen, wäre nicht geeignet gewesen, die widersprüchlichen Interessen zum Konflikt zu verdichten: Die Zahl junger Frauen ohne dauernde Beschäftigung war so groß, daß beide Seiten ohne gegenseitige Störung auf sie zurückgreifen konnten. Im Falle einer Entleerung des Arbeitsmarkts von weiblichen Arbeitskräften im Zuge einer sich entspannenden Beschäftigungslage mußte sich allerdings der bereits in den frühesten Konzeptionen des Frauenarbeitsdienstes angelegte Konflikt zwischen den Interessen der Wirtschaft und denen der Arbeitsdienstorganisation entladen. Eine etwaige zusätzliche Verstärkung des Frauenarbeitsdienstes bei gleichzeitiger Steigerung der Nachfrage von Handel und Industrie nach weiblichen Arbeitskräften konnte diesen Konflikt auf die Spitze, d. h. zur Entscheidung zwischen den Ansprüchen der Ideologie und denen der Ökonomie, treiben.

[1] RABl. 1933, Statistische Beilage zu Nr. 34.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Die theoretischen Ursprünge des weiblichen Arbeitsdienstes waren weit älter als die des männlichen. Die ersten Rufe nach einem Arbeitsdienst für Männer – in der Regel verbunden mit der Forderung nach einer männlichen Arbeitsdienstpflicht – kamen zum größten Teil aus jenen Kreisen, die sich mit den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges, insbesondere mit der Abschaffung der Wehrpflicht, nicht abfinden und den Arbeitsdienst als Äquivalent zum Militärdienst aufbauen wollten[2]. Die Forderung nach einem männlichen Arbeitsdienst war also erst mit dem Versailler Vertrag entstanden. Dagegen lassen sich die Entwürfe für einen weiblichen Arbeitsdienst bzw. eine Frauendienstpflicht bis ins ausgehende 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Manche Nationalsozialistinnen gingen sogar noch weiter und nahmen selbst Therese Cabarrus-Fontenay, die 1794 dem französischen Nationalkonvent eine Denkschrift über die Einführung der Frauendienstpflicht zugeleitet hatte, als geistige Mutter des deutschen weiblichen Arbeitsdienstes in Anspruch[3].

Die den weiblichen Arbeitsdienst der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts beeinflussende Diskussion setzte in den 1890er Jahren ein. Ida von Kortzfleischs Artikel über die weibliche Dienstpflicht[4] und die Abhandlung „Die allgemeine weibliche Dienstpflicht" von E. A. Fabarius, die 1895 in Essen erschienen war, zählten zu den Auslösern einer Debatte, die sich innerhalb weniger Jahre in der Mehrzahl der sozialpädagogisch, karitativ und kirchlich engagierten Kreise sowie in den Organisationen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung ausbreitete. Obwohl sich die zahlreichen männlichen und weiblichen Befürworter eines Frauenarbeitsdienstes zunächst in nichts – außer in der Forderung, diese Einrichtung zu schaffen – einig waren, gewannen die theoretischen Vorstellungen im Laufe der Zeit doch unverwechselbare Konturen. Sowohl der 1931 geschaffene weibliche Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) als auch dessen nationalsozialistische Nachfolger, der „Deutsche Frauenarbeitsdienst" und der „Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend", knüpften an diese Entwürfe an.

Den Vorschlägen für einen weiblichen Arbeitsdienst war, trotz unzähliger Differenzen in Details, die Absicht gemeinsam, die Dienstleistenden vornehmlich mit Haus-, Land- und Gartenarbeit sowie Kinder-, Kranken- und – eventuell – Verwundetenpflege zu beschäftigen. Darüber hinaus wurde in der Mehrzahl der Veröffentlichun-

---

[2] Vgl. Wolfgang Benz, Vom Freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht, in: VfZ 16 (1968), S. 317–346, S. 317.

[3] Vgl. Toni Saring, Der Deutsche Frauenarbeitsdienst, Berlin-Zehlendorf 1934, S. 61; Lilli Marawske-Birkner, Der weibliche Arbeitsdienst. Seine Vorgeschichte und gegenwärtige Gestaltung, Leipzig 1942, S. 24. Es handelt sich hier um einen der wenigen – und daher bemerkenswerten – Fälle, in denen sich Nationalsozialisten zur Tradition der im übrigen von ihnen so vehement angefeindeten Französischen Revolution bekannten.

[4] I. Pillau (= Ida von Kortzfleisch), Die allgemeine Dienstpflicht der wirthschaftlichen Frauen-Hochschule, in: Tägliche Rundschau, Unterhaltungs-Beilage, Nr. 72 vom 29. 3. 1894 (S. 285 f.), Nr. 73 vom 30. 3. 1894 (S. 289 f.), Nr. 74 vom 31. 3. 1894 (S. 293–295), Nr. 78 vom 5. 4. 1894 (S. 309–311), Nr. 79 vom 6. 4. 1894 (S. 313–315).

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen die Auffassung vertreten, daß der weibliche Arbeitsdienst eine obligatorische Einrichtung werden müsse; mit der Arbeitsdienstforderung war also die Dienstpflichtforderung verbunden.

Den Vorschlägen zur Schaffung der weiblichen Dienstpflicht lagen überaus unterschiedliche Motive zugrunde. Die Vertreterinnen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, vor allem Helene Lange[5] und Gertrud Bäumer[6], befürworteten die Dienstpflicht der Frauen vor allem auch, um auf dem Weg über die Übernahme staatsbürgerlicher Pflichten staatsbürgerliche Rechte, insbesondere das Frauenwahlrecht, zu erlangen. Nichts anderes meinte Helene Lange, wenn sie darlegte, daß es sich bei der Schaffung der weiblichen Dienstpflicht „darum handelt, den weiblichen Anteil an den Aufgaben des modernen Staates bewußt und planmäßig, mit allen Mitteln der Bildung und Stärkung der Kräfte aufzubauen"[7]. Hingegen wollte die sozialpädagogisch, karitativ oder kirchlich orientierte Gruppe von Autorinnen und Autoren das weibliche Dienstjahr eher als Gegengewicht zu der sich abzeichnenden Umschichtung der weiblichen Erwerbstätigkeit eingerichtet wissen. Immer mehr Frauen wanderten aus den haus- und landwirtschaftlichen Berufen ab und suchten sich in Handel und Industrie, bei Post und Bahn neue Arbeitsstellen. Immer weniger junge Frauen wandten sich einem Beruf in der Haus- oder Landwirtschaft zu[8]. Dieser Entwicklung wollte die genannte Gruppe nicht allein deshalb entgegenwirken, um den daraus sich ergebenden Landarbeiterinnen- und Hausgehilfinnenmangel aufzufangen, sondern wohl auch aus der Befürchtung, die Frauen könnten im Zuge dieser Abkehr von den traditionellen weiblichen Arbeitsgebieten auch die ihnen in der Gesellschaft zugewiesene Stellung kritisieren und zu verändern suchen. Diese Antizipation der sozialen Folgen des sich vollziehenden arbeitsmarktpolitischen Prozesses wurde jedoch in dieser Eindeutigkeit nicht ausgesprochen. Vielmehr versuchte man den Eindruck zu erwecken, als bestehe der Zweck dieser beabsichtigten Neuorientierung auf die „archaischen" Wirtschaftszweige Landwirtschaft und häusliche Dienste neben der Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten vor allem darin, den jungen Frauen, insbesondere jungen Industriearbeiterinnen, hauswirtschaftliche Kenntnisse zu vermitteln, um sie zur Sparsamkeit bei der Führung eines Haushalts zu befähigen. Ein Teil der Autorinnen und Autoren meinte auch, daß die Hinführung junger Städterinnen zur Landarbeit viele von ihnen dazu bewegen könnte, auf dem Lande – vor allem im Osten – zu siedeln. Dahinter stand die Hoffnung auf eine Übernahme althergebrachter ländlicher Einstellungs- und Verhaltensmuster zu Lasten der als Bedrohung empfundenen urbanen Sozialbeziehungen.

---

[5] Helene Lange, Die Dienstpflicht der Frau, in: Die Frau 22 (1915), S. 577–591; dies., Die Dienstpflicht der Frau. Leitsätze, in: Die Frau 22 (1915), S. 98–99.

[6] Gertrud Bäumer, Phantasien und Tatsachen in der Frage des weiblichen Dienstjahrs, in: Die Frau 23 (1916), S. 321–329.

[7] Helene Lange, Dienstpflicht, S. 580f. Bei den Vorschlägen der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung fielen zusätzlich zu den o. g. Arbeitsgebieten karitative Tätigkeiten stark ins Gewicht.

[8] Vgl. dazu Stefan Bajohr, Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914–1945, Marburg 1979, S. 19.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schließlich kam während des Ersten Weltkriegs eine weitere Richtung auf: Sie wollte mit Hilfe der Dienstpflicht die Frauenarbeit im Interesse der Kriegswirtschaftspolitik steuern[9]. Daß diese neue, kriegsbeeinflußte Zielsetzung gerade unter den nationalen, christlichen und liberalen Frauenorganisationen zahlreiche Anhängerinnen hatte, zeigte sich während der Debatte um das Hilfsdienstgesetz im Herbst 1916. Im Zusammenhang mit der Frage der Einbeziehung der Frauen in den Geltungsbereich des Hilfsdienstgesetzes erklärte der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), der mit Ausnahme des Katholischen Frauenbundes die gesamte bürgerliche Frauenbewegung umfaßte, „daß die deutschen Frauen freudig bereit sein würden, einer Ausdehnung des Arbeitszwangs auch auf sie zuzustimmen"[10].

Es flossen also sehr verschiedene Ansichten über den Zweck und das Ziel der weiblichen Dienstpflicht ineinander. Eine klare Trennung in mehrere Hauptrichtungen und die Entwicklung von Argumentationssträngen ist nur beschränkt möglich, da es während der über 30jährigen Diskussion über die Frauendienstpflicht auch nicht annähernd zu einer Einigung nur über die wichtigsten Begriffe kam. Die sich häufenden Vorschläge zur weiblichen Dienstpflicht gingen auch zu oft aneinander vorbei, beruhten auf Mißverständnissen der bereits erschienenen Entwürfe oder ließen diese gänzlich unbeachtet[11].

II.

Aus ganz anderen Gründen als denen, welche die Propagandisten der Dienstpflicht für die Einrichtung eines weiblichen Arbeitsdienstes angeführt hatten, entstand 1931/32 der weibliche Freiwillige Arbeitsdienst. Der Staat, von dem seit drei Jahrzehnten die Schaffung eines Frauenarbeitsdienstes mit den verschiedensten Argumenten gefordert worden war und der diese Verlangen bis dahin erfolgreich abgewehrt hatte, baute den weiblichen Arbeitsdienst nun in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Erschütterungen auf. Es lag auf der Hand, daß für diese Entscheidung keine der in der Dienstpflichtdiskussion vorgebrachten Erwägungen ausschlaggebend gewesen war. Der weibliche Arbeitsdienst, der nun entstand, sollte vielmehr dem Ziel dienen, die weibli-

---

9 Vgl. u. a. Clara de Lamotte, Erwägungen über Notwendigkeit und Einführung des weiblichen Dienstjahres, Speyer 1916; Fritz Winther/Hanna Winther-Feldten, Frauendienst, München 1916.

10 Zit. n. Alice Rilke, Frauenarbeit und Meldepflicht, in: Die Frau, 50 (1943), S. 98–103, S. 100. Zu denjenigen Frauenorganisationen, die sich in Petitionen an den Reichstagspräsidenten wandten, um die Unterstellung auch der Frauen unters Hilfsdienstgesetz zu erreichen, zählten neben dem BDF der „Bund für Frauendienstpflicht" in Breslau, der „Verein der liberalen Frauen von Groß-Berlin", der „Verband der Studentinnenvereine Deutschlands", der „Deutsche Verband Akademischer Frauenvereine", der „Badische Verband für Frauenbestrebungen" und der „Verband katholischer Studentinnenvereine" (vgl. ZStA Potsdam, Reichstag, Nr. 1760, Bl. 503 ff.).

11 Einen Überblick über die frühe Frauendienstpflichtdiskussion vermitteln: Institut für soziale Arbeit (Hrsg.), Die weibliche Dienstpflicht, München 1916; Rosa Kempf, Schriften vom weiblichen Dienstjahr und Verwandtes, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 44. Bd. (1918), Nr. 3, S. 854–866; Lilli Marawske-Birkner, a. a. O.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che Arbeitslosigkeit abzubauen und erwerbslose Frauen vorübergehend gemeinnützig zu beschäftigen. Dennoch erwies sich bald, daß der weibliche FAD der ausgehenden Weimarer Republik nur ein unbedeutendes Anhängsel des für die arbeitslosen Männer geschaffenen FAD war. Dies zeigte sich u. a. darin, daß es nicht gelang, für die weiblichen Arbeitsdienstwilligen (ADW) geeignete und ausreichende Arbeitsgebiete auszuwählen. So wurden die weiblichen ADW hauptsächlich mit dem Ausbessern und Säubern der Kleidung männlicher Arbeitsdienstwilliger, mit Koch- und Putzarbeiten in den männlichen Arbeitsdienstlagern und ähnlich unproduktiven Handlangertätigkeiten beschäftigt. Erst im November 1932, also über ein Jahr nach Erlaß der den FAD begründenden Notverordnung vom 5. Juni 1931[12], ergingen nähere Erläuterungen über die Arbeitsgebiete des weiblichen FAD. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (RfA), Friedrich Syrup, der seit Juli 1932 auch Reichskommissar für den FAD war, erklärte nun „Dienstleistungen für Hilfsbedürftige" zum besonderen Inhalt des weiblichen Arbeitsdienstes. Dabei handele es sich „vor allem um das Erhalten und Pflegen von Sachgütern, das Umwandeln alter Gegenstände für neuen Gebrauch und um hauswirtschaftliche Leistungen für Dienstwillige oder Notleidende"[13]. Mit dieser Erläuterung beantwortete Syrup die Frage positiv, ob die vom weiblichen FAD übernommenen Arbeiten „volkswirtschaftlich wertvoll" im Sinne seines Erlasses vom 3. September 1932 und damit förderungswürdig seien[14]. Die Förderungswürdigkeit der Maßnahmen im Arbeitsdienst entschied darüber, ob die Arbeiten von der RfA finanziell unterstützt wurden. Der Antrag auf Förderung einer Arbeitsdienstmaßnahme mußte von einem sogenannten Träger der Arbeit (öffentlich-rechtliche Körperschaften, gemeinnützige Genossenschaften oder Verbände) beim Arbeitsamt gestellt werden. Die Entscheidung stand dem Präsidenten des zuständigen Landesarbeitsamts (LAA) zu, der zugleich Bezirkskommissar für den FAD war.

Bereits im Juli 1932 wurde der FAD zu einer Angelegenheit ausschließlich für *junge* Männer und Frauen erklärt. In den bis dahin allen unterstützungsberechtigten Arbeitslosen offenstehenden FAD konnten von da an nur noch bis zu 25 Jahre alte Personen eintreten; dafür wurde die Koppelung der Eintrittsberechtigung an das Recht zum Empfang der Arbeitslosen-, Krisenfürsorge- oder Wohlfahrtsunterstützung aufgehoben. Betrug die Höchstdauer, bis zu der eine Person im FAD verbleiben durfte, bis zum Juli 1932 20 Wochen, so wurde nun die Möglichkeit gegeben, die Arbeitsdienstzeit auf 40 Wochen zu verlängern[15].

Die weiblichen ADW wurden zum allergrößten Teil in Lagern beschäftigt, die in Städten oder Stadtrandgebieten lagen. Diese Art der Unterbringung, bei der die ADW abends nach Hause gingen („offene" Unterbringung), wurde anfangs „bevorzugt, da

[12] RGBl. 1931 I, S. 279.

[13] Schreiben Syrups vom 10. 11. 1932 an die FAD-Bezirkskommissare, in: Deutscher Arbeitsdienst (künftig zit.: DA) 2 (1932), Nr. 13, S. 339.

[14] Vgl. RABl. 1932, S. I 188.

[15] Vgl. die Verordnungen vom 25. 5. 1932 (RGBl. 1932 I, S. 251), vom 16. 7. 1932 (a. a. O., S. 352) und vom 2. 8. 1932 (a. a. O., S. 392).

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Praxis gezeigt hat, daß die Mädchen sich – besonders wenn Not und Sorgen in der Familie sind – nur schwer ganz von der Familie lösen mögen"[16]. Sie unterschied sich grundlegend sowohl von der in den früheren Entwürfen zur weiblichen Dienstpflicht mehrheitlich befürworteten Zusammenfassung der Dienstpflichtigen auf dem Lande als auch von den späteren „geschlossenen" und stadtfernen Arbeitsdienstlagern des „Dritten Reiches".

Wie beim männlichen, so bestanden auch beim weiblichen FAD verschiedene Träger des Dienstes. Diese galten als die eigentlich ausführenden Organe des FAD. Es waren Verbände, die nur zum Teil mit den Trägern der Arbeit identisch waren. Ihre Aufgabe bestand vornehmlich darin, die ADW zu sammeln und unter Verantwortung und für Rechnung des jeweiligen Trägers der Arbeit die bewilligten Arbeitsvorhaben auszuführen. Dienstträger im weiblichen FAD waren so unterschiedliche Vereinigungen wie der Stahlhelm[17], evangelische Mädchenheime, der Bund deutscher Bibelkreis, der Caritasverband[18], verschiedene Stadtverwaltungen[19], der Bund Königin Luise[20] und andere. Während diese Verbände bzw. Institutionen – wenn auch in quantitativ unbedeutender Größenordnung[21] – Maßnahmen im Rahmen des weiblichen Arbeitsdienstes betrieben, beteiligten sich die Nationalsozialisten nicht an der Organisierung von Frauen im Arbeitsdienst. Vielmehr erklärte der Beauftragte der NSDAP für den Arbeitsdienst, Konstantin Hierl, noch im Mai 1932, „auf Arbeitsdienst der Frauen ... vorläufig verzichten" zu wollen, da dieser sich „im wesentlichen als weiteres Schuljahr mit Ausbildung im Haushalt, Kinder- und Krankenpflege, Gartenbau, Kleintierzucht usw. darstellen" würde[22].

Selbst nach der „Machtergreifung" blieb das Interesse der NSDAP am weiblichen Arbeitsdienst gering. Das zeigte sich besonders deutlich an der Konzeptionslosigkeit bezüglich der organisatorischen Gestaltung des weiblichen FAD, die in offensichtlichem Gegensatz zu der Zielstrebigkeit stand, mit der alle nicht-nationalsozialistischen

---

[16] Denkschrift „Der freiwillige Arbeitsdienst für Mädchen", bearbeitet vom Deutschen Archiv für Jugendwohlfahrt und der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit, September 1932, in: Anna Kallsperger, Nationalsozialistische Erziehung im Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend, Diss. Heidelberg/Leipzig 1939, S. 111–118, S. 113.

[17] Vgl. Renate Herwig, Gemeinschaft und Frauenarbeitsdienst, Diss. Jena 1935, S. 19; Lilli Marawske-Birkner, a. a. O., S. 175.

[18] Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 25.

[19] Vgl. z. B. für Krefeld: DA 2 (1932), Nr. 2, S. 47.

[20] Vgl. DA 3 (1933), Nr. 1, S. 9.

[21] Von den 5633 im ersten Jahr der Existenz des FAD bewilligten Maßnahmen waren nur 247, also 4,4% für weibliche ADW bestimmt (vgl. Lilli Marawske-Birkner, a. a. O., S. 192), und am 1. 12. 1934 betrug die Zahl der unter der evangelischen Kirche als Dienstträger arbeitenden weiblichen ADW im Reichsgebiet lediglich 4803; vgl. dazu B. Löber, Evangelische Kirche und freiwilliger Arbeitsdienst, in: DA 3 (1933), Nr. 4, S. 72–74, S. 72.

[22] Konstantin Hierl, Sinn und Gestaltung der Arbeitsdienstpflicht. Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht am 23. Mai 1932 in Berlin, München 1932, S. 9. – Dagegen beteiligte sich die NSDAP schon längst über den von ihr kontrollierten „Verein zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte", der als Dienstträger auftrat, an Maßnahmen im Rahmen des männlichen FAD.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dienstträger ausgeschaltet wurden. Am 28. April 1933 wurde für den gesamten FAD angeordnet, daß neue Arbeitsvorhaben nur noch zu genehmigen seien, wenn entweder der Stahlhelm oder einer der im „Reichsverband deutscher Arbeitsdienstvereine e. V." (RDA) zusammengeschlossenen nationalsozialistischen Dienstträgervereine die Funktion des Dienstträgers übernähmen[23]. Maßnahmen im Rahmen des FAD, die von anderen als diesen Dienstträgern betrieben wurden, mußten ihre Arbeiten mit Ablauf der ihnen bewilligten Förderungsdauer einstellen. Am 14. Juni befahl Hierl die sofortige Auflösung sämtlicher „offenen" weiblichen Arbeitsdienstlager. „Geschlossene" Maßnahmen mußten bis zum 30. September eingestellt werden, sofern die Lager nicht „unmittelbare Beziehung zur Siedlung, zur Umschulung von der Industrie zum Land und zur Vorbereitung auf die Bauernhilfe" hatten[24]. Durch diese Anordnungen vom April und vom Juni 1933 wurden sämtliche weiblichen Arbeitsdienstlager, die weder vom Stahlhelm noch vom RDA betrieben wurden, in ihrer Existenz getroffen.

Der nächste Schlag auf die im Januar 1933 übernommene Struktur des weiblichen FAD richtete sich gegen den Stahlhelm: Ende Juli wurde dieser als Dienstträgerorganisation sowohl des männlichen als auch des weiblichen FAD ausgeschaltet. Für den weiblichen FAD übernahm die neugegründete, unter Kontrolle der Deutschen Arbeitsfront stehende „Deutsche Frauenfront" die alleinige Dienstträgerschaft[25]. Gleichzeitig vollzog sich die Trennung von der RfA, die auch organisatorische Konsequenzen hatte: Die Einteilung in 13 mit den Landesarbeitsamtsbereichen identische Bezirke für den FAD wurde aufgegeben und durch eine Gliederung in 30 für den männlichen und den weiblichen FAD identische Arbeitsgaue ersetzt. Da die „Deutsche Frauenfront" jedoch schon vor Ablauf des Jahres 1933 wieder aufgelöst wurde[26], mußte im Dezember eine grundsätzlich neue organisatorische Form für den weiblichen Arbeitsdienst gefunden werden. Dies erwies sich auch deshalb als notwendig, da der weibliche FAD, der wegen seiner für die Mehrzahl der jungen Frauen inattraktiven Arbeitsgebiete ohnehin wenig Anziehungskraft besaß[27], infolge des organisatorischen Durcheinanders, der rigorosen Auflösung aller nichtnationalsozialistischen Arbeitsdienstlager und der ungeklärten Finanzierung einem Schrumpfungsprozeß unterworfen war: Gehörten dem FAD am 31. August 1933 noch 10111 weibliche ADW an[28], so waren

---

[23] Der Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Franz Seldte, und der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Hierl, an die Bezirkskommissare für den Arbeitsdienst und die Bezirksführer, in: DA 3 (1933), Nr. 10, S. 203.

[24] DA 3 (1933), Nr. 14, S. 299f.

[25] Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 29. Die letzten weiblichen Arbeitsdienstlager des Stahlhelm wurden im Oktober 1933 aufgelöst (vgl. Lilli Marawske-Birkner, a. a. O., S. 175).

[26] Vgl. zur Entwicklung der nationalsozialistischen Frauenorganisationen Dörte Winkler, Frauenarbeit im „Dritten Reich", Hamburg 1977, S. 38ff.; Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women 1933–1939, in: Peter D. Stachura (Hrsg.), The Shaping of the Nazi State, London 1978, S. 186–209.

[27] Dies gaben auch nationalsozialistische Befürworter des weiblichen Arbeitsdienstes zu. Vgl. Friedrich Hiller, Der Frauenarbeitsdienst im Kampf um die Erneuerung Deutschlands, Langensalza/Berlin/Leipzig o. J. (1934), S. 14.

[28] Vgl. DA 3 (1933), Nr. 21, S. 531.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es im Januar 1934 nur noch 7347[29]. Dabei war die Frauenarbeitslosigkeit, deren Auswirkungen der FAD mildern sollte (obwohl er diese Aufgabe schon wegen der großen Diskrepanz zwischen der Zahl arbeitsloser Frauen und der Zahl weiblicher ADW nicht annähernd erfüllen konnte), längst nicht in gleichem Maße gesunken: Ende August 1933 hatten sich 839 504 Frauen arbeitslos gemeldet, Ende Januar 1934 680 596[30]. Die Zahl arbeitsloser Frauen hatte sich also lediglich um 18,9%, diejenige weiblicher ADW aber um 27,3% verringert.

Die Neuordnung des weiblichen Arbeitsdienstes trat am 1. Januar in Kraft[31]. Der nun als „Deutscher Frauenarbeitsdienst" (DFAD) bezeichnete weibliche FAD wurde organisatorisch vom männlichen FAD getrennt, was zum Entzug der Zuständigkeit der Arbeitsgauführer für den weiblichen Arbeitsdienst führte. Die Einteilung in Arbeitsgaue, die erst im Spätsommer 1933 vorgenommen worden war, wurde wieder aufgehoben. Stattdessen wurden 13 Landesstellen eingerichtet, die mit den Landesarbeitsamtsbereichen geographisch identisch waren. An die Spitze jeder Landesstelle wurde eine Landesstellenleiterin berufen. Die reichsweite Führung des DFAD wurde in Absprache zwischen Hierl und dem Leiter des Deutschen Frauenwerks, Landrat Gottfried Adolf Krummacher, der damaligen Landesführerin des weiblichen FAD im Arbeitsgau Württemberg[32] und späteren „Reichsfrauenführerin" Gertrud Scholtz-Klink übertragen. Da sich jedoch sowohl der noch immer als Reichskommissar für den FAD amtierende Reichsarbeitsminister Seldte als auch Hierl „für den Arbeitsdienst der gesamten Jugend verantwortlich" fühlten, behielten sie „weiterhin die grundsätzliche und sachliche Leitung des Frauenarbeitsdienstes in Händen"[33]. In seinem Wunsch, auch über den Frauenarbeitsdienst die Oberaufsicht zu behalten, ernannte Hierl Oberregierungsrat von Funcke, ein Mitglied der Reichsleitung des Arbeitsdienstes, zu seinem bevollmächtigten Vertreter in allen Angelegenheiten des DFAD. Damit waren der Leiterin des DFAD bereits drei – männliche – Personen übergeordnet worden, die jederzeit die Arbeit des DFAD überwachen und in sie eingreifen konnten. Dadurch, daß der neu organisierte weibliche Arbeitsdienst wieder – wie vor der Übernahme der Dienstträgerschaft durch die „Deutsche Frauenfront" – von der RfA finanziert wurde, ergab sich eine vierte Abhängigkeit: Dem Präsidenten der RfA stand sowohl die Verwaltung als auch die Überwachung des DFAD zu, wenngleich er sich aller Eingriffe in den Dienstbetrieb oder die Organisation des Frauenarbeitsdienstes zu enthalten hatte. Immerhin war es der RfA über die Landesarbeitsämter, denen die Landesstellen des DFAD angeschlossen und die wieder für die Genehmigung der Arbeitsvorhaben zuständig waren[34], möglich, die Arbeit des

[29] Vgl. Dörte Winkler, a. a. O., S. 53.

[30] Vgl. RABl. 1933, Statistische Beilage zu Nr. 34; RABl. 1935, Statistische Beilage zu Nr. 1.

[31] Vgl. dazu die Anordnung des Staatssekretärs Hierl vom 19. 12. 1933 über die Neuorganisation des weiblichen Arbeitsdienstes, in: DA 3 (1933), Nr. 27, S. 751.

[32] Vgl. DA 3 (1933), Nr. 17, S. 386.

[33] v. Funcke, Die Organisation des Frauenarbeitsdienstes, in: DA 4 (1934), Nr. 2, S. 28–30, S. 28.

[34] Vgl. die Richtlinien für die Anerkennung der Arbeitsvorhaben im Frauenarbeitsdienst, in: DA 4 (1934), Nr. 8, S. 232 f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DFAD zu kontrollieren und auch in bestimmte, von der RfA gewünschte, Bahnen zu lenken.

Die alleinige Dienstträgerschaft für den DFAD lag – nach dem Intermezzo mit der „Deutschen Frauenfront" – wieder beim RDA. Obwohl dessen Frauenarbeits-Abteilung von Gertrud Scholtz-Klink geleitet wurde, geriet der DFAD auch durch diese erneute Koppelung an den RDA[35] in ein weiteres Abhängigkeitsverhältnis gegenüber organisationsfremden Personen bzw. Institutionen. Auch in personalpolitischer und personeller Hinsicht machte sich die fehlende Unabhängigkeit des DFAD bemerkbar: So konnte Scholtz-Klink die Landesstellenleiterinnen nur im Einvernehmen mit dem Deutschen Frauenwerk ernennen. Außerdem war hierfür die Bestätigung durch Hierl erforderlich[36]. Scholtz-Klink selbst war Hierl nicht nur als Leiterin des DFAD, sondern auch als Angestellte des RDA, dessen Vorsitzender Hierl war, unterstellt[37]. Trotz der weiblichen Leitung der Landesstellen und trotz der Ernennung einer Frau zur Leiterin des DFAD behielten also Männer bzw. von Männern geführte Einrichtungen die Oberaufsicht über den weiblichen Arbeitsdienst. Eine weibliche Selbstverwaltung des Frauenarbeitsdienstes, wie sie z. B. Helene Lange in ihren Leitsätzen aus dem Jahre 1915 gefordert hatte[38], war im „Dritten Reich" nicht gegeben.

III.

Die Umstellung der Arbeitsvorhaben im weiblichen FAD auf die Landwirtschaft begann mit der bereits erwähnten Anordnung Hierls vom 14. Juni 1933. Bald darauf wurde bestimmt, daß die weiblichen Arbeitsdienstlager „nur auf dem Lande aufgezogen" werden sollten. Als Arbeitsgebiete wurden „Siedlerschulung, Kleintierzucht, Haltung von Kühen und Schweinen, Land- und Gartenbau" vorgesehen[39]. Die ADW wurden anfänglich in leerstehenden Gutshäusern, Villen, Schulen oder Fabriken untergebracht[40]; als Träger der Arbeit fungierten meist die Bürgermeister oder Kreisbauernführer[41]. Allerdings stieß die Einrichtung von Lagern des DFAD anfangs auf Schwierigkeiten, mit denen die nationalsozialistischen Agrarromantiker wohl kaum gerechnet hatten: Die Landbevölkerung begrüßte die weiblichen Arbeitsdienstlager keineswegs vorbehaltlos; Skepsis und sogar Ablehnung waren häufig anzutreffen. Die

[35] Der RDA wurde am 3. 5. 1934 aufgelöst und durch den „Nationalsozialistischen Arbeitsdienst" ersetzt (vgl. Günther Hase, Der Werdegang des Arbeitsdienstes. Von der Erwerbslosenhilfe zum Reichsarbeitsdienst, Leipzig/Berlin 1940, S. 8).

[36] Vgl. Anordnung Hierls vom 19. 12. 1933, a. a. O.

[37] Vgl. Lilli Marawske-Birkner, a. a. O., S. 216.

[38] „Die Gestaltung des weiblichen Dienstjahrs muß in den Händen von Frauen liegen, und zwar sowohl die staatliche Verwaltung wie die Leitung der einzelnen Anstalten." So Helene Lange, Dienstpflicht, S. 99.

[39] Richtlinien für den weiblichen Arbeitsdienst der NS-Frauenschaft (Deutscher Frauenorden) für das Reich, 1933, in: Anna Kallsperger, a. a. O., S. 119–121, S. 120.

[40] Vgl. Frieda Sopp, Der Reichsarbeitsdienst der weiblichen Jugend, Berlin 1944, S. 38.

[41] Vgl. Thea Iffland, Der Dienstbetrieb im Arbeitsdienst für die weibliche Jugend, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1939, Berlin 1938, S. 76–83, S. 81.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitsdienstführerinnen machten vielfach die Erfahrung, daß es nötig war, „den Menschen draußen noch zu(zu)reden, ein Lager in das Dorf zu nehmen; man mußte sich erst persönlich für die Brauchbarkeit der Mädels verbürgen"[42].

Die Dauer des Dienstes wurde im Januar 1934 von bis dahin 20 bzw. 40 Wochen auf einheitlich 26 Wochen festgesetzt. Mit dem Eintritt in den DFAD verpflichtete sich die ADW zu einer Dienstzeit von mindestens 13 Wochen. Ein Teil der täglichen Arbeitszeit wurde bei Bauern oder Neusiedlern verbracht. Die ADW hatten dort alle ihnen auferlegten Arbeiten zu erledigen, vor allem Hausarbeiten, Beaufsichtigung und Versorgung der Kinder sowie Feld- und Stallarbeiten. Die tägliche Arbeitszeit betrug sechs bis sieben Stunden[43].

Das Ziel des weiblichen Arbeitsdienstes bestand nun nicht mehr in der Behebung oder zumindest der Verminderung weiblicher Arbeitslosigkeit. Hierfür waren inzwischen andere Maßnahmen, darunter die Kampagne gegen die sogenannten „Doppelverdiener" und die Ausschüttung von Ehestandsdarlehen für solche Frauen, die mit der Verheiratung ihre Berufstätigkeit aufgaben, gefunden worden[44]. Dem DFAD wurden andere Funktionen zugewiesen: Durch seine Arbeit sollte er der Landflucht und dem Hausgehilfinnenmangel entgegenwirken, indem er zum einen junge Frauen gezielt in der Landwirtschaft einsetzte und mit häuslichen Arbeiten vertraut machte und zum anderen die ADW motivierte, auch nach Abschluß der Dienstzeit in einem ländlichen Haushalt zu arbeiten[45]. Dieser Zielsetzung wurden in immer neuen Formulierungen höhere und höchste Weihen verliehen. So hieß es unter anderem, der Arbeitsdienst trage als „Hochschule nationalsozialistischer Erziehung"[46] zur Überwindung der „materialistische(n) Lebensführung" der Weimarer Zeit bei, indem er „die Frau zu einer durchaus anderen, ihr artgemäßen Lebensauffassung" erziehe, „die sie wieder in den ihr von der Natur und damit von Gott auferlegten Pflichtenkreis hineinstellt und sie die Erfüllung ihrer Pflichten als höchstes Glück empfinden läßt"[47]. Mit seiner Arbeit statte der DFAD, so Hierl in einer Ansprache in der Reichsschule des Bundes Deutscher Mädel am 26. November 1936, „den Dank an die deutschen Mütter ab"[48]; darüber hinaus wurde dem Frauenarbeitsdienst der Kampf für „Deutschlands Ernährungsfreiheit" zur Aufgabe gemacht[49]. Die Lager wurden zu „Burgen im Lande" emporgehoben, „in denen bewußtes Deutschtum und praktisch angewandter Nationalsozialismus vorgelebt und von dort aus in die Familien hineingetragen" würden[50].

---

42 Thea Iffland, Der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1937/38, Berlin 1937, S. 37–40, S. 37.

43 Vgl. DA 4 (1934), Nr. 3, S. 54, Nr. 8, S. 232.

44 Vgl. Jill Stephenson, Women in Nazi Society, London 1975, S. 85ff.; Dörte Winkler, a. a. O., S. 42ff.; Stefan Bajohr, a. a. O., S. 219ff.

45 Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 39.

46 Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften und Reden, Bd. 2, München 1941, S. 277.

47 Friedrich Hiller, a. a. O., S. 11f.

48 Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 249.

49 Tronnier, Verwaltungs- und Wirtschaftsführung im Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1941, Berlin 1941, S. 71–78, S. 76.

50 Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 389.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dem entsprach der Tagesablauf in den Lagern: Alle Aufgaben und Tätigkeiten waren der Illusion untergeordnet, daß es möglich sei, vorindustrielle Sozialbeziehungen innerhalb eines industriellen Systems zu rekonstituieren. Dabei wurde der Wirkung sämtlicher Aktivitäten nach innen, d. h. auf die ADW selbst, und nach außen, d. h. auf die Landbevölkerung und unter Umständen auch auf die Familienangehörigen der ADW, große Bedeutung beigemessen. Aus der Ablehnung der „Scheinkultur ... der Großstadt" waren „Innerlichkeit und Schlichtheit" zum obersten Gebot des Lagerlebens geworden[51]; besonders die Unterkünfte und die Trachten der ADW sollten dies zum Ausdruck bringen. So durfte das Lager „eine gewisse Primitivität im äußeren Aufbau nie überschreiten", die Mädchen sollten „spartanisch erzogen werden: zur Gewöhnung an den Strohsack, an frühes – morgenkaltes – Aufstehen, an einfache Waschverhältnisse, an Verzicht auf alle leiblichen Genüsse und Leckereien ..., Abhärtung auf der ganzen Linie". Die ADW sollten „durch solche Disziplin schon im Äußeren zu einem gewissen Frontgeist" erzogen werden[52], um die Forderung nach einem „Frauengeschlecht, das stark und heldisch ist"[53], zu erfüllen. Die Tage im DFAD begannen für die ADW mit einer Viertelstunde Frühsport (zu dem die Mädchen nach dem Wecken antreten mußten); dazu kamen drei Sportstunden pro Woche[54]. Die Leibeserziehung sollte nicht allein der Entwicklung von Bewegungssinn und Bewegungsfähigkeit dienen[55], sondern auch zur „Charakterbildung" beitragen[56] und den „Anfang zu einer ‚Aufartung' unseres Volkes" bilden[57]. Zu den täglichen Ritualen in den Lagern gehörten der Fahnenappell[58] und das Singen nach dem Frühstück. Dem Gesang von Volksliedern und Liedern der „Bewegung" kam besondere Bedeutung zu: „Eine Singstunde im Arbeitsdienst sollte immer eine Feierstunde sein"[59]; denn angeblich ließen sich „aus der Art, wie ein Lager singt, ... Rückschlüsse auf den im Lager herrschenden Geist ziehen"[60]. Darüber hinaus sollten durch die Pflege von Volksliedern[61] ebenso wie durch die Pflege von Volkstänzen und überkommenem

---

[51] Vgl. Hilde Lemke, Deutscher Frauenarbeitsdienst in der Kurmark (= Bereit zum Dienen. Schriftenreihe des Deutschen Frauenarbeitsdienstes, Heft 1, Berlin 1936, S. 28.

[52] DA 4 (1934), Nr. 3, S. 69. [53] Hilde Lemke, a. a. O., S. 7.

[54] Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 73.

[55] Vgl. Gretel Boehmer, Gymnastik im Deutschen Frauenarbeitsdienst. Ein Bericht aus der Praxis, in: DA 5 (1935), Nr. 15, S. 480.

[56] Bert Löser, Körpererziehung im Frauenarbeitsdienst, in: DA 4 (1934), Nr. 13, S. 404–405, S. 404.

[57] Anna Kallsperger, a. a. O., S. 75.

[58] Zur Bedeutung des Fahnenappells vgl. Frieda Sopp, a. a. O., S. 62; Anna Kallsperger (a. a. O., S. 84) bezeichnete den morgendlichen Fahnengruß sogar als „Gottesdienst".

[59] DA 4 (1934), Nr. 3, S. 59.

[60] Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 297.

[61] Zum Liedgut im weiblichen Arbeitsdienst vgl. Lieder der Arbeitsmaiden, hrsg. von der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes. Arbeitsdienst für die weibliche Jugend, Potsdam 1938. Zum Gesang im Arbeitsdienst: Maria Fricke, Singen im Deutschen Frauenarbeitsdienst, in: DA 5 (1935), Nr. 17, S. 543; Emil Hauff, Singschulung im Frauenarbeitsdienst, in: Der Deutsche Frauenarbeitsdienst. Sonderausgabe der Zeitschrift Deutscher Arbeitsdienst, Berlin 1935, S. 31; Kurt Riehm, Bauernlieder und Landsknechtssänge. Der männliche und weibliche Arbeitsdienst singt. Eine Gegenüberstellung, in: DA 5 (1935), Nr. 25, S. 844ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brauchtum sowie durch die „Übung neuen Brauchtums, neuer Lieder und Tänze"[62] der in ihnen steckende „Reichtum an sittlichem und gefühlsmäßigem Wert"[63] auf die ADW und die Landbevölkerung einwirken. Dadurch, so hoffte man, würden „die lockenden Vergnügungen der Großstadt ihre Zugkraft" verlieren[64].

Der Feierabend wurde in der Regel gemeinschaftlich verbracht. Bemerkenswert an der Art der Feierabendgestaltung ist, daß die immerhin 17 bis 25 Jahre alten ADW wie Kinder beschäftigt wurden: Unnütze Bastelarbeiten, harmlose Sing- und Ratespiele und das Erzählen von Märchen bildeten zumeist den Inhalt der Abendstunden[65]. Hier, wie auch beim Rauchverbot (das für den männlichen Arbeitsdienst nicht existierte[66]) und beim Verbot des Genusses alkoholischer Getränke[67], zeigte sich deutlich, welcher ideologischen Zielsetzung die Rituale und Verhaltensnormen im DFAD dienen sollten: Der „Formung der deutschen Frau"[68] zum Zwecke ihrer Eingliederung in die „Volksgemeinschaft"[69]. Hier sollte sie wieder den Platz der dem Mann restlos unterworfenen Familienmutter einnehmen, die „nur in indirekter Beziehung zum öffentlichen Leben" steht[70]. Zwar sollte die Frau durch die im Arbeitsdienst stattfindende politische Schulung mit dem „Leben, Kämpfen und Wirken des Führers im Zusammenhang mit dem Ringen des deutschen Volkes um sein artgemäßes Leben in der Zeit vom Weltkriege bis zur Gegenwart"[71] vertraut gemacht werden und lernen, „über den kleinen Arbeitskreis ... hinaus(zu)sehen zu den großen Aufgaben des Volkes"[72], ein Recht zur Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft sollte sich hieraus jedoch nicht herleiten; denn – so die rhetorische Frage – „was ist das Größere für die Frau: auf Rechte pochen zu können oder Pflichten, die ihr der Staat auferlegt, erfüllen zu dürfen?"[73].

Ebenso wie sie auf die Erfüllung von Pflichten vorbereitet werden sollten, sollten die ADW die künftige „Volksgemeinschaft" bereits im Lager kennenlernen: Durch die Zusammenführung von Mädchen unterschiedlicher sozialer Herkunft sollten die zwi-

---

62 Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 51.

63 DA 4 (1934), Nr. 3, S. 59.

64 Anna Kallsperger, a. a. O., S. 51.

65 Vgl. DA 4 (1934), Nr. 3, S. 58, 70f., Nr. 13, S. 407.

66 Zum Rauchverbot beim Frauenarbeitsdienst vgl. Hilde Purschke, Das Mottenhaus. Ein Tagebuch aus einem weiblichen Arbeitslager (= Jugend im Dritten Reich, Heft 11), Leipzig 1934, S. 6; DA 5 (1935), Nr. 25, S. 844.

67 Vgl. dazu Hanni Marten, Französinnen im Deutschen Frauenarbeitsdienst, in: DA 5 (1935), Nr. 9, S. 283–284, S. 283.

68 Renate Herwig, a. a. O., S. 27; vgl. auch Maria Burgstaller, Deutscher Frauenarbeitsdienst, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5 (1934), Nr. 56, S. 1019–1020, S. 1019.

69 Vgl. Richtlinien für den weiblichen Arbeitsdienst der NS-Frauenschaft, a. a. O., S. 119.

70 Renate Herwig, a. a. O., S. 29.

71 Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 298.

72 Hilde Wagner, Die Erziehungsaufgabe des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1940, Berlin 1939, S. 53–56, S. 55.

73 Hilde Lemke, a. a. O., S. 9. Die Fernhaltung der Frauen von jeglicher Art politischer Führung hatte die NSDAP bereits 1921 beschlossen, vgl. Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, Bd. I, Hamburg/Berlin 1962, S. 82.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen den gesellschaftlichen Klassen und Schichten bestehenden Barrieren überwunden werden: „Wenn die Töchter des Landrats, des Kaufmanns zusammen mit den Töchtern des Fabrikarbeiters Kartoffeln pflanzen und roden, dann graben sie mit dem Spaten zugleich die gegenseitige Achtung in ihre Herzen ein."[74] Die soziale Zusammensetzung einer Lagerbelegschaft hatte nach Möglichkeit der sozialen Schichtung der Gesellschaft zu entsprechen. Sogenannte „Intellektuelle", d. h. Oberschülerinnen, Abiturientinnen und Studentinnen, durften nicht mehr als 20% der ADW eines Lagers stellen[75]. Diese Vorschrift erwies sich als notwendig, da Abiturientinnen seit Anfang 1934 ein halbes Jahr Arbeitsdienst geleistet haben mußten, ehe sie sich an einer Hochschule oder Universität immatrikulieren durften[76]. Diese Bindung der Studienerlaubnis an die Teilnahme am Arbeitsdienst stellte eine wichtige Maßnahme zur Senkung der für das Jahr 1934 erwarteten Studentinnenzahlen dar[77]. Allerdings erwies sich die Aufnahmekapazität des DFAD sehr bald als zu gering, so daß die Dienstzeit für Abiturientinnen von 26 auf 13 Wochen herabgesetzt werden mußte[78]. Dennoch reichte auch diese Verkürzung nicht aus, um alle Abiturientinnen mit Studiumsabsichten in den Arbeitsdienst einstellen zu können. „Um der Anordnung des Reichserziehungsministers entsprechend grundsätzlich alle Studentinnen in den Arbeitsdienst aufnehmen zu können", forderte Hierl Anfang 1936 eine quantitative Verstärkung des DFAD[79].

IV.

Der Ausbau des weiblichen Arbeitsdienstes vollzog sich im Gefolge einer abermaligen organisatorischen Umstrukturierung. Am 1. April 1936 wurde der DFAD aufgelöst. Der weibliche Arbeitsdienst wurde unter der Bezeichnung „Arbeitsdienst für die weibliche Jugend"[80] (ADwJ; ab November 1937 RADwJ) in den aus dem männlichen FAD hervorgegangenen „Reichsarbeitsdienst" (RAD) integriert[81]. Die Landesstellen des DFAD wurden als Bezirke des ADwJ fortgeführt, die Landesstellenleiterinnen zu

---

[74] Friedrich Hiller, a. a. O., S. 51.

[75] Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 27 Anm. 20.

[76] Die studentische Arbeitsdienstpflicht war durch einen Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rust, verkündet worden und trat 1934 in Kraft. Vgl. Jeh-Sheng Tsay, Der Reichsarbeitsdienst. Geschichte, Aufgabe, Organisation und Verwaltung des deutschen Arbeitsdienstes einschließlich des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend, Diss. Berlin/Würzburg 1940, S. 29, 207.

[77] Vgl. Jill Stephenson, Women, S. 141.

[78] Vgl. Herbert Schmeidler, Verwaltung und Wirtschaftsführung im Reichsarbeitsdienst (einschl. Frauenarbeitsdienst), 3. Aufl. Leipzig 1936, S. 67f.

[79] Ursula von Gersdorff, Frauen im Kriegsdienst 1914–1945, Stuttgart 1969, Dok. 106, S. 280f. Besprechungsniederschrift des Reichsinnenministeriums vom 14. 1. 1936.

[80] Jeh-Sheng Tsay, a. a. O., S. 206; Günther Hase, a. a. O., S. 100f.

[81] Vgl. Gertrud Zypries, Der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend (= Schriften der Hochschule für Politik II, 17), Berlin 1938, S. 17f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bezirksführerinnen ernannt[82]. In den Bezirksleitungen wurden zwar die Referate Dienst und Organisation, Personalangelegenheiten, Erziehung und Ausbildung, Leibeserziehung, Gesundheitsdienst und hauswirtschaftliche Erziehung sowie die Meldestelle[83] von Frauen geleitet, die wichtigen Sachgebiete Verwaltung und Wirtschaft aber unterstanden Männern[84]. Auch in der Reichsleitung des RAD war ein Mann für die Verwaltung und Wirtschaft des ADwJ zuständig, während den übrigen Ressorts[85] weibliche Amts- oder Abteilungsleiter – soweit es sich um Angelegenheiten des ADwJ handelte – vorstanden[86]. Alleiniger Leiter des ADwJ/RADwJ und direkter Vorgesetzter der Bezirksführerinnen war nun Hierl, dem es mit dieser Umformung der Organisation des Frauenarbeitsdienstes gelungen war, seinen Machtbereich zu erweitern und seine Stellung in Partei und Staat zu stärken[87]. Insbesondere die Tatsache, daß der ADwJ nicht mehr – wie noch der DFAD – von der RfA finanziert wurde, hatte zu dieser Positionsverbesserung beigetragen. Um dieses Vorteils willen hatte Hierl auch das Angebot des RfA-Präsidenten Syrup vom Januar 1936, weiterhin Etatmittel für den weiblichen Arbeitsdienst zur Verfügung zu stellen, ausgeschlagen[88]: Das Mitspracherecht der RfA in Sachen Frauenarbeitsdienst, das mit der Annahme des Angebots verbunden gewesen wäre, wollte Hierl endgültig beseitigt wissen[89].

Die organisatorische Neuordnung des weiblichen Arbeitsdienstes stellte einen Schritt auf dem Wege zur Einführung der weiblichen Arbeitsdienstpflicht dar. Diese war bereits 1935 ins Auge gefaßt worden: Zunächst hatte das Wehrgesetz vom

---

82 Vgl. Herbert Schmeidler, a. a. O., S. 69.

83 Bis zur organisatorischen Umformung des weiblichen Arbeitsdienstes hatten die Arbeitsämter als Anlaufstellen für Bewerberinnen für den DFAD fungiert. Da mit der Neuorganisation aber auch eine Trennung des weiblichen Arbeitsdienstes von der RfA verbunden war (s. u.), wurden die Arbeitsämter dieser Aufgabe enthoben. Stattdessen übernahmen die Bezirksleitungen des ADwJ das Meldewesen; vgl. Jeh-Sheng Tsay, a. a. O., S. 221.

84 Ebenda, S. 219.

85 Im Jahre 1944 bestanden bei der Reichsleitung des RAD folgende Ämter bzw. Abteilungen, in denen die Angelegenheiten des RADwJ von Frauen verantwortlich bearbeitet wurden: Abteilung für Meldewesen, Amt für Dienst und Organisation, Amt für Personalangelegenheiten, Amt für Erziehung und Ausbildung, Amt für Gesundheitsdienst, Amt für Disziplinar- und Beschwerdeangelegenheiten, Abteilung für Presse und Propaganda, Abteilung für Ausland und Aufklärung; vgl. Frieda Sopp, a. a. O., Anhang.

86 Vgl. Wolfgang Scheibe, Aufgabe und Aufbau des Reichsarbeitsdienstes (= Neugestaltung von Recht und Wirtschaft, Heft 35), 3. Aufl. Leipzig 1942, S. 41; Gertrud Zypries, a. a. O., S. 19.

87 Eine Einschränkung des Machtanspruchs Hierls über den weiblichen Arbeitsdienst stellte lediglich die Bestimmung dar, daß für die Ernennung höherer Führerinnen die Zustimmung Rudolf Heß' erforderlich war (vgl. RGBl. 1936 I, S. 633).

88 vgl. Ursula von Gersdorff, a. a. O., Dok. 106, S. 280f. Besprechungsniederschrift des Reichsinnenministeriums vom 14. 1. 1936.

89 Für das Haushaltsjahr 1936 stellte das Reichsfinanzministerium dem ADwJ neun Mill. RM aus Reichsmitteln zur Verfügung; vgl. Herbert Schmeidler, a. a. O., S. 68, Lilli Marawske-Birkner, a. a. O., S. 242. Auch später wurde der weibliche Arbeitsdienst aus Reichsmitteln finanziert. Da jedoch der gesamte RAD gemeinsam finanziert wurde, ist eine Trennung in Mittel für den männlichen und Mittel für den weiblichen Arbeitsdienst nicht ohne weiteres durchzuführen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

21. Mai eine Dienstverpflichtung von Frauen für den Kriegsfall angekündigt[90]; bald darauf, am 26. Juni, hatte das Reichsarbeitsdienstgesetz „alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts" dazu verpflichtet, „ihrem Volk im Reichsarbeitsdienst zu dienen"[91]. Die damit eingeführte allgemeine Arbeitsdienstpflicht hatte aber zunächst nur auf männliche Jugendliche Anwendung gefunden, während die obligatorische Heranziehung junger Frauen zum Arbeitsdienst einer besonderen Regelung vorbehalten worden war (Abschnitt III des RAD-Gesetzes). Mit der Vorbereitung der weiblichen Arbeitsdienstpflicht war Hierl beauftragt worden[92]. Trotz dieses Auftrags und trotz Hierls Versicherung, in seinen Augen sei eine „Arbeitsdienstpflicht nur für die männliche Jugend ... auf die Dauer ebenso unsinnig wie etwa eine allgemeine Schulpflicht nur für Knaben"[93], war vom Inkrafttreten des RAD-Gesetzes (1. Juli 1935) bis zum April 1936 nichts geschehen, was als Maßnahme in Richtung auf die Einführung der weiblichen Arbeitsdienstpflicht hätte bezeichnet werden können.

Die neue organisatorische Gestalt des Frauenarbeitsdienstes bildete die Grundlage für die Entwicklung einer homogenen inneren Struktur mit klaren Kompetenzverteilungen und Aufgabenstellungen einerseits sowie für das weitere Wachstum der Organisation andererseits.

Die innere Entwicklung des RADwJ in den Jahren 1936 bis 1939 war vor allem gekennzeichnet durch die Herausbildung eines hierarchisch gegliederten Führerinnenkorps und die Schaffung eines eigenen, abgestuften Schulsystems, das der Führerinnennachwuchs zu durchlaufen hatte. Obwohl die Reichsleitung des Frauenarbeitsdienstes noch 1934/35 davon ausgegangen war, daß „der Posten einer Führerin nicht als Beruf anzusehen" sei[94], da die Führerinnen in der Regel nur eineinhalb bis zwei Jahre im DFAD bleiben und sich danach einer anderen Aufgabe zuwenden würden, war die Tätigkeit der Arbeitsdienstführerin bis 1937 zu einem Beruf ausgebaut worden[95]. Die Schaffung eines neuen Frauenberufs gerade durch den RAD – der in

[90] RGBl. 1935 I, S. 609.

[91] Ebenda, S. 769. Eine Neufassung des Gesetzes erfolgte am 9. 9. 1939 (RGBl. 1939 I, S. 1747).

[92] RGBl. 1935 I, S. 772.

[93] Der Deutsche Frauenarbeitsdienst. Sonderausgabe, S. 3.

[94] DA 4 (1934), Nr. 34, S. 1211; vgl. auch DA 5 (1935), Nr. 25, S. 844.

[95] Vgl. Gertrud Zypries, a. a. O., S. 23; zur Führerinnenlaufbahn (Einstellungsvoraussetzungen, Einsatzarten, soziale Versorgung und Besoldung, Dienstränge) vgl. außerdem Gertrud Scholtz-Klink (Hrsg.), Aufbau des Deutschen Frauenarbeitsdienstes (= Amtliche Schriften der Reichsleitung des NS-Arbeitsdienstes, Heft 14), 2. Aufl. Leipzig o. J. (1934), S. 10f.; Maria Burgstaller, a. a. O., S. 1020; Herbert Schmeidler, a. a. O., S. 71; Hanna Wohnsdorf-Röbke, Führerinnenschulen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend – Ausbildungsstätten für einen neuen Frauenberuf, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1937/38, S. 40–43; Eva-Marie Ziedrich, Die Schulen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1939, S. 84–86; Anna Kallsperger, a. a. O., S. 62f., 129ff.; Jeh-Sheng Tsay, a. a. O., S. 223ff.; Gertrud Schwerdtfeger-Zypries, Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend (= Schriften zum Staatsaufbau II, 17), Berlin 1940, S. 21ff.; Asta von Larisch, Die Schulen des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1941, S. 66–70; Tronnier, a. a. O., S. 72f.; Wolfgang Scheibe, a. a. O., S. 41; Lilli Marawske-Birkner, a. a. O., S. 243; Frieda Sopp, a. a. O., S. 76ff., 86 und Anhang.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besonderem Maße darauf ausgerichtet war, eine „pittoreske, ‚natürliche' und sozial urtümliche (nämlich bäuerliche) Welt"[96] wiederherzustellen, und deshalb an der Eindämmung beruflicher Betätigungsfelder für Frauen auf wenige Bereiche, vor allem die Landwirtschaft, die häuslichen Dienste, soziale und pflegerische Arbeiten, mitwirkte[97] – schien schon damals nicht in das weit verbreitete Bild über die NS-Frauenpolitik zu passen. Weder ließen sich Vorläufer in vorindustriellen Zeiten finden, auf denen eine Rechtfertigung hätte aufgebaut werden können, noch entsprach die Tätigkeit der Arbeitsdienstführerin – besonders wenn man an die Befehls- und Disziplinarstrafgewalt dachte[98] – dem, was die NS-Ideologie als „artgemäße" Frauenarbeit ansah. Dies erkannte man in der Reichsleitung des RAD recht deutlich und bemühte sich dementsprechend, den Beruf der Arbeitsdienstführerin um so verhementer als *den* Frauenberuf par excellence vorzustellen: Außer in der Familie (also dort, wo die Frau ihrer „natürlichen Bestimmung" nach zuallererst hingehörte) gebe es „für die Frau keinen Beruf, der so wie der der Lagerführerin einen geschlossenen Lebenskreis und den Anspruch auf den Einsatz aller weiblichen Kräfte verkörpert"[99].

Die hauptsächlichen Gründe für das Aufkommen des Berufs Arbeitsdienstführerin bestanden im Wachsen der Zahl der „Arbeitsmaiden" und in der damit erforderlich werdenden quantitativen Verstärkung des Führerinnenkorps. Mit diesem Ausbau des Führungsstabes verbanden sich erhöhte Anforderungen an die Qualifikation der Führerinnen und das Bedürfnis nach größerer personeller Kontinuität. Dadurch entwikkelte sich der RADwJ, der bis dahin vorwiegend Frauen beschäftigt hatte, die bereits seit der „Kampfzeit" im völkisch-nationalistischen Lager gestanden hatten, zum Arbeitgeber gerade auch für Akademikerinnen. Insbesondere stellte er Ärztinnen, deren Berufssituation durch die Zulassungsordnung für Kassenärzte (1934) erschwert wurde[100], und Juristinnen, die seit 1935/36 einer zunehmenden Betätigungsbeschränkung unterworfen wurden[101], ein. Diese Absorption von Akademikerinnen trug dazu bei, den Widersinn des nationalsozialistischen Ressentiments gegenüber weiblichen Ärzten, Juristen usw. zu kaschieren. Viele von ihnen wären infolge der restriktiven Bestimmungen bezüglich der Frauenarbeit in akademischen Berufen gezwungen gewesen, sich entweder einer berufsfremden Betätigung zuzuwenden oder sich auf ein

---

96 Wolfgang Emmerich, Zur Kritik der Volkstumsideologie, Frankfurt a. M. 1971, S. 128.

97 Vgl. die Richtlinien für die Anerkennung der Arbeitsvorhaben im Frauenarbeitsdienst, a. a. O., in denen als Auftrag des Arbeitsdienstes die Förderung der „Umstellung der Frauenberufsarbeit in Deutschland auf die in der Familie und in der Scholle liegenden großen Aufgaben" hervorgehoben wurde.

98 Vgl. Dienststrafordnung, Durchführungsbestimmungen, Beschwerdeordnung für den Reichsarbeitsdienst nebst Dienststrafordnung und Beschwerdeordnung für die Angehörigen des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend, Berlin 1938. Eine neue Dienststrafordnung für den weiblichen Arbeitsdienst erging am 30. 1. 1940 (RGBl. 1940 I, S. 243).

99 Frieda Sopp, a. a. O., S. 76.

100 Vgl. Dörte Winkler, a. a. O., S. 51.

101 Vgl. St. Bajohr/K. Rödiger – Bajohr, Die Diskriminierung der Juristin in Deutschland bis 1945, in: Kritische Justiz 13 (1980), 1, S. 39–50. Für Ärztinnen und Juristinnen existierten besondere Laufbahnen im RADwJ (vgl. Gertrud Schwerdtfeger-Zypries, a. a. O., S. 27).

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leben als Hausfrau einzurichten. Dadurch, daß diese Frauen in der RAD-Bürokratie ein Unterkommen fanden, konnten Partei und Regierung den aus einer ideologisch geprägten Intransigenz erwachsenden Problemen der Akademikerinnenbeschäftigung vorübergehend ausweichen.

Der planmäßige Ausbau des RADwJ setzte im September 1936 mit einem Erlaß Hitlers ein, in dem unter anderem die Erhöhung der Zahl der „Arbeitsmaiden" und des Stammpersonals auf insgesamt 25000 bis zum März 1938 vorgesehen war[102]. Als Folge dieser Anordnung entstanden am 1. April 1937 sogenannte Lagergruppen, die zwischen die Lagerleitungen und die Bezirksleitungen eingeschaltet wurden, um den größer werdenden Verwaltungsaufwand zu bewältigen. Zunächst wurden 32 Lagergruppen eingerichtet[103]; bis zum 1. April 1939 erhöhte sich diese Zahl auf 70[104]. Die Zahl der Arbeitsdienstlager stieg ebenfalls: Gab es im April 1935 gerade 382 Lager[105], so wuchs die Zahl bis zum April 1936 auf 400[106] und bis 1937 auf rd. 600[107]; am 1. April 1939 existierten 807 Lager des RADwJ[108]. Die Zahl der „Arbeitsmaiden" nahm von 11457 im April 1935[109] auf rd. 20000 im Sommer 1937[110] und auf rd. 30000 im Jahresdurchschnitt 1938 zu[111]. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs waren 36219 Frauen im RADwJ organisiert[112]. Durch die Expansion des deutschen Staatsgebiets und die Teilung zu großer Bezirke in den Jahren 1938/39 entstanden zehn neue Bezirke des RADwJ: Zählte man im April 1936 noch 13, so waren es drei Jahre darauf 23 Bezirke[113].

Noch während der Vergrößerung des RADwJ auf Grund des Erlasses vom September 1936 erfolgte eine neue Anordnung: Am 24. November 1937 bestimmte Hitler die Erweiterung des weiblichen Arbeitsdienstes auf 30000 Personen bis zum April 1939[114]. Im September 1938 konnte Hierl einen neuen Erfolg für seine Organisation verbuchen: Hitler hatte einer neuerlichen Ausweitung der Personalstärke des weiblichen Arbeitsdienstes zugestimmt. Bis zum 1. April 1940 sollten 50000 „Arbeitsmaiden" (einschließlich des Stammpersonals) Dienst tun[115].

Dieser Ausbau des RADwJ zum Zwecke der Vorbereitung der weiblichen Arbeitsdienstpflicht traf nicht mehr auf die arbeitsmarktpolitische Situation der frühen dreißiger Jahre, die durch einen Überhang an jungen beschäftigungslosen Frauen gekenn-

---

102 RGBl. 1936 I, S. 747.
103 Vgl. Thea Iffland, Der Arbeitsdienst, S. 38.
104 Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 30.
105 Vgl. DA 5 (1935), Nr. 23, S. 772.
106 Vgl. Tronnier, a. a. O., S. 76.
107 Vgl. Thea Iffland, Der Arbeitsdienst, S. 38.
108 Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 30.
109 Vgl. DA 5 (1935), Nr. 23, S. 772.
110 Vgl. Lilli Marawske-Birkner, a. a. O., S. 237.
111 Ebenda; Gertrud Zypries, a. a. O., S. 10.
112 Vgl. Thea Iffland, Organisation und Gliederung des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend, in: Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1941, S. 59–61, S. 59.
113 Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 30.
114 RGBl. 1937 I, S. 1298. 115 RGBl. 1938 I, S. 1157.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichnet war, sondern vollzog sich parallel zu einer Erhöhung der Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften seitens aller Wirtschaftssektoren. Der Kampf gegen die sogenannten „Doppelverdiener" war längst aufgegeben worden und galt nunmehr als „Unverständnis" einiger „Oberflächliche(r)", die „in der erwerbstätigen Frau eine böswillige Konkurrentin des Mannes erblickten"[116]. Die Bindung des Rechts auf Empfang eines Ehestandsdarlehens an die Berufsaufgabe der heiratenden Frau wurde 1936 gelockert und 1937 ganz aufgehoben[117]. Die Frauenerwerbstätigkeit war wieder „als ein notwendiger Bestandteil des Arbeitslebens jeder Nation grundsätzlich" anerkannt[118]. Die Zahl arbeitsloser Frauen war bis 1938 von rd. 904700 im Jahresdurchschnitt 1933 auf 96200 zurückgegangen und betrug 1939 nur noch rd. 34000[119]. Im Gegenzug stiegen die Beschäftigtenzahlen: Arbeiteten 1933 rd. 4,75 Mill. Frauen als Arbeiterinnen oder Angestellte, so nahm diese Zahl bis 1938 auf 6,3 Mill., bis 1939 auf 6,82 Mill. zu[120]. Diese Reintegration der Frauen in das Erwerbsleben war hauptsächlich eine Folge des Rüstungsbooms. Die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften war sehr bald nicht mehr zu befriedigen, so daß auf Frauen zurückgegriffen wurde. Auch in den nicht zu den Rüstungsindustrien zählenden Wirtschaftssektoren stieg der Bedarf an Arbeitskräften[121]. Damit zeichnete sich ein Gegeneinander von öffentlichen und privaten Arbeitgebern einerseits und dem RADwJ andererseits ab: Beide Seiten beanspruchten einen immer größer werdenden Teil aus der immer knapper werdenden Reserve unbeschäftigter junger Frauen.

V.

Der RADwJ geriet – je größer er wurde – mehr und mehr in das Spannungsfeld zwischen Ideologie und Ökonomie. Die Zeiten des ungestörten Nebeneinanders waren zu Ende. Der Frauenarbeitsdienst hatte nun seine Existenzberechtigung zu beweisen. Volkstumsarbeit, nationalsozialistische Erziehung zu „Treue, Gehorsam und Kameradschaft"[122], hauswirtschaftliche Schulung, halbtägige Hilfsarbeiten bei Bauern und Neusiedlern, Ausrichtung der „Arbeitsmaiden" auf „Blut und Boden", kurz: die

---

116 Alice Rilke, Zur Frage der Frauen-Erwerbstätigkeit, in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik 3 (1936), Nr. 8, S. 291–294, S. 293.

117 Vgl. RGBl. 1936 I, S. 576; RGBl. 1937 I, S. 1158.

118 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1223. Rede Gertrud Scholtz-Klinks am 18. 8. 1936 anläßlich einer Arbeitssitzung des „Reichsarbeitskreises für Gesundheitsführung des deutschen Volkes" in München.

119 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 59 (1941/42), Berlin 1942, S. 426.

120 Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, hrsg. vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, S. 474.

121 Zum Frauenarbeitsmarkt in der Phase 1936–1939 vgl. Tim Mason, Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930 bis 1940. Wohlfahrt, Arbeit und Familie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt a. M. 1976, S. 118–193, S. 154ff.; Dörte Winkler, a. a. O., S. 55f.; Stefan Bajohr, a. a. O., S. 219ff.

122 Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 249.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weitgehend unproduktive Beschäftigung von 20–30000 Frauen, davon die meisten im leistungsstarken Alter zwischen 17 und 22 Jahren[123], widersprach den wirtschaftspolitischen, insbesondere den rüstungswirtschaftlichen Zielen des Vierjahresplans. Nicht einmal den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft vermochte der RADwJ auch nur annähernd auszugleichen, obwohl dieser Wirtschaftszweig erheblich unter den Folgen der nicht abflauenden Landflucht litt[124]. Damit aber verlor die angestrebte weibliche Arbeitsdienstpflicht ihre ökonomische Legitimation: „Die Arbeitsdienstpflicht", so Hierl 1934, „soll der Staatsleitung ein Arbeitsheer liefern, um größere öffentliche Arbeiten, die hohen volkswirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen staatspolitischen Zwecken dienen, durchzuführen."[125] Gerade dieses Ziel aber erreichte der RADwJ nicht. Der Grund dafür lag nicht etwa in der (noch) zu kleinen Zahl von „Arbeitsmaiden", sondern darin, daß die für die Indoktrination der jungen Frauen aufgewandte Zeit zu lang war, als daß in den übrigbleibenden sechs bis sieben Stunden pro Tag landwirtschaftliche Arbeit hätte ökonomisch rationell betrieben werden können[126]. Die Landwirtschaft, nicht mehr in der Lage, ihre Arbeitskosten aufzubringen[127], bedurfte dringend staatlicher Unterstützung in Form dirigistischer Arbeitskräftelenkung, zumal das Scheitern der nationalsozialistischen Agrarpolitik auch die Erreichung der rüstungswirtschaftlichen Ziele fraglich werden ließ[128]. Da der RADwJ seinen ökonomischen Auftrag offensichtlich nicht zu erfüllen vermochte, übernahm die Vierjahresplanbehörde die Lenkung von weiblichen Arbeitskräften in die Land- und (um auch den Hausgehilfinnenmangel zu beheben) in die Hauswirtschaft. Die Einrichtung des „Pflichtjahrs" für ledige Frauen unter 25 Jahren, die im Februar 1938 erfolgte[129], bedeutete für Hierl und den RADwJ einen schweren Rück-

---

[123] Vgl. Anna Kallsperger, a. a. O., S. 75; Jeh-Sheng Tsay, a. a. O., S. 221; Frieda Sopp, a. a. O., S. 76.

[124] Die Behauptung Lilli Marawske-Birkners (a. a. O., S. 318), die Landwirte hätten erkannt, „daß die Reden von der Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft nicht leerer Wortschwall sind", sondern „die Landflucht zurückgedämmt und der Wille ... zur gesteigerten Erzeugungsschlacht" gestärkt würden, entsprach nicht den Tatsachen.

[125] Konstantin Hierl, Grundsätzliches zur Arbeitsdienstpflicht. Vortrag, gehalten am 20. Januar 1934 vor der Deutschen Studentenschaft, Berlin/München 1934, S. 3.

[126] BA Koblenz R 58/153. Meldungen aus dem Reich (SD-Bericht), Nr. 111 vom 1. 8. 1940: „Immer wieder wird von bäuerlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Arbeitsmaiden für den Betrieb kaum eine Entlastung brächten, da die Arbeitszeit so eingeteilt ist, daß sie erst um 9 Uhr ihren Dienst beginnen und oft schon um 14 Uhr ihre Arbeitsstelle wieder verließen, da die übrige Zeit für Schulungszwecke und Leibeserziehung benötigt werde ..."

[127] Vgl. Alfred Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, Frankfurt a. M. 1973, S. 102.

[128] Ebenda, S. 104ff.

[129] Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über den verstärkten Einsatz von weiblichen Arbeitskräften in der Land- und Hauswirtschaft vom 15. 2. 1938 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Berlin, Nr. 43 vom 21. 2. 1938). Zunächst galt das „Pflichtjahr" nur für Frauen, die in der Textil-, Bekleidungs- oder Tabakindustrie sowie als kaufmännische oder Büroangestellte arbeiten wollten und bis zum 1. 3. 1938 noch in keinem Lehr- oder Arbeitsverhältnis gestanden hatten (vgl. Durchführungsanordnung vom 16. 2. 1938, ebenda). Mit der

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlag. Allzu deutlich belegte das „Pflichtjahr" die wirtschaftliche Ineffektivität des weiblichen Arbeitsdienstes; darüber hinaus spitzte es den Widerspruch zwischen Ideologie und Ökonomie zu.

Hierl holte im September 1938 zum Gegenschlag aus. In seiner Rede vor dem Parteikongreß erklärte er, das „Pflichtjahr" hätte „den Bauernfrauen und den kinderreichen Müttern nicht die erstrebte Hilfe gebracht". Auch würden sich die Eltern der Pflichtjahrmädchen mit Recht dagegen wehren, daß ihre Töchter „zwangsweise durch das Arbeitsamt den Bauern als Mägde oder bestimmten Familien als Hausgehilfinnen" zugewiesen würden, da dieses Verfahren „keine Gewähr gegen körperliche oder sittliche Schädigung" biete. Hier könne nur der RADwJ als „festgefügte und sicher geführte Organisation Hilfe bieten"[130]. Am 20. März 1939 ging Hierl über diese öffentliche Kritik hinaus und unterbreitete dem Führungsstab des „Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft" (GBW) und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) den „Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung der Reichsarbeitsdienstpflicht der weiblichen Jugend im Mobilmachungsfall"[131]. Da das Pflichtjahr lediglich eine Notstandsmaßnahme darstelle und nicht die gesamte weibliche Jugend erfasse, sei es notwendig, einer im Kriege „so leicht eintretenden Verwahrlosung und Zuchtlosigkeit entgegenzuwirken", indem man den Mädchen eine „systematische Betreuung und Erziehung durch Führerinnen" zukommen lasse[132]. Gegen diesen Versuch, den an die RfA, die mit der Abwicklung des Pflichtjahrs betraut worden war, verlorenen Einfluß auf die weibliche Jugend zurückzugewinnen, wandte sich zuerst der Wehrwirtschaftsstab: Durch ein solches Gesetz würde „ein wesentlicher Teil der im Mob-Fall zur Verfügung stehenden weiblichen Arbeitskräfte dem Zugriff der für den Menscheneinsatz außerhalb der Wehrmacht verantwortlichen und zuständigen Dienststellen des Reichsarbeitsministeriums entzogen"; außerdem erscheine es auch „nicht vertretbar, daß grundsätzlich alle 18jährigen Mädchen, unbeschadet des erlernten und ausgeübten Berufes, aus kriegswichtiger Tätigkeit herausgezogen und in der Landwirtschaft eingesetzt" würden[133]. Knapp einen Monat später brachte das OKW „schwere Bedenken" gegen den Gesetzentwurf vor, und im Juni meldete der GBW seine Vorbehalte mit dem Zusatz an, daß die Arbeitsämter eher als die RAD-Bürokratie geeignet seien, „den Bedarf an weiblichen Hilfskräften rasch und zuverlässig an die Bedarfsstellen auf dem Lande zu lenken"[134]. Damit war Hierl ein weiteres Mal klar gemacht worden, daß „der praktische Wert eines ... weiblichen Arbeitsdienstes ... nicht überschätzt werden" dürfe[135].

Durchführungsanordnung vom 23. 12. 1938 (ebenda, Nr. 305 vom 31. 12. 1938) wurde es auf alle ledigen Frauen bis zu 25 Jahren ausgedehnt, die als Arbeiterinnen oder Angestellte tätig werden wollten.

130 Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 404f.

131 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217.

132 Ebenda, Begründung zum Gesetzentwurf.

133 Ebenda, Der Chef des Wehrwirtschaftsstabes am 8. 4. 1939 an WFA/L IIa.

134 Ebenda, OKW am 6. 5. 1939 an den Führungsstab GBV, GBW am 5. 6. 1939 an GBV.

135 Ebenda, OKW am 6. 5. 1939 an den Führungsstab GBV.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß kurz nach Kriegsbeginn, am 4. September 1939, die Arbeitsdienstpflicht für Frauen doch noch eingeführt wurde, hatte zwei Gründe: Zum einen war es Hierl gelungen, „Hitler vom ideologischen, erzieherischen und auch praktischen Wert" des RADwJ zu überzeugen[136], zum andern hatte der „Reichsarbeitsführer" (RAF) darauf verzichtet, alle pflichtjahrpflichtigen Mädchen auch zum RADwJ heranziehen zu wollen, und sich darauf beschränkt, Ledige im Alter von 17 bis 25 Jahren, „die nicht voll berufstätig sind, nicht in beruflicher oder schulischer Ausbildung stehen und nicht als mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft dringend benötigt werden", für arbeitsdienstpflichtig zu erklären[137]. Obwohl er sich vorerst mit diesen Beschränkungen abfinden mußte[138], hatte Hierl mit der Verordnung vom 4. September einen Sieg über die Gegner des RADwJ errungen. Insbesondere die mit der Inkraftsetzung der weiblichen Arbeitsdienstpflicht verbundene quantitative Verstärkung der Organisation auf 100000 Frauen stellte einen bedeutenden Machtzuwachs dar.

Am 1. Oktober 1939 rückte das erste Kontingent arbeitsdienstpflichtiger Frauen in Deutschland in die Lager des RADwJ ein. Um die Sollstärke von 100000 möglichst schnell zu erreichen, verschob Hierl darüber hinaus „bis auf weiteres" die Entlassung der bereits im Arbeitsdienst befindlichen „Arbeitsmaiden", die normalerweise am 30. September 1939 stattgefunden hätte[139].

Die Einberufungen junger Frauen verursachten sehr bald Probleme, da die Anforderungen des RADwJ nicht immer zu erfüllen waren. Bereits Mitte Oktober 1939 baten die Präsidenten der Landesarbeitsämter Südwestdeutschland und Mitteldeutschland „mit Rücksicht auf die angespannte Arbeitseinsatzlage" darum, in bestimmten Bezirken ihrer Amtsbereiche von Heranziehungen zum RADwJ abzusehen[140]. Zu dieser Zeit bildeten sie noch eine Minderheit, da die übrigen Landesarbeitsämter noch keine Bedenken gegen die Einziehung junger Frauen zum RADwJ vorbrachten[141]. Anfang

---

136 Vgl. Dörte Winkler, a. a. O., S. 129.

137 § 2 der VO über die Durchführung der Reichsarbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend vom 4. 9. 1939 (RGBl. 1939 I, S. 1693). Auf Grund dieser Beschränkung hatte Hierl die Zustimmung des GBW, des GBV und des Reichsarbeitsministers erlangen können. Auch das OKW hatte sich nicht mehr gegen die weibliche Arbeitsdienstpflicht gestellt; vgl. BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217. WiRü IV (a), Aktenvermerk vom 2. 9. 1939.

138 Seinen Willen, diese Beschränkungen zu überwinden, bekundete Hierl in seiner Ansprache anläßlich der Eröffnung einer Ausstellung des RADwJ in Berlin am 23. 8. 1940: „Nach dem Kriege werden diese Ausnahmen verschwinden müssen, weil sonst der Arbeitsdienst seinen ethischen Wert als sozialpolitische Schule der Nation verlieren würde." (Konstantin Hierl, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 325f.).

139 VO über den allgemeinen Entlassungstag im Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend vom 5. 9. 1939 (RGBl. 1939 I, S. 1687).

140 BA Koblenz R 41/158. Der Präsident des LAA Südwestdeutschland am 13. 10. 1939 an den Reichsarbeitsminister. Der Präsident des LAA Mitteldeutschland am 20. 10. 1939 an den RAM.

141 Ebenda, Schreiben der Präsidenten der LAÄ Rheinland und Sachsen sowie der Zweigstelle Nürnberg des LAA Bayern vom 12. 10., der Präsidenten der LAÄ Westfalen vom 13. 10. und Bayern vom 14. 10. 1939. Schreiben der Zweigstelle Österreich für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe vom 12. 10. 1939 an RAM.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Jahres 1940 traten ihnen jedoch die Rüstungsinspektionen zur Seite, da die Meldestellen des RADwJ – entgegen der in der Verordnung vom 4. September 1939 festgelegten Beschränkung der Arbeitsdienstpflicht auf nicht erwerbstätige Frauen – dazu übergingen, auch berufstätige Mädchen, selbst eingearbeitete Munitionsarbeiterinnen, technische Zeichnerinnen usw., heranzuziehen[142]. Dabei ging der RAD sogar so weit, die Existenz einer Ausnahmebestimmung für die lernende und erwerbstätige weibliche Jugend zu leugnen und die Einwendungen des zuständigen Rüstungskommandos gegen die – widerrechtlichen – Einberufungen als „mit Zuchthaus zu bestrafende Sabotage" zu bezeichnen[143]. Damit hatte der RAD den Bogen überspannt: Die Reichsleitung mußte nicht nur dem Protest des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts (WiRüAmt) gegen diese Praktiken nachgeben[144], sondern zog vor allem wieder die Aufmerksamkeit der an einer zweckrationalen Arbeitskräftelenkung interessierten Stellen auf sich. Bereits im Oktober 1939 hatte der Präsident des LAA Sachsen angeregt, den RADwJ „insbesondere dann, wenn andere weibliche Arbeitskräfte nicht zu beschaffen sind", in der Rüstungsindustrie einzusetzen[145]. 1940 häuften sich diese Vorschläge. Die Rüstungsinspektion des Wehrkreises XI meinte, daß „ebenso wie der Einsatz in der Landwirtschaft ... im Kriege derjenige in der Munitionserzeugung für den weiblichen Arbeitsdienst ein Ehrendienst werden" sollte[146]. Im März forderten der Reichsarbeitsminister und das OKW Hierl auf, den weiblichen Reichsarbeitsdienst für die Beschäftigung in Munitionsanstalten und -betrieben zur Verfügung zu stellen[147]. Anfang April bestätigte „Generalarbeitsführer" Dr. Will Decker, der seit Januar 1940 als Hierls ständiger Vertreter in allen Angelegenheiten des RADwJ amtierte[148], die bereits im Februar gegenüber dem Reichsarbeitsministerium dargelegte Ablehnung eines Einsatzes der „Arbeitsmaiden" in Rüstungsbetrieben[149]. Der schon in der rückwärtsgewandten Konzeption des Frauenarbeitsdienstes angelegte Konflikt zwischen der irrational-ideologischen und der zweckrationalen Seite der nationalsozialistischen Herrschaft spitzte sich nun vollends zu: Das System stand vor der Alternative, entweder weiterhin zigtausend junge Frauen zu Lasten der Effektivität der Kriegswirtschaft und auf Kosten des Reichshaushalts mit Brauchtumspflege, unproduktiv betriebener Landarbeit usw. zu beschäftigen oder aber für die rasche Einglie-

---

142 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217. Rüstungsinspektion des Wehrkreises VI am 15. 1. 1940 an Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW (WiRüAmt) und Antwortschreiben vom 29. 1. 1940. Rüstungsinspektion des Wehrkreises XII am 6. 2. 1940 an WiRüAmt und Antwortschreiben vom 15. 2. 1940.

143 Ebenda, Rüstungsinspektion des Wehrkreises VI am 5. 4. 1940 an den Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres (Ch H Rüst u BdE); Ch H Rüst u BdE am 6. 4. 1940 an WiRüAmt.

144 Ebenda, WiRüAmt am 6. 4. 1940 an die Reichsleitung des RAD; Rundschreiben des WiRüAmts vom 11. 4. 1940 an die Rüstungsinspektionen.

145 BA Koblenz R 41/158. Schreiben vom 12. 10. 1939 an den RAM.

146 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217. Schreiben vom 2. 2. 1940 an WiRüAmt.

147 Ebenda, RAM am 4. 3. 1940 an WiRüAmt; OKW am 30. 3. 1940 an Hierl.

148 Vgl. Thea Iffland, Organisation, S. 60.

149 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217. RAF am 5. 4. 1940 an OKW.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

derung dieser Frauen in die kriegswichtigen Wirtschaftssektoren zu sorgen und damit utopische Illusionen aufzugeben. Als Hierl am 12. April 1940 eine Verordnung vorlegte[150], welche die Erhöhung der Personalstärke des RADwJ auf 130000 vorsah, stieß er auf Widerstand bei den Reichsministerien, der Wehrmacht und der Vierjahresplanbürokratie (bzw. bei Göring). Allein Friedrich Syrup, Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, hielt es „für zwecklos, gegen die Erhöhung ... Stellung zu nehmen, da Führerbefehl"[151]. Das WiRüAmt lehnte den Verordnungsentwurf jedoch ausdrücklich ab, da der RADwJ „in der Landwirtschaft angesetzt (werde), der dringendste Kräftebedarf ... jedoch in der gewerblichen Wirtschaft" bestehe. Lediglich dann, wenn die „Tätigkeit in der Kriegswirtschaft auf den Reichsarbeitsdienst angerechnet" würde, wollte das Amt der Verstärkung des RADwJ zustimmen[152]. Der Reichsernährungs- und der Reichsverkehrsminister wollten der Erhöhung nur zustimmen, wenn die in ihren Ressorts beschäftigten Frauen von der Arbeitsdienstpflicht befreit würden. Der Reichspostminister beantragte die Zurückstellung des Verordnungsentwurfs bis zum Kriegsende[153]. Das Oberkommando des Heeres und das Oberkommando der Marine forderten für den Fall des Inkrafttretens der Verordnung die Befreiung aller Mädchen, die in der Wehrmacht, der Verwaltung oder der Kriegswirtschaft arbeiteten, von der Heranziehung zum RADwJ[154]. Auch der GBW äußerte Bedenken, die er jedoch auf Grund der Zusicherung Hierls zurückzog, während des Krieges auf die Heranziehung sowohl der in der Kriegswirtschaft vollbeschäftigten Frauen als auch derjenigen, die erst zu solchen Arbeiten eingesetzt werden sollen, zu verzichten[155]. Hierls Bemühungen, auch das OKW zu einer Revision der ablehnenden Haltung zu bewegen, scheiterten allerdings. Im Juni 1940 wandte sich Hierl in einem persönlichen Schreiben an Keitel, der kurz zuvor – nach einem Gespräch mit Bormann – entschieden hatte, an dem Einspruch gegen den Verordnungsentwurf festzuhalten. Unter Berufung darauf, daß die beabsichtigte Verstärkung des RADwJ mit einer grundsätzlichen Entscheidung Hitlers übereinstimme und auch Göring im September 1939 eine Erhöhung der Zahl der „Arbeitsmaiden" befürwortet habe, bat er Keitel, den Widerstand zu beenden[156]. Auf Anraten des WiRüAmts beantwortete Keitel sowohl dieses als auch ein weiteres Schreiben Hierls abschlägig[157]. Da Hierl den OKW-Chef im August erneut um Änderung seiner Einstellung ersuchte und Hitler Keitel „durch Reichsleiter Bormann wissen ... (ließ), daß er auf die allmähliche Ausgestaltung des weiblichen RAD Wert lege", wies Keitel den Chef des WiRüAmts, General

---

150 Ebenda, RMdI am 20. 12. 1940 an GBV.
151 Ebenda, W Rü IV, Aktenvermerk vom 21. 5. 1940.
152 Ebenda, WiRüAmt am 23. 5. 1940 an WFA/L; vgl. auch OKW am 8. 6. 1940 an Reichsminister Dr. Lammers.
153 Ebenda, OKW, Vortragsnotiz von Hauptmann Ritgen vom 13. 8. 1940.
154 Ebenda, WFA am 14. 6. 1940 an WiRüAmt.
155 Ebenda, GBW am 28. 5. 1940 und am 4. 6. 1940 an Reichsmin. Dr. Lammers.
156 Ebenda, Hierl am 14. 6. 1940 an Keitel.
157 Ebenda, OKW am 30. 6. 1940 an Hierl.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Thomas, an, Görings Stellungnahme einzuholen[158]. Da auch Göring die Ausweitung des RADwJ ablehnte, war für Keitel „die Frage entschieden". Mit seiner endgültigen Absage verband er die Aufforderung an Hierl, „die Gliederungen des RAD mehr als bisher zur Arbeit in der Rüstungsindustrie unmittelbar zur Verfügung zu stellen"[159]. Am 1. Oktober wiederholte Keitel sein Ersuchen[160], und im November beantragte der Präsident des LAA Bayern, „Arbeitsmaiden" für dringende Arbeiten in zwei Münchener Unternehmen zur Verfügung zu stellen[161]. Hierl lehnte jedoch jeden rüstungswirtschaftlichen Einsatz des RADwJ mit Hinweis auf den steigenden Bedarf an „Arbeitsmaiden" bei der Ostsiedlung ab[162].

Die Weigerung des RAD, sich den zweckrationalen Erwägungen der Kriegswirtschaft unterzuordnen, wurde mit der Vorlage eines „Führererlasses" über den „Kriegshilfsdienst" (KHD) des RADwJ im Juni 1941 erneut deutlich. Der KHD sollte sechs Monate dauern und sich direkt an den Arbeitsdienst anschließen. Es war vorgesehen, die „Kriegshilfsdienstmaiden" in den Büros der Wehrmacht und bei Behörden, in Krankenhäusern und bei sozialen Einrichtungen sowie bei hilfsbedürftigen, insbesondere kinderreichen, Familien einzusetzen. Den Wunsch des WiRüAmts, die „Kriegshilfsdienstmaiden" auch in die Rüstungsbetriebe zu beordern, lehnte Hierl ab, obwohl auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums betonte, „daß durch die verlängerte Dienstzeit ... der Rüstungswirtschaft Mädchen in größerer Zahl verloren gehen würden". Der Reichsverkehrs- und der Reichspostminister erklärten, aus ihren Ressorts keine Mädchen an den KHD abgeben zu wollen[163]. In weiteren Stellungnahmen bezeichnete das WiRüAmt den KHD als „höchst unerwünscht", da bereits „auf Grund der Notdienstverordnung und der Kräftebedarfsverordnung Dienstverpflichtungen" bestünden. Darüber hinaus sei es untragbar, daß die „Kriegshilfsdienstmaiden" auch während ihres Dienstes bei Wehrmachtbehörden usw. der Aufsicht, Betreuung und Dienststrafgewalt des RAF unterstehen sollten[164]. Das Reichswirtschaftsministerium schlug vor, den Erlaß dahingehend zu ergänzen, daß „Arbeitsmaiden", die sich zur Rüstungsarbeit bereit erklärten, vom KHD befreit würden[165]. Diese Forderung wurde vom WiRüAmt unterstützt[166]. Da der Erlaß jedoch von Hitler bereits unterzeichnet worden war, ehe Hierl ihn im Mai vorgelegt hatte, war der Widerstand insgesamt gering. Am 29. Juli 1941 wurde der „Erlaß des Führers und Reichskanzlers

---

158 Ebenda, Handschriftliche Bemerkungen Keitels vom 14. 8. 1940 im Anschluß an die Vortragsnotiz Ritgens vom 13. 8. 1940.

159 Ebenda, Chef OKW am 20. 8. 1940 an RAF.

160 Ebenda, Chef OKW am 1. 10. 1940 an RAF.

161 Ursula von Gersdorff, a. a. O., Dok. 135, S. 321. Präsident des LAA Bayern am 28. 11. 1940 an Bezirksstelle XIII des RADwJ.

162 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217. RAF am 19. 12. 1940 an Chef OKW.

163 Ebenda, Rü IVd, Vermerk vom 24. 6. 1941 über eine Besprechung vom 23. 6. 1941 in der Reichskanzlei betr. Kriegshilfsdienst; BA Koblenz R 43 II/652. Vermerk der Reichskanzlei vom 24. 6. 1941 über dieselbe Besprechung.

164 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217. L VI (St), Stellungnahme vom 24. 6. 1941.

165 Ebenda, Reichswirtschaftsminister am 28. 6. 1941 an Reichsminister Dr. Lammers.

166 Ebenda, WiRüAmt am 2. 7. 1941 an Abteilung L im OKW.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über den weiteren Kriegseinsatz des RADwJ" veröffentlicht[167]; von Oktober 1941 an leisteten junge Frauen Kriegshilfsdienst[168].

Der Erlaß über den KHD sah auch die Erhöhung der Zahl der „Arbeitsmaiden" und des Stammpersonals im RADwJ auf 130000 Personen vor und kündigte eine weitere Steigerung auf 150000 an. Doch zunächst scheiterte selbst die Aufstockung auf 130000 „Maiden" und „Führerinnen". Das WiRüAmt regte nämlich am 16. August 1941 an, den KHD-Erlaß dahingehend zu ändern, daß auch die Ableistung des KHD in der Rüstungsindustrie möglich werde[169]. Drei Tage später beklagte sich die AEG darüber, daß durch den KHD-Erlaß Mädchen beim RADwJ festgehalten würden, welche die AEG dringend als technische Helferinnen benötige. Das Unternehmen forderte daher das Eingreifen des WiRüAmts, um die Freistellung von 150 Mädchen zu erreichen[170]. Daraufhin verlangte der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Dr. Todt, von Hierl die Freistellung jener Frauen von der KHD-Pflicht, die entweder vor der Einberufung zum RADwJ in Rüstungsbetrieben tätig gewesen waren oder bereits zum 1. Oktober 1941 einen Arbeitsvertrag mit einem Rüstungsunternehmen geschlossen hatten[171]. Hierl erklärte sich nun zwar bereit, die Ableistung des KHD auch in den Büros von Rüstungsbetrieben zuzulassen, verweigerte jedoch jegliche Freistellung von der KHD-Pflicht[172]. Auf einen abermaligen Vorstoß Todts und auf den dringenden Rat Görings hin, die Ableistung des KHD auch in der Rüstungsproduktion vorzusehen[173], sicherte Hierl schließlich die Freistellung jener „Arbeitsmaiden" von der KHD-Pflicht zu, die Rüstungsarbeiterinnen waren oder werden wollten, obwohl – wie er ausdrücklich hervorhob – sich dadurch die Verstärkung des RADwJ auf 130000 Frauen verzögern werde[174].

Den direkten Einsatz des RADwJ bzw. des KHD in der Rüstungsproduktion hatte Hierl damit wieder einmal verhindern können[175]. Die Erfordernisse der Kriegswirtschaft erwiesen sich jedoch bald als stärker: Im Dezember 1941 meldeten verschiedene Rüstungsinspektionen, „daß die kürzlich zum Einsatz gekommenen entlassenen Arbeitsmaiden nur in äußerst geringem Maße oder gar nicht der Wehrmacht-Fertigung zugute gekommen sind", sondern bei Verwaltungsbehörden untergekommen seien[176]. Anfang 1942 meldete das Reichsarbeitsministerium, daß den Berichten der

---

167 RGBl. 1941 I, S. 463.

168 Vgl. Frieda Sopp, a. a. O., S. 36; siehe auch BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217, Führerin des Bezirks IV des RADwJ am 26. 9. 1941 an OKW.

169 BA-MA Freiburg Wi/IF 5.1217. WiRüAmt/Rü (IV), Vortragsnotiz vom 16. 8. 1941.

170 Ebenda, AEG am 19. 8. 1941 an OKW/WiRüAmt.

171 Ebenda, Reichsmin. für Bewaffnung und Munition am 30. 8. 1941 an Reichsleitung des RAD.

172 Ebenda, Rü IV d, Vermerk vom 8. 9. 1941 über Besprechung beim Reichmin. für Bewaffnung und Munition mit Vertretern des RADwJ und des WiRüAmts.

173 Ebenda, Reichsmin. für Bewaffnung und Munition am 11. 9. 1941 an Reichsleitung des RAD; Göring am 19. 9. 1941 an Hierl.

174 Ebenda, RAF am 29. 9. 1941 an Bormann, Keitel, Todt und andere Reichsminister; RAF am 30. 9. 1941 an Göring.

175 Ebenda, Rü IVd, Vermerk vom 18. 10. 1941.

176 Ebenda, Ch H Rüst u BdE am 19. 12. 1941 an WiRüAmt.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landesarbeitsämter zufolge „die Notwendigkeiten des Arbeitseinsatzes, insbesondere hinsichtlich der Kriegswichtigkeit und Dringlichkeit ... in zahlreichen Fällen nicht ausreichend berücksichtigt worden" seien. Auch das Ziel, Männer „für den unmittelbaren Kriegseinsatz freizumachen", sei nicht erreicht worden[177]. Der Druck, den die Ministerialbürokratien, Wehrmachtdienststellen und Unternehmen auf den RADwJ ausübten, nahm zu. Der schärfste Angriff gegen den KHD kam aus der Vierjahresplanbehörde: Ein Vertreter dieser Institution kündigte während einer Besprechung am 26. Januar 1942 an, daß Göring Hitler die Auflösung des KHD vorschlagen wolle, „da der Kriegshilfsdienst arbeitseinsatzmäßig versagt habe"[178]. Die unmittelbare Gefahr für die Existenz des KHD (und damit auch des RADwJ) konnte der an der Besprechung beteiligte Vertreter des RAD noch einmal dadurch bannen, daß er eine wenige Tage zuvor geschlossene Vereinbarung zwischen dem RAD und Todt über die Bereitstellung von 25–30000 „Maiden" für die Rüstungsindustrie vorlegte[179]. Damit war zwar die akute Bedrohung abgewendet – aber nur um den Preis des Einsatzes der „Maiden" in der Rüstungsindustrie.

Die Agrarromantiker des RAD hatten bis dahin in nahezu allen Auseinandersetzungen obsiegt. Dieser erste wichtige Rückschlag aber bedeutete den Anfang vom Ende der Illusionen über eine mögliche Wiederherstellung der vorindustriellen bäuerlichen Welt. Im weiteren Verlauf des Krieges setzte sich die Entkleidung des RADwJ von seiner reaktionär-utopischen Ideologie fort, bis am Ende von der ursprünglichen Zielsetzung der Reichsarbeitsdiensterziehung nichts mehr übriggeblieben war: Im Winterhalbjahr 1942/43 stellte der KHD-Einsatz in der Rüstungsindustrie bereits die Regel, die Arbeit von „Kriegshilfsdienstmaiden" bei Behörden, in Krankenhäusern und Familien die Ausnahme dar[180], 1943 wurden selbst Hausgehilfinnen nicht mehr von der Ableistung der KHD-Pflicht und damit von der Rüstungsarbeit freigestellt[181]. Im selben Jahr begann auch der Einsatz von „Arbeitsmaiden" bei der Luftwaffe[182]. Im Herbst 1944 forderte schließlich sogar Hierl den verstärkten Einsatz des RADwJ für die Kriegsindustrie und in der Wehrmacht[183].

Die Organisation als solche hatte den Konflikt zwischen Ideologie und Ökonomie

---

177 Ebenda, RAM am 7. 1. 1942 an Göring; Beauftragter für den Vierjahresplan am 20. 1. 1942 an RAF.

178 Ebenda, Rü IVd, Vermerk vom 26. 1. 1942.

179 Ebenda, Reichsmin. für Bewaffnung und Munition am 22. 1. 1942 an die Wehrkreisbeauftragten.

180 Ebenda, Reichsmin. für Bewaffnung und Munition am 26. 8. 1942 an die Wehrkreisbeauftragten.

181 Vgl. RABl. 1943, S. I 575.

182 BA Koblenz R 43 II/652a. Bormann am 31. 7. 1943 an Lammers; Ursula von Gersdorff, a. a. O., Dok. 190, S. 397f. Rundschreiben Bormanns vom 3. 8. 1943; ebenda, Dok. 194, S. 400ff. Einsatzbefehl des RAF vom 12. 8. 1943; ebenda, Dok. 217, S. 439f. Reichsfinanzminister, Vermerk über Besprechung am 18. 8. 1944.

183 Vgl. BA Koblenz R 18/3544, insbesondere: Endgültiger Entwurf eines Führererlasses über den Wehrhilfsdienst der weiblichen Jugend auf Grund einer Vereinbarung von Chef OKW und RAF im Oktober 1944; RAF am 14. 11. 1944 an Leiter der Partei-Kanzlei u. a.; RAF am 28. 11. 1944 an GBV. Zum Einsatz des RADwJ in den Jahren 1943–45 sowie zum Wehrmachthelferinnenkorps usw. vgl. Ursula von Gersdorff, a. a. O., S. 68ff.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überstanden: sie war jedoch nicht wiederzuerkennen. Die Erziehung junger Frauen zur sparsamen Hausfrau und kinderreichen Mutter, zu Ländlichkeit, Brauchtum und Innerlichkeit war nicht mit den wachsenden Bedürfnissen einer – noch dazu im Kriege stehenden – industriellen Gesellschaft und der damit sich verändernden Stellung der Frau im und zum gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß zu vereinbaren. Die Rekonstitution einer als Idylle vorgestellten vorindustriellen Welt fand nicht statt. Die vom RAD so zäh verteidigte nationalsozialistische Ideologie unterlag der Wirklichkeit der nationalsozialistischen Herrschaft.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

NICHOLAS REYNOLDS

DER FRITSCH-BRIEF VOM 11. DEZEMBER 1938

In Sir John Wheeler-Bennetts „The Nemesis of Power" ist von dem „Geheimnis" die Rede, das den Briefwechsel zwischen Generaloberst Werner Freiherr v. Fritsch, von 1935 bis Februar 1938 Oberbefehlshaber des Heeres, und der Baronin Schutzbar-Milchling umgebe, vor allem einen kontroversen Brief vom 11. Dezember 1938, in dem Fritsch noch nach seinem Sturz durch eine nationalsozialistische Intrige große Sympathien für „die Schwierigkeiten" bekundet habe, denen Hitler bei seinen „Schlachten" gegen die Juden, die Katholische Kirche und die Arbeiterschaft begegnet sei[1]. Sir John, der während der Kriegsverbrecherprozesse selbst in Nürnberg war, schildert die Geschichte des bewußten Briefes: Wie der amerikanische Anklagevertreter Jackson am 21. November 1945 in der Verhandlung vor dem Internationalen Militärgerichtshof eine Übersetzung zitierte, wie die Übersetzung dann die Dokumentennummer PS-1947 erhielt, aber nicht zu den Beweismitteln genommen wurde, wie Baronin Schutzbar ein Affidavit unterzeichnete, in dem sie erklärte, den Brief nie erhalten zu haben. Mit diesem Affidavit in der Hand stellte Dr. Hans Laternser, Verteidiger von Generalstab und OKH, den Antrag, die auf den Brief gestützten Bemerkungen Jacksons aus dem Protokoll zu streichen. Obwohl niemand das Original des Briefes beschaffen konnte, lehnte das Gericht Dr. Laternsers Antrag ab. Der Vorsitzende, Lordrichter Lawrence, entschied jedoch, das Gericht werde von dem Dokument, da es nicht als Beweismittel vorgelegt worden sei, keine Notiz nehmen[2]. Infolgedessen erscheint das Dokument PS-1947 nicht in der amtlichen Veröffentlichung der Materialien des Hauptkriegsverbrecherprozesses, wenn es auch auszugsweise in „Nazi Conspiracy and Aggression" abgedruckt ist[3].

Die juristische Spitzfindigkeit des Gerichts – und die Frage, ob der Brief tatsächlich existiert – beschäftigt die Historiker der deutschen Armee und die aus den Reihen der

---

[1] John W. Wheeler-Bennett, The Nemesis of Power. The German Army in Politics 1918–1945, New York 1969, S. 380.

[2] Ebenda, S. 380f. Telford Taylor, der in Nürnberg zur amerikanischen Anklagevertretung gehörte, erzählt weitgehend die gleiche Geschichte. Er fügt nur hinzu, daß die Baronin die Briefe nach Kriegsende den amerikanischen Militärbehörden übergeben habe und daß Angehörige des Office of Strategic Services im Juli 1945 eine Übersetzung des Schreibens vom 11. 12. 1938 zur Kenntnis der Juristen gebracht hätten. Schon einige Wochen später seien Bemühungen, das Original zu finden, vergeblich geblieben. Vgl. T. Taylor, Sword and Swastika, Chicago 1969, S. 325f. Vgl. ferner Robert Wolfe (Hrsg.), Captured German and Related Records. A National Archives Conference, Athens, Ohio, 1974, S. 96, und die Hinweise in Anm. 3.

[3] Internationaler Militärgerichtshof, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Nürnberg 1947–49, Bd. 21, S. 420f., und Government Printing Office, Nazi Conspiracy and Aggression, Washington 1946, Vol. 4, S. 585. Jacksons Bemerkungen in IMG, Bd. 2, S. 132.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Armee stammenden Memoirenschreiber nun seit drei Jahrzehnten. Da Beweismaterial fehlte, wurde die Debatte oft mehr mit Emotionen als mit Argumenten bestritten. Baronin Schutzbar sprach für viele konservative Deutsche und Überlebende der Widerstandsbewegung, als sie erklärte, die in dem Brief formulierten Empfindungen seien Fritsch völlig fremd gewesen[4]; andere wiederum behaupteten das genaue Gegenteil[5]. Nach einer Theorie war das Original verlorengegangen oder gestohlen worden, nach einer anderen Theorie handelte es sich bei dem Brief um eine Fälschung[6].

Jetzt steht fest, daß der Brief keine Fälschung ist und nur in den Nachkriegswirren untergegangen war[7]. In den Jahren 1972 und 1973 arbeitete der Hrsg. die vielen Papiere durch, die Sir John im St. Antony's College in Oxford deponiert hatte. Dort entdeckte er, zu seiner großen Überraschung, die Originale der Fritsch-Briefe, einschließlich des Briefs vom 11. Dezember 1938[8]. Als er Sir John fragte, wie die Briefe in die Kollektion gekommen seien, hat Sir John, mit seinem charmanten Lächeln, einfach geantwortet: „Oh, sind sie da?"

---

[4] Harold Deutsch, Hitler and his Generals, Minneapolis 1974, S. 28f.

[5] Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969, S. 82f.

[6] Deutsch, a. a. O., S. 29.

[7] Sir John gab zu verstehen, daß ihn seine Beziehungen zu Beamten des Foreign Office zu dem Brief führten (Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 380). Es ist aber auch möglich, daß das Original nie nach Nürnberg gegangen, sondern in den Händen der Nachrichtendienste geblieben war, von wo aus es dann den Weg nach London fand.

[8] Abgesehen von dem Brief vom 11. 12. 1938, ist in der Korrespondenz Fritsch-Schutzbar wenig historisch Belangvolles zu finden. Die ganze Sammlung wird künftig von Modern Military Branch, National Archives, Washington, D. C., betreut und dort zugänglich sein.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Achterberg, 11. 12. 38

Ich verstehe, liebe Bernie!

Herzlichen Dank für Ihren lieben Brief. Ich bin froh, daß Sie Ihre Arbeits-Angelegenheiten in Ordnung sind. Es ist immer schwierig, wenn man heimatlos leben muß, ohne helfen zu können. Aber vielleicht hat das Schicksal doch inzwischen geholfen, denn hier ist es seit 2 Tagen klar, gehen Sie

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitten hinein Fritsch.

Wie geht es unbemerkt leidlich. Ich mich täglich mehrere Stunden allein umsehe. Das ist die beste Medizin, auch um sich abzusehen und um Ruhe zu gewinnen. In der letzten Zeit war auch viel Besuch hier. Es ist eigentlich merkwürdig, daß so viele Menschen trotz der sich überschneidenden gegenseitigen Befehlen des Führers in diesem letzten Jahr mit ungeheuerem Vertrauen in die Zukunft sehen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ihnen von Wiegands Brief hat mich sehr
interessiert. Ich sah ihn wieder Ausfüge-
Leidne muß ich fürchten, daß er nicht hat,
wenn er an Ihn persönlichen Gruß,
Ihr einen großen Teil der Arbeit zu-
gute nicht mehr, geschrieben hat.
Bald nach Ihrem Kommen kann ich zur Arbeit,
Ich 3 Schlachten hingewiß zu schlagen
heim, wenn Deutschland wieder mäch-
tig werden sollte.
1. Die Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit,

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hin hat Hitler hinzwischengeschlungen.
2. gegen die katholische Kirche, besonders gerichtet gegen den Ultramontanismus u.s.
3. gegen die Juden. In diesen Kämpfen stehen wir noch mitten drin. Und der Kampf gegen die Juden ist der schwerste. Geschichtlich ist nun sich über die Schwierigkeiten dieses Kampfes überhaupt klar.

Beck habe ich heut dem Führer nicht mehr gesehen. Er will aber Anfang der Woche für einige Tage hierher kommen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ich hoffe, daß Ihre Anschauung mit Ihrem Bruder Meissner eine vollständige gewesen ist u. ich bedauere zugleich, daß ich Ihre Anlaß zu dieser Entfernung war. Aber es war Ihr notwendig klar zu zeigen, daß ich nicht gewillt bin, Verleumdungen über mich zu dulden.

Ihr Umzug nach Berlin wird wahrscheinlich in Ihre 2. Zimmer-Frage vor sich gehen. Ihr Haus Albertinenstraße 16 soll bis Ostern fertig sein. Sie wissen

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beziehung bleibe ich viel lieber hier.
Nun was soll ich in Berlin. Leute,
die noch im Leben stehen, sehe ich wi-
rklich auch hier, wenn ich Kommandeur
des Korps ohne Beaufsichtigung bist ihm
keine Zeit, sich mit Ihm auf die Partei
linzen Gebiebrennen zu beschäftigen.
Bleibt also übrig, daß ich den Kreis der
Mitteme um einmal erweitern.
Für Weihnachten werde ich kurz nach
Cassel fahren. Ich wünsche Ihnen, liebe Fa-

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein, am Herzen wünschen, daß der Un-
fieden Ihres Vaters sich so bessert, daß Sie
während der Weihnachtstage keine Sor-
gen zu haben brauchen. Ich bin immer
froh, wenn Ihre Augen wieder sind. Es
ist nicht nur die schlechte u. dunkle
Zeit im Jahr, seit Dem Kriege nur
Sie sie hat immer noch durch un-
wahrscheinliche Ereignisse verschärft. Ohne
Angst brauchen Sie nicht um mich zu sor-
gen. Ich hoffe noch, daß wir uns gesun-

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gentlich wieder besser. Ich glaube allerdings nicht, daß es vor dem Anzug nach Berlin möglich sein wird. Dann hoffe ich Ihnen bald einmal das nun Gute zugute zu können. Ich bin selbst gespannt, wie es werden wird. Dringlich vom Generalstabschef wurde ich, um die Angelegenheiten u. Grundsätzen zu bereden. Ich hatte gleichzeitig meinen Adjutantenchef, Obl. Kurau, hinbestellt. Sie wissen viel besser als ich über das Geschehen, was ich

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Gnadinnen net. hebe. Luidne schlugt sie
sie Schiffen stets in einem ungeheuren
Kindschorrell um sich zu geben. Aber das
ist unsichtbar so, ja gleichgültigne Din
dinge sind, die Sinne zu Schmeichelhat,
um so mehr wert und Ansehen. Um nicht
aber auch in Die Kirchgoein Dieser Leute
einmengiert zu werden, will ich lie-
ber hier Leute schließen.

Mit den besten Wünschen für Ihre

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ihnen Ihrer und herzlichen Grüßen
Sie Ihr Ihr Ihnen mitgeben

Fritsch.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abschrift

Achterberg, 11. 12. 38

Sehr verehrte, liebe Baronin!
Herzlichen Dank für Ihre beiden Briefe. Sehr leid tut mir, daß Sie Ihres Vaters wegen so in Sorge sind. Es ist immer schrecklich, wenn man Jemanden leiden sieht, ohne helfen zu können. Aber vielleicht hat das Wetter doch inzwischen geholfen, denn hier ist es seit 2 Tagen klar, gestern bis Mittag strenger Frost.

Mir geht es unberufen leidlich. Ich reite täglich mehrere Stunden allein umher. Das ist die beste Medizin, auch um sich abzusetzen und um Ruhe zu gewinnen. In der letzten Zeit war auch viel Besuch hier. Es ist eigentlich merkwürdig, daß so viele Menschen trotz der doch unbestreitbaren gewaltigen Erfolge des Führers in diesem letzten Jahr mit wachsender Sorge in die Zukunft sehen. Herrn von Wiegands Brief hat mich sehr interessiert. Ich darf ihn wieder beifügen. Leider muß ich fürchten, daß er recht hat, wenn er von dem gewaltigen Haß, der einen großen Teil der Welt gegen uns erfüllt, geschrieben hat.

Bald nach dem Kriege kam ich zur Ansicht, daß 3 Schlachten siegreich zu schlagen seien, wenn Deutschland wieder mächtig werden sollte. 1. die Schlacht gegen die Arbeiterschaft, sie hat Hitler siegreich geschlagen. 2. gegen die katholische Kirche, besser gesagt gegen den Ultramontanismus u. 3. gegen die Juden. In diesen Kämpfen stehen wir noch mitten drin. Und der Kampf gegen die Juden ist der schwerste. Hoffentlich ist man sich über die Schwere dieses Kampfes überall klar.

Beck habe ich seit dem Sommer nicht mehr gesehen. Er will aber Ende der Woche für einige Tage hierher kommen.

Ich hoffe, daß Ihre Aussöhnung mit dem Hause Meißner eine vollständige gewesen ist u. ich bedauere zugleich, daß ich der Anlaß zu dieser Entfremdung war. Aber es war doch notwendig klar zu zeigen, daß ich nicht gewillt bin, Klatschereien über mich zu dulden.

Der Umzug nach Berlin wird voraussichtlich in der 2. Januar-Hälfte vor sich gehen. Das Haus Albertinenstraße 16 soll bis dahin fertig sein. In mancher Beziehung bliebe ich viel lieber hier. Denn was soll ich in Berlin. Leute, die noch im Leben stehen, also in einem Beruf sind, werde ich kaum sehen. Das Tempo ihrer Berufsführung läßt ihnen keine Zeit, sich mit dem auf der Strecke liegen Gebliebenen zu beschäftigen. Bleibt also übrig, daß ich den Kreis der Meckerer um eine Person vergrößere.

Für Weihnachten werde ich kurz nach Cassel fahren. Ich möchte Ihnen, liebe Baronin, von Herzen wünschen, daß das Befinden Ihres Vaters sich so bessert, daß Sie während der Weihnachtstage keine Sorgen zu haben brauchen. Ich bin immer froh, wenn diese Tage vorüber sind. Es ist nicht nur die schlechteste und dunkelste Zeit im Jahr, seit dem Kriege wurde sie fast immer nur noch durch unerfreuliche Ereignisse verschönt. Aber Angst brauchen Sie nicht um mich zu haben. Ich hoffe auch, daß wir uns gelegentlich wieder treffen. Ich glaube allerdings nicht, daß es vor dem Umzug

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Berlin möglich sein wird. Dann hoffe ich Ihnen bald einmal das neue Haus zeigen zu können. Ich bin selbst gespannt, wie es werden wird. Kürzlich war Großkreutz wieder da, um die Tapeten u. Gardinenfrage zu bereden. Ich hatte gleichzeitig meine Wirtschafterin, Frl. Kunau, hinbestellt. Sie weiß viel besser als ich über das Bescheid, was ich an Gardinen ect. [sic!] habe. Leider pflegt sie ihr Wissen stets in einem ungeheuren Redeschwall von sich zu geben. Aber das ist meistens so, je gleichgültiger die Dinge sind, die Einer zu behandeln hat, um so mehr redet er darüber. Um nicht aber auch in die Kategorie dieser Leute einrangiert zu werden, will ich lieber für heute schließen.

Mit den besten Wünschen für Ihren Herrn Vater und herzlichen Grüßen Ihr stets treu ergebener

Fritsch.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

FRIEDRICH BAERWALD

ZUR POLITISCHEN TÄTIGKEIT DEUTSCHER EMIGRANTEN IM COUNCIL FOR A DEMOCRATIC GERMANY

Um die hier abgedruckten Dokumente zu erklären, muß zunächst der Council for a Democratic Germany und seine politische Umwelt 1944/45 geschildert werden. Im Gegensatz zu dem schon vorliegenden Bericht von Paetel[1] handelt es sich um einen Teilnehmerbericht. Der Verfasser gehörte in den Jahren 1944/45 dem engeren Kreis des Council an und leitete ihn im Sommer 1945 als Vertreter des Vorsitzenden, dem in den Vereinigten Staaten und in Europa sehr bekannten protestantischen Theologen Paul Tillich.

Präsident Roosevelt war darauf bedacht, die Fehler zu vermeiden, die Präsident Woodrow Wilson während und nach dem Ersten Weltkrieg in der amerikanischen Innenpolitik begangen hatte. So bildete er eine Koalitionsregierung, der solch prominente Republikaner wie Stimson, der schon unter Hoover Kriegsminister gewesen war, angehörten[2]. Vor dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor am 6. Dezember 1941 war das amerikanische Volk in seiner Einstellung tief gespalten. Im Wahlkampf 1940, seinem dritten, hatte Roosevelt, wie 1964 in einer ähnlichen Situation Präsident Johnson, versprochen, keine „amerikanischen Boys" auf Kriegsschauplätze zu schikken. Er wollte vor allen Dingen England nur durch Waffenlieferungen aufgrund der „Pacht- und Leihverträge" unterstützen. Nachdem Amerika in den Krieg eingetreten war, gelang es schließlich Roosevelt, einen Hauptvertreter der „Isolationisten", den angesehenen Senator Vandenberg aus Michigan, von der Richtigkeit seiner internationalen Politik zu überzeugen und ihn für die Befürwortung des Eintritts der Vereinigten Staaten in einen neuen Völkerbund, jetzt Vereinte Nationen genannt, zu gewinnen.

Um diese Politik der Nationalen Einheit hieb- und stichfest zu machen, wurde ein Feindbild gemalt, in dem das NS-System gleichsam als die logische Kulmination der preußisch-deutschen Geschichte erschien, als, in grober Vereinfachung und mit wesentlichen Weglassungen, ein Ausfluß lange erkennbarer kollektiver Charaktereigen-

---

[1] Über diesen Council hat schon K. O. Paetel in den VfZ berichtet: 4 (1956), S. 286ff. Paetel gehörte nur dem Förderkreis deutscher politischer Emigranten an, nahm aber an den Sitzungen des Council nicht teil. Seine damalige Beurteilung des Wertes des Council muß deshalb als Außenseitermeinung gewertet werden.

[2] Von daher kannte wohl auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning Stimson. Brüning war mit ihm in Verbindung. Aber man darf den Einfluß Stimsons in der Rooseveltschen Regierung nicht überschätzen. Dem Council gehörte Brüning nicht an, obwohl er nach seinem früheren Amt der prominenteste politische Emigrant in den USA war. Bei einer Besprechung, die der Verfasser mit Dr. George Shuster, Präsident des Hunter College in New York, hatte, wurde das Beiseitestehen Brünings auch mit Rücksicht auf seine noch in Münster lebende Schwester gerechtfertigt.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaften des deutschen Volkes. Zu diesem Feindbild gehörte auch die Behauptung, daß es weder in Deutschland selbst noch außerhalb eine wirksame deutsche Opposition gegen Hitler gebe. Daran änderten auch die Ereignisse des 20. Juli 1944 nichts. Gleichzeitig mit diesem verzeichneten Feindbild wurde ein ebenso falsches Freundbild der UdSSR propagiert. Daß dies nur zum Zwecke der psychologischen Kriegführung geschah, erwies sich dann bald nach dem Zweiten Weltkrieg.

Daß verfolgte Juden sich gegen Hitler wandten, wurde als selbstverständlich hingenommen, aber als politisch irrelevant behandelt. Andere deutsche Oppositionelle wurden in den amerikanischen Denkregelungen der Kriegszeit entweder den Kommunisten zugeordnet oder als deutsche Nationalisten abgewertet. Es gab damals den Begriff der verfrühten Opposition zum Faschismus (premature opposition to fascism). Eine solche Haltung galt als Ausschließungsgrund für die Beschäftigung in Behörden der künftigen Besatzungsmacht. Allerdings waren Angehörige der amerikanischen Streitkräfte von diesem Ausscbließungsgrund nicht betroffen.

Schon am 2. Dezember 1942 sagte auch der englische Außenminister Anthony Eden im Unterhaus, daß es „reiner Wahnsinn wäre, mit einer Nicht-Naziregierung zu verhandeln und sich sozusagen dem Glück anzuvertrauen". Auf der Casablanca-Konferenz (14.–21. Januar 1943) fand diese politische Einstellung ihren Ausdruck in der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation. Hierbei muß man berücksichtigen, daß die Amerikaner nur wiederholten, was sie 1865 bei Beendigung ihres Bürgerkrieges im eigenen Lande gegenüber den „Rebellen" praktiziert hatten.

Mit wenigen Ausnahmen folgte die amerikanische Publizistik während des Zweiten Weltkrieges diesen politischen Kurzzielen der amerikanischen Regierung. Im April 1943 veröffentlichte der amerikanische Journalist Kingsbury Smith im „American Mercury" einen ausführlichen Bericht über die Nachkriegspläne amerikanischer Behörden für Deutschland. Danach sollten Amerikaner nicht allein eine Militärverwaltung einrichten, sondern auch zivile Funktionen übernehmen, selbst wenn dies zum Auseinanderbrechen des Landes führen würde[3]. Die Weigerung der Alliierten, mit deutschen Gegnern des Nationalsozialismus, gleich welcher Richtung, irgend etwas zu tun zu haben, entsprang den allgemeinen Richtlinien der amerikanischen Kriegspolitik. Der von Karin Schäfer-Kretzler[4] benutzte Ausdruck, der Council for a Democratic Germany sei „von amerikanischen Stellen nicht ernst genommen" worden, ist keine Anklage gegen diesen Council, sondern nur ein Ausfluß der amerikanischen Politik jener Zeit.

Die Ereignisse nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht zeigten bald, daß

[3] Nach F. Baerwald, Peace and Politics, in: Fordham University Quarterly, Juni 1943. Englischer Wortlaut der Ausführungen Edens: „It would be sheer folly to let some non-Nazi German Government be set-up and then so to speak trust to luck." Selbstverständlich traf dies auch auf den Kreisauer Kreis zu. Gegen die SPD bestanden in den USA während des Krieges noch Bedenken wegen ihres angeblichen marxistischen Ursprungs.

[4] Paul Tillich, Ergänzungs- und Nachlaßbände zu den Gesammelten Werken von Paul Tillich, Bd. III, An meine deutschen Freunde. Die politischen Reden Paul Tillichs während des Zweiten Weltkrieges über die „Stimme Amerikas", Evangelisches Verlagswerk 1973.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die schon 1942 und 1943 ausgearbeitete Besatzungspolitik zunächst fast genauso durchgeführt wurde, wie sie damals angekündigt gewesen war. Schon vor Ende der Feindseligkeiten war im April 1945 eine Anordnung des amerikanischen Oberkommandos, der „Joint Chiefs of Staff (JCS)", ergangen, in der festgelegt wurde, daß die Deutschen als Besiegte zu behandeln seien und daß es den Soldaten verboten werde, sich mit Deutschen zu „verbrüdern" (non-fraternisation policy), während die Österreicher als befreite Nation gelten sollten. Die Politik, keine Regierung der ehemaligen deutschen Feindmacht zu dulden, wurde weder auf Japan noch auf Italien oder Österreich[5] angewandt.

Am 25. Mai 1945 hatte der Verfasser eine Unterredung mit Mr. J. W. Riddleberger, damals Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im State Department. Im Verlaufe der Unterredung wurde kritisch bemerkt, daß die Vereinigten Staaten sich anscheinend nur darum bemühten, im Westen Deutschlands für die Ausschaltung kommunistischer Einflüsse zu sorgen. Riddleberger erklärte hierauf, daß „ganz Deutschland für die USA zu groß" sei und daß daher eine Verantwortlichkeit nur für die westlichen Gebiete übernommen werde. Dies also erhebliche Zeit vor den Potsdamer Entscheidungen.

Im Mai 1944 trat nach langen Vorbesprechungen der Council an die Öffentlichkeit. Seine erste Erklärung wurde von zwei verschiedenen Gruppen unterschrieben: von den aktiven Mitgliedern, zu denen der Berichterstatter zählte, und von anderen Emigranten, die, ohne Mitglieder zu sein, ihre Zustimmung zu den Zielen des Council kundgaben. Hierzu gehörten auch K. O. Paetel, Bert Brecht, Ernst Bloch und viele andere. Im Vorwort zum Ergänzungsband III der gesammelten Werke von Paul Tillich schreibt Karin Schäfer-Kretzler[6]: „Eine halbwegs handlungsfähige, geschweige denn einheitliche Institution wurde der Council nicht. Von amerikanischen Stellen nicht ernst genommen, zerbrach der Council nach der Krim-Konferenz." Dies ist objektiv falsch. Der Council bestand bis zum Herbst 1945, wie aus den hier vorgelegten Dokumenten klar hervorgeht. Er hörte dann auf zu bestehen, als Kommunisten und „parteilose" Mitglieder eine öffentliche Kritik an den Potsdamer Beschlüssen durch den Council verhinderten. Der Ausdruck „einheitliche Institution" ist irreführend. Der Council war eine Koalition, keine Volksfront. Vor Potsdam waren die Kommunisten und „Parteilosen" erstaunlich kompromißbereit in der Ausarbeitung zahlreicher Entwürfe für den Wiederaufbau des deutschen Staates, insbesondere der deutschen Wirtschaft und des Erziehungswesens, um nur diese Ziele zu erwähnen.

Der Herausgeberin der Tillich-Reden fiel anscheinend auch nicht auf, daß die letzte Funkansprache Tillichs am 9. Mai 1944 gehalten wurde, also noch vor der Invasion der Alliierten in Frankreich. Im Mai 1944 aber trat der Council mit seiner ersten Erklärung an die Öffentlichkeit. Weitere Nachforschungen wären angezeigt, ob die

---

[5] Im Gegensatz zu den Deutschen, die sich auch im Ausland nicht einigen konnten, gelang es den Österreichern, den Amerikanern einzureden, daß sie im Gegensatz zu „Preußen-Deutschland" immer „demokratisch" gewesen seien.

[6] Siehe Anmerkung 4.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beendigung der Rundfunktätigkeit Tillichs, wodurch er an der psychologischen Kriegführung der Alliierten teilnahm, und der Beginn der öffentlichen Tätigkeit des Council in einem Zusammenhang standen.

Tillich selbst hat sich später nur noch wenig über seine führende Tätigkeit im Council ausgelassen. Er blieb in den Vereinigten Staaten und besuchte von dort aus mehrmals die Bundesrepublik. Wohl im Hinblick auf den radikalen Stimmungswechsel gegenüber der Sowjetunion, der schon in den 40er Jahren einsetzte, hat Tillich später seine Rolle heruntergespielt. In einem biographischen Abriß hat er sich folgendermaßen geäußert[7]: „Ein dritter Kontakt mit der alten Welt erwuchs mir durch meine Verbindung mit dem Council for a Democratic Germany. Lange bevor die Ost-West-Spaltung zur weltbewegenden Wirklichkeit geworden war, war sie mit ihren tragischen Folgen schon spürbar."

Dabei hatte er in zwei langen Briefen[8] an den Verfasser im Spätsommer 1945 erklärt, daß ein Protest gegen die Potsdamer Beschlüsse durch den Council notwendig sei. Er entwarf auch eine entsprechende Entschließung[9]. Die Kommunisten verzögerten und verhinderten schließlich die Veröffentlichung einer Kritik der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 durch den Council. Der Verfasser erklärte darauf seinen Austritt. Andere erklärten sich damit solidarisch. Der Council hörte auf zu bestehen.

Neben dem Council, der aus deutschen politischen Emigranten bestand, gab es noch die American Association for a Democratic Germany. In ihr waren gebürtige Amerikaner vereinigt. Unter ihnen befanden sich bekannte amerikanische Theologen wie Reinhold Niebuhr, die damals prominente Journalistin Dorothy Thompson und viele andere. Die Sekretärin dieser Organisation war die Amerikanerin Enne Caples. Ihr Mann, der auch von Paetel erwähnte Paul Hagen, war Leiter der Forschungsstelle dieser Association, eine Tochter aus erster Ehe Hagens, Vera Franke, wurde als Assistentin aufgeführt.

Die „Association" nutzte die Methoden der amerikanischen Öffentlichkeitsarbeit voll aus. Sie veranstaltete Essen, nach denen bekannte Redner sprachen. Durch diese Methode wurde die Finanzierung der laufenden Arbeiten gewährleistet. Diese amerikanische Vereinigung bestand noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg weiter. Vor ihr sprach beispielsweise der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter. Sekretärin des Council war Frau Elisabeth Hopmann, die schon in den 20er Jahren mit Berthold Brecht zusammengearbeitet hat.

Die Äußerungen von Tillich, Paetel und Karin Schäfer-Kretzler sind retrospektiv. Es ist nicht auszuschließen, daß hierbei auch die Stimmung des Kalten Krieges sich auswirkte, in der jede Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Vergangenheit als äußerst bedenklich angesehen wurde.

Der Council faßte sich zu keinem Zeitpunkt als Exilregierung auf. Dies wurde schon in seiner ersten Erklärung im Mai 1944 klar zum Ausdruck gebracht. Der

[7] Paul Tillich, Begegnungen, Gesammelte Werke Bd. XII, Stuttgart 1971.
[8] Siehe Dokumente I und II. [9] Siehe Dokument III.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verfasser dieses Berichtes wurde damals gebeten, bei einer Pressekonferenz im New Yorker Hotel Roosevelt als Sprecher des Council zu wirken. Einer der Journalisten fragte, ob diese Gruppe eine Exilregierung sei. Dies wurde ausdrücklich verneint.

Der Council umfaßte Mitglieder, die etwa von der ehemaligen Deutschen Volkspartei, der zum Beispiel der von Tillich erwähnte Dr. Hausmann angehört hatte, über Sozialdemokraten bis zu Kommunisten und ihren „parteilosen Mitläufern" reichten. Unter den Kommunisten befand sich Albert Norden, der später in der DDR in die Führungsgremien aufstieg. Der Sprecher der Kommunisten im Council war jedoch Albert H. Schreiner (1918 „Kriegsminister" in Württemberg). Daß Gerhard Eisler, ebenfalls später in der DDR weithin sichtbar tätig, der Vorgesetzte dieser im Council aktiven Kommunisten war, blieb nicht unbekannt. Als offizieller Chef der Kommunisten im Westen fungierte Paul Merker[10], der von Mexiko aus operierte. Links von der SPD stand auch Jakob Walcher, der die Splittergruppe „Sozialistische Arbeiterpartei" (SAP) vertrat. Etwa in dieser Richtung war ferner Paul Hagen angesiedelt, der eigentlich Karl Frank hieß. Gelegentlich erwähnte er die Gruppe „Neu Beginnen". Unter den SPD-Mitgliedern des Council befanden sich bekannte ehemalige Reichstagsabgeordnete, die auch im März 1933 gewählt worden waren, z. B. S. Aufhäuser und Paul Hertz. Beide kehrten nach Deutschland zurück, wo Paul Hertz als Finanzsenator in West-Berlin wirkte und Aufhäuser in der Angestelltengewerkschaft. Zwei evangelische Pastoren, Forell und Müller, waren ebenfalls Mitglieder des Council.

Der Verfasser galt als Hauptvertreter der Katholiken. Er war einige Jahre im Rahmen der Deutschen Zentrumspartei tätig gewesen. 1925 kam er nach Berlin, und zwar als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Mitgliedes des Deutschen Reichstages Prof. Dr. Friedrich Dessauer. Bald nach seinem Assessorenexamen im Januar 1926 trat er in das Arbeitsministerium ein. Schon 1924 hatte er aber eine zunächst freie Mitarbeitertätigkeit bei der Rhein-Mainischen Volkszeitung in Frankfurt begonnen, die er später in Dortmund bei der Tremonia fortsetzte. Die Bekanntschaft mit Tillich kam im Jahre 1937 zustande. Anfang 1944 bat Tillich den Verfasser zu einer Besprechung, die in Tillichs Dienstzimmer am Oberen Broadway in New York stattfand. Er fragte, ob der Verfasser geneigt sei, einem zu gründenden Council for a Democratic Germany beizutreten, obwohl auch einige Kommunisten Mitglieder werden sollten.

Der Verfasser sagte zu, weil damals das von Moskau vorgeschobene „Nationalkomitee Freies Deutschland" viel von sich reden machte und in der amerikanischen Öffentlichkeit beachtet wurde. Meiner Ansicht nach galt es, diesem Komitee im Westen etwas entgegenzustellen. Hierzu war auch die Anwesenheit einiger Kommunisten in dem zu errichtenden Council notwendig. Dies schien dem Verfasser auch deshalb erforderlich, um festzustellen, welche Pläne die Kommunisten für ein Deutschland nach dem sichtbar herannahenden Ende des NS-Regimes hatten.

Heute würde man sagen, daß der Council eine Alternative darstellen sollte. Hierbei spielte die Nichtanerkennung der angeblich nicht existierenden deutschen Oppositionskräfte eine erhebliche Rolle. Es sollte gezeigt werden, daß es sowohl in Deutsch-

[10] Siehe Wolfgang Kiessling, Alemania Libre in Mexiko, Berlin 1975.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land wie außerhalb seiner Grenzen Deutsche gab, die eine demokratische Wiedergeburt einleiten konnten. Kommunisten waren ja zunächst auch in den Regierungen von De Gaulle und De Gasperi vertreten. Die Auflösung des Council ging dem Ausscheiden der Kommunisten aus westeuropäischen Regierungen weit voraus. Aber schon im April 1945 veröffentlichte der Council ein Notstandsprogramm für Deutschland und versuchte damit zu beweisen, daß ein solches auf breiter politischer Grundlage erarbeitet worden war[11].

Am 20. September 1945 fand eine Vollsitzung des Council statt, nachdem Tillich von seinem Sommeraufenthalt zurückgekehrt war. Entgegen der sonstigen Praxis las der Verfasser auf dieser Sitzung eine von ihm vorher ausgearbeitete kritische Erklärung vor[12], um einen dokumentarischen Beweis dafür zu haben, was er bei dieser Gelegenheit tatsächlich gesagt hatte. Es zeigte sich aber, daß eine gemeinsame kritische Erklärung des Council nicht mehr zustande kommen würde. Eine letzte Sitzung fand am 15. Oktober 1945 statt. Die Kommunisten und ihre „parteilosen" Mitläufer verharrten auf ihrem negativen Standpunkt.

Hermann Budzislawski, der einige Zeit hindurch die Zeitschrift „Neue Weltbühne" herausgegeben hat, äußerte, daß für Leute mit meiner Einstellung kein Platz im neuen Deutschland sei (er selbst wurde später Professor für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig). Dies wäre gelassen hinzunehmen gewesen. Aber auch Tillich erwähnte gar nicht mehr die noch in seinem Entschließungsentwurf[13] enthaltene Verurteilung der Potsdamer Beschlüsse. Es war dem Verfasser sofort klar, daß der Council nun in eine von Kommunisten beherrschte „antifaschistische" Gruppe verwandelt werden sollte. Daß er so etwas nicht mitmachen könne, war für den Verfasser selbstverständlich. Er erklärte seinen Austritt mündlich und bestätigte dies am nächsten Tag schriftlich.

Die Nachkriegsgeschichte ist den Weichenstellungen über Deutschlands Ostgrenzen, die schon im Jahre 1944 bekanntgeworden waren, gefolgt. Bereits im August 1944 hatte Stalin einer polnischen Abordnung, die gegen die Überlassung der östlichen Teile Polens an die Sowjetunion protestierte, gesagt, daß Polen als Ersatz Breslau und Stettin erhalten werde. Dies war in der „New York Times" im August 1944 mit vielen Einzelheiten berichtet worden[14].

Die im Council angedeutete Alternative zu all dem ist niemals zum Zuge gekommen.

---

[11] Veröffentlicht in: Bulletin of the Council for a Democratic Germany, Vol. I, Nr. 5, New York.

[12] Siehe Dokument Nr. IV, das einen Auszug aus dieser Rede bringt.

[13] Siehe Dokument Nr. III.

[14] Am 21. August 1945 schrieb der Verf. an den kommunistischen Sprecher Schreiner: „Genau vor einem Jahr habe ich dringend gebeten, gegen die Ostgrenze, wie sie jetzt provisorisch festgestellt ist, öffentlich Bedenken zu erheben. Ich bin damals damit nicht durchgedrungen, weil von Ihrer Seite der Standpunkt vertreten wurde, daß die damals in allen Einzelheiten geschilderte Grenzlinie lediglich das Produkt politischer Giftmischer sei, die Uneinigkeit zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion stiften wollten." Schon im August 1945 war der Verf. entschlossen, einer Änderung der politischen Führung des Council nicht zuzustimmen und lieber auszutreten. Dies war auch dem kommunistischen Sprecher Schreiner klar. Anläßlich einer Besprechung bezeichnete er eine solche Handlungsweise als „politische Atombombe".

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

East Hampton, Post Box 888
L. J. N. Y.

Lieber Herr Bärwald!

Besten Dank für Ihren Brief und Entwurf. Leider ist es mir aus den gleichen Gründen, die ich das letzte Mal an Boenheim[15] schrieb, unmöglich, vor Ende September zu kommen. Es ist dieses Mal eine Frage „of to be or not to be" für mich, daß ich weiter arbeite, nicht aber für den Council, daß ich dabei bin.

Wie ich höre, hat sich die Absendung des Briefes an die Berliner Herren durch Bedenken der Hagen-Gruppe verzögert. Es scheinen die gleichen Bedenken zu sein, die ich in meinem ersten Brief geäußert habe, die mich aber nicht gehindert haben, dem einstimmig gefaßten Beschluß nachträglich zuzustimmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen ließen, was daraus geworden ist. Ich würde sehr dafür sein, daß wir sobald als möglich auch mit anderen Gruppen, z. B. in Frankfurt, Hamburg, Köln in Verbindung treten.

Und nun Ihr Entwurf: Ich bin der Meinung, daß, wenn wir jetzt nichts sagen, nachdem sogar Churchill in halber Selbstdesavouierung deutlich geredet hat, wir uns nicht nur lächerlich, sondern auch verächtlich machen. Ich habe in Briefen an Boenheim und Aufhäuser – unter dem Strich – bemerkt, daß ich Potsdam für das Ende Deutschlands als „Reich" halte. Nun weiß ich, daß nichts in der Geschichte endgültig ist, und würde es darum nicht für sinnlos halten, wenn wir mit einem kräftigen Statement unseren Gedanken Ausdruck geben. (Die Alternative wäre Auflösung.)

Die Gründe für meine Auffassung sind zum Teil in Ihrem Entwurf deutlich gemacht. (Ich wurde in ihr sehr befestigt, als mir gestern ein Emigrant, der viel mit der Amerikanischen Regierung gearbeitet hat und dem angeboten war, als adviser im Control Council für Deutschland zu arbeiten, es abgelehnt hat, „weil er nicht an der Liquidierung Deutschlands beteiligt sein wolle".) Es fehlen aber noch einige Punkte: Die Evakuierung der 10 Millionen, auf die Churchill Bezug genommen hat, und die sich in trostlosem Elend im übrigen Deutschland, meistens in der Russischen Zone, befinden; die radikale Annahme des Morgenthauplans, der sich als höchst lebendig erwiesen hat; der Gedanke, der in der Potsdamer Deklaration ausgesprochen ist, daß irgend einmal eine deutsche demokratische Regierung diesen Selbstliquidierungsfrieden unterschreiben soll. Wenn wir vom deutschen Standpunkt schreiben sollen, so müssen wir das alles sagen. Wir haben es nicht nötig, an irgend einem Punkt hinter Churchill zurückzubleiben. Und die Association muß es gleichfalls sagen.

Die einzige Frage, die ich stellen würde, ist die: Hat es, welthistorisch gesehen, noch einen Sinn, vom Standpunkt Deutschlands aus zu sprechen? (Sicherlich kann man humanitär für 50 Millionen Deutsche und ihr Lebensminimum reden, aber das ist kein politisches Reden.) Das Vordringen der Slaven bis zur Oder hat die 1000jährige

[15] Der von Tillich erwähnte Boenheim war Arzt und früher in leitender Stellung an einem Krankenhaus in Berlin tätig gewesen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geschichte der deutschen Ostsiedlung rückgängig gemacht, die Reagrarisierung hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer wirtschaftlichen und politischen Existenz unterminiert. Der deutsche Protestantismus ist mit all den kulturellen Kräften, die er produciert hat – übertroffen höchstens durch Württemberg – ausgerottet. Im Westen aber hat sich die angelsächsische Weltherrschaft auf lange Zeit hinaus unangreifbar etabliert. Vom Zeitalter einer neuen Dèmokratie zu reden ist selbst „with the tongue in the cheek" unmöglich. Verstehen wir unter Demokratie was die Russen darunter verstehen, so hört sie mit den Grenzen der russischen Besetzung auf. Verstehen wir unter Demokratie, was die Amerikaner darunter verstehen, so ist es die Herrschaft der Verwalter der Atombombe und ihrer Nachfolger, zur Aufrechterhaltung des Monopolkapitalismus. Die Franzosen haben das begriffen, wie es ihre Reaktion auf die Atombombe zeigt. Wir sollten uns auch klar über die Welt sein, wie sie seit Juli 1945 aussieht, und die fast nichts mehr mit der Welt zu tun hat, in die wir geboren sind.

Ich habe in Ihrem Text einiges Stilistische angestrichen, einige Wünsche, etwas hinzuzufügen ausgedrückt und mich gegen die Ideologie des „Zeitalters einer neuen Demokratie" gewendet. Die grundsätzlichen Ausführungen dieses Briefes sollen nicht von einer Erklärung zurückhalten. Man kann das moralisch Richtige auch sagen, wenn es politisch nicht mehr aktuell ist. Aber ich wollte, daß die Mitglieder des Councils wissen, was ihr Chairman a) über Potsdam, b) über die weltgeschichtliche Situation denkt. Darum bitte ich Sie, dieses vorzulesen.

Mit herzlichem Gruß Ihnen und den übrigen Mitgliedern

Ihr
gez. P. Tillich

Dokument 2

East Hampton, L. J. N. Y. Sunday
Postbox 888

Lieber Herr Bärwald!

„O mein prophetisches Gemüt", sagt Hamlet – und ich mit ihm. Kaum hatte ich den Brief an Sie eingesteckt, als ich daran dachte, daß der Satz über die „Unvorbereitetheit" nicht klar in der Beziehung war, in der ich ihn *allein* meinte, nämlich in Bezug auf die Debatten über die Zukunft des Councils an sich. Ich wußte genau, daß die Potsdamer Erklärung genügend durchdebattiert war; und wie ich höre, haben Sie inzwischen auch mit Aufhäuser gesprochen, und – wie mir Hagen weiter sagte, kann Budzislawski nicht vor Oktober erwartet werden. Nachdem Sie mir nun auch – bevor Ihr Brief kam – im Traume leise vorwurfsvoll erschienen sind, fühle ich mich sehr beunruhigt über den Gedanken, Ihnen den Eindruck einer Kritik meinerseits erweckt zu haben. *Davon war natürlich keine Rede*[16]. Ich hatte nur einen sachlichen und einen

[16] Im Original unterstrichen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

persönlichen Grund: Den sachlichen, daß wir, nachdem im Juni eine allgemeine Auflösungstendenz fühlbar war und wir *dar*über[17] im September uns klar werden sollten, dies nun im Zusammenhang mit Potsdam debattiert werden sollte; und einen persönlichen, daß am Sonnabend alle diese Probleme aufgetaucht wären, und ich in einem Zustand des Councils, der meine Anwesenheit unbedingt erfordert hätte, wieder hätte zurückfahren müssen. Vielleicht ist das eine Selbstüberschätzung, aber ich weiß, daß man mich für den am meisten „Neutralen" hält und es mir darum vielleicht möglich gewesen wäre, eine schädliche Katastrophe zu verhindern. Jedenfalls fühlte ich *die Pflicht, in einer akuten Krise da zu sein*[18]. Und das ist vor dem 20-ten nicht möglich.

Ich glaube, daß wir über die Chairman-ship in den 1½ Wochen, die noch zu decken sind, nicht viel zu sagen brauchen. Ich wäre Ihnen natürlich dankbar, wenn Sie es bis zum 20-ten weiter führten, wenigstens dem Büro gegenüber, im Falle eiliger Unterschriften. Wenn nicht, müßte das Büro Unaufschiebbares an mich schicken. Ich bitte Sie nur, daß Sie es so oder so im Büro veranlassen.

Die Einladung zum 20-ten bis 22-ten will ich von hier machen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Fragen „Erklärung" und „unmittelbare Zukunft des Councils" zusammengehören. Ich glaube, daß jede Anti-Potsdam-Erklärung, die für mich genau so „conditio sine qua non" ist wie für Sie, *mehr*[19] Gewicht hat, wenn sie im Rahmen einer Erklärung über die Absichten des Councils erscheint. Jedermann fragt sich, ob wir uns nun auflösen. Wenn ja, müssen wir kräftig sagen, warum, wenn nein, ebenfalls. Ich bitte darum nur, daß in den Referaten, die wir in der ersten Sitzung geben müssen, *zwei*[20] Punkte erscheinen, die Kritik an Potsdam und die nächste Zukunft des Councils. Und da dieser zweite Punkt von möglichst vielen Seiten beleuchtet werden muß, will ich außer Schreiner und Sie, noch Hagen, Aufhäuser und Hausmann bitten, kurz ihre Meinung zu sagen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Auffassung einverstanden sind. Sachlich differieren wir beide wohl nur darin, daß ich skeptischer über die Fortführung des Councils in der gegenwärtigen Form bin als Sie. Aber ich bin überzeugbar, und möchte einfach die Argumente hören und die Stimmung fühlen.

Ich bin darum auch nicht dafür, daß am Donnerstag schon abgestimmt wird (falls über den Council gesprochen wird, sonst natürlich), daß am Sonnabend Nachmittag der Ausschuß die Erklärung berät, und am Sonnabend Abend darüber abgestimmt wird.

Zu meinem Brief nur noch eins: Ich hatte durchaus mit der Ablehnung meines Vertagungsantrags gerechnet und mit Furcht und Zittern darauf gewartet. Er war ja nur als Bitte, nicht als Forderung gemeint.

Sehr herzlich
Ihr
gez. P. Tillich

---

[17] Im Original unterstrichen.
[18] Im Original unterstrichen.
[19] Im Original unterstrichen.
[20] Im Original unterstrichen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Council for a Democratic Germany
8 East 41st Street
New York 17, NY

Entwurf einer Erklärung von Professor Tillich für die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses

Nach der Beendigung des Krieges an beiden Fronten, nach der Potsdamer Konferenz der großen Mächte und den Anfängen der gemeinsamen Verwaltung Deutschlands durch die Alliierten hat der „Council for a Democratic Germany" in New York zu der neuen Situation Stellung genommen und ist zu folgender Auffassung über seine künftigen Aufgaben und die Voraussetzungen ihrer Durchführung gekommen:

1.) Der Council steht nach wie vor zu den Prinzipien, auf die er laut seiner Erklärung vom Mai 1944 gegründet ist. Er betont aufs neue seine Überzeugung, daß die Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die einzige Garantie des Weltfriedens und des Wiederaufbaus Europas und Deutschlands bietet. Er hat mit Genugtuung festgestellt, daß sein Prinzip der Koalition aller antifaschistischen Richtungen nicht nur für die meisten europäischen Nationen, sondern auch für die Anfänge selbständiger politischer Gruppierungen innerhalb Deutschlands maßgebend geworden ist.

2.) Wir wissen, daß das Schicksal, das Deutschland getroffen hat, die Folge seiner Unwilligkeit und – trotz heroischer Versuche einzelner Gruppen – Unfähigkeit ist, eine der verbrecherischsten und unheilvollsten Tyranneien aller Zeiten von sich abzuschütteln. Das Elend, unter dem zur Zeit Millionen Deutsche leiden, ist begründet in dem Elend, das die Deutschen vorher über andere Völker gebracht haben. Kein Deutscher sollte die Gerechtigkeit dieses Geschehens in Zweifel ziehen.

3.) Es ist unsere Hoffnung, daß es möglich sein wird, ein lebensfähiges demokratisches Deutschland in die Kulturgemeinschaft der europäischen Völker und in die Zusammenarbeit der Menschheit als Ganzes zurückzuführen. Dabei mitzuhelfen ist das ursprüngliche und gegenwärtige Ziel des Councils. Die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß dieses Ziel nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern ebenso sehr im Interesse des europäischen Wiederaufbaus und der Organisation der Welt liegt. Die Erreichung dieses Zieles muß das letzte Kriterium aller Maßnahmen gegenüber Deutschland sein.

4.) Der „Council for a Democratic Germany" findet in den Potsdamer Beschlüssen und ihrer Durchführung Punkte, die von diesem Kriterium aus zu begrüßen sind. Er denkt dabei an die Ermutigung politischer Arbeit deutscher antifaschistischer Gruppen, an die Vorbereitung lokaler demokratischer Wahlen, an die Wiederherstellung der Gewerkschaften, an die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und an die Einrichtung zentraler Verwaltungsstellen jenseits der Zoneneinteilung. Er denkt ferner an die Fortschritte in der Denazifizierung Deutschlands, an den Beginn der Pro-

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zesse gegen die Kriegsverbrecher und die weite Fassung dieses Begriffs, an die Aufhebung des Fraternisierungsverbotes und die Wiedereröffnung der Schulen und vieler kultureller Institute.

5.) Wir sind, auf der anderen Seite, mit einem großen Teil der öffentlichen Meinungen in den alliierten Ländern darüber einig, daß die Potsdamer Beschlüsse und der gegenwärtige Zustand des deutschen Volkes die Schaffung eines lebensfähigen, demokratischen Deutschlands nahezu unmöglich machen. Das gilt in erster Linie von den wirtschaftlichen Entscheidungen, die Deutschland fast eines Drittels seiner landwirtschaftlichen Basis berauben, den unzerstörten Rest seiner Industrie teils aus Deutschland entfernen, teils lahmlegen, teils an private Interessenten in alliierten Ländern übergeben, und zugleich dem um ein Viertel seines Gebietes geschmälerten Deutschland über 10 Millionen neuer Bewohner zuführen. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen gehen weit über eine Herabdrückung des deutschen Lebensniveaus bis zum äußersten Minimum hinaus. Sie bedeuten entweder das Aussterben von erheblichen Teilen des deutschen Volkes oder die Notwendigkeit seiner Ernährung von außen auf unbegrenzte Zeit, beides im Widerspruch zu der Schaffung eines lebensfähigen, demokratischen Deutschlands. Im Widerspruch zu der Entwicklung eines demokratischen Geistes in Deutschland stehen ferner die Methoden der Evakuierung, der Deportation und der Zwangsarbeit, sowie die unklare und oft sehr wohlwollende Stellungnahme der Besatzungsbehörden zu früheren Nazis und ihren politischen Verbündeten. Der Council hofft, daß die sachlichen Notwendigkeiten zu einer Abänderung mancher der genannten Beschlüsse und Maßnahmen führen werden – wozu sie zum Teil schon geführt haben.

6.) Auf Grund dieser Überzeugung ist der Council entschlossen, seine Arbeit im Sinne der genannten Prinzipien fortzusetzen. Er sieht seine Aufgabe in einer doppelten Richtung:

Er bemüht sich um eine enge, möglichst auch persönliche Verbindung mit denjenigen Gruppen in Deutschland, die eine Koalition aller antifaschistischen Kräfte darstellen, um sie über die Vorgänge und Stimmungen in der westlichen Hemisphäre zu orientieren und ihnen, wo es möglich ist, ideelle und materielle Hilfe zukommen zu lassen. Der Council versucht gleichzeitig, Informationen, die er aus Deutschland sowie den übrigen Ländern, über die deutsche Situation erhält, zu sammeln und der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er will eine Brücke sein zwischen denjenigen Kreisen in Amerika, die dem Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands sympathisch gegenüberstehen, und den Kräften, die diesen Aufbau in Deutschland selbst tragen.

Dokument 4

Auszug aus Äußerungen Friedrich Baerwalds in der Council-Sitzung vom 20. 9. 1945:

Die Potsdamer Entschlüsse sind am 2. August 1945 veröffentlicht worden. Die Vollsitzung des Council, die am darauffolgenden Tag stattfand, konnte sich mit diesen Beschlüssen naturgemäß nicht endgültig befassen. Es war notwendig, aufmerksam die

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erläuterungen und Pressebesprechungen zu verfolgen, bevor man zu einem sachlich und politisch bekundeten Urteil über die Tragweite von Potsdam gelangen konnte.

Es sind seit der letzten Vollsitzung 5 Wochen verstrichen. In dieser Zeit ist eine Fülle von Material über Potsdam bekanntgeworden und eingehende Presse-Äußerungen liegen vor. In einer Übersicht über die Haltung der amerikanischen Presse, die Dr. Hausmann in der Staatszeitung gegeben hat, kommt klar zum Ausdruck, daß gegen die wirtschaftlichen und territorialen Regelungen von Potsdam die schwersten Bedenken in den weitesten und politisch ungleichartigen Kreisen geäußert werden. In einer Unterhausdebatte kamen ähnliche Gesichtspunkte zum Ausdruck und es wurde darauf hingewiesen, daß es sich – zumindest in der Frage der Grenzziehung im Osten – nur um eine vorläufige Regelung handelt.

Nächste Woche treten in London die Außenminister der fünf Hauptmächte zusammen, um endgültige Regelungen vorzubereiten. Bisher hat der Council zu den Potsdamer Beschlüssen geschwiegen. Am Anfang war dieses Schweigen berechtigt, weil hastige Stellungnahmen wie sie seinerzeit zu den Yalta-Beschlüssen erfolgten, von uns vermieden werden müssen. Setzen wir jedoch jetzt dieses Schweigen fort, so kann daraus nur ein Schluß gezogen werden: Daß wir uns den Potsdamer Beschlüssen vorbehaltlos anschließen und der Auffassung sind, daß sie mit der Einstellung zu Deutschland vereinbar sind, die bisher zumindesten die Grundlage unserer Koalition gebildet hat.

Ich will ganz klar herausstellen, daß solche Rückschlüsse für mich völlig untragbar sind. Ich halte die Potsdamer Beschlüsse nicht nur für ein Verhängnis für die breiten Massen des deutschen Volkes, die schon unter Hitler so viel gelitten haben. Darüber hinaus sind sie auch ein schwerer weltpolitischer Fehler, der früher oder später verbessert werden muß, soll nicht ganz Europa und damit die politische Weltordnung überhaupt dauernd in einem Zustand der Depressionen und Unsicherheit gehalten werden ...

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

DIE ERFORSCHUNG DES DEUTSCHSPRACHIGEN EXILS VON 1933–1945 – EIN SCHWERPUNKT BEI DER DEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT

Die internationalen, zum Teil bereits koordinierten Forschungsbemühungen der letzten Jahre haben verdeutlicht, daß eine noch stärkere Einbeziehung der deutschsprachigen Emigration der Jahre 1933–1945 in die wissenschaftlichen Bemühungen um die deutsche Geschichte der neuesten Zeit angestrebt werden sollte. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert deshalb seit 1973 in einem bis zum Jahre 1983 verlängerten Schwerpunktprogramm die Emigrations- und die Exilforschung und unterstützt dabei insbesondere solche Projekte, die zur Erkenntnis der Bedeutung der Emigration und ihrer Leistungen im Gesamtzusammenhang der politischen Geschichte, der Ideologiegeschichte, der Sozialgeschichte, der Literaturgeschichte, der Wissenschaftsgeschichte usw. beitragen können. Dabei ist eine die Grenzen der einzelnen Wissenschaftsgebiete übergreifende Zusammenarbeit von Einzelforschern, Forschergruppen und Forschungsinstitutionen verschiedener Disziplinen erwünscht.

1. Zum Stand der Exilforschung in der Bundesrepublik

Aus der Zusammenarbeit unterschiedlicher Forschungseinrichtungen, z. B. dem Bundesarchiv Koblenz, der Deutschen Bibliothek Frankfurt, dem Forschungs-Institut der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes Düsseldorf, dem Institut für Zeitgeschichte München, dem Deutschen Literatur-Archiv Marbach, der Akademie der Künste Berlin, der Hamburger Arbeitsstelle für deutsche Exil-Literatur, entstanden inzwischen benutzbare Dokumentations-Archive, die aus dieser Zusammenarbeit hervorgegangenen Handbücher sind in die Publikationsphase getreten. In zwei Bänden liegt das „Handbuch der Exil-Presse" vor, der erste Band des „Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933" wird noch im Jahr 1980 erscheinen, erschienen ist das „Verzeichnis der Quellen und Materialien der deutschsprachigen Emigration in den U.S.A. seit 1933", die Dokumentationen zur Sicherung und Erschließung ungedruckter politischer Quellen der Emigration, der ungedruckten literarischen Quellen und der autobiographischen Zeugnisse des Exils stehen in den beteiligten Bibliotheken und Archiven zur Benutzung bereit. Parallel dazu wurde bereits eine Reihe von Einzeluntersuchungen begonnen und auch abgeschlossen.

Zum ersten Mal ist in allen gesellschaftlichen Leistungsbereichen der durch Flucht und Vertreibung entstandene Verlust, die Geschichte von Flucht und Vertreibung, die politisch-organisatorische Struktur des Exils, der Beitrag der deutschsprachigen Emigration in den Niederlassungsländern und nach einer Rückkehr in die Herkunftsländer zu überblicken. Auf der Basis der vorliegenden Dokumentationen soll nun in verstärktem Maße die monographische Forschung zu Wort kommen.

2. Schwerpunkte der weiteren Förderung

a) Da die Verschiedenartigkeit der kulturellen, politischen und anderen Bedingungen in den Ländern des Exils auch die Verschiedenartigkeit der Exiltätigkeiten und der Exilpublikationen bestimmte, ist es nötig, Regionalstudien zu erarbeiten und zu diesem Zweck Projektgruppen zu bilden, die in interdisziplinä-

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rer Forschungsbemühung versuchen, das Gesamtspektrum des Exils jeweils am Modell eines Aufnahmelandes darzustellen.

b) Es fehlen derzeit insbesondere gruppenspezifische Untersuchungen, z. B. Studien zu Exilorganisationen und Hilfsorganisationen, wobei die erhaltenen Archive dieser Gruppen durchforscht werden müßten. So sind Studien zum kirchlichen Exil, zum Gewerkschaftsexil, zum Exil bestimmter Berufsgruppen etc. erwünscht.

c) Im Rahmen einer Feinperiodisierung der Exilszeit sollten die inner- und die außereuropäischen Exilzentren untersucht werden. Die Verbindungen des Exils zum innerdeutschen Widerstand, der Kampf mit den NSDAP-Auslandsorganisationen, das Engagement im Spanischen Bürgerkrieg u. ä. sind noch nicht vollständig gelöste Forschungsaufgaben. In diesen Zusammenhang gehört z. B. auch der Streit um die „Europaflucht" im Lager der Vertriebenen, die innerdeutsche Auseinandersetzung mit dem Exil, die Entwicklung jener Abendlandideologie in der Literatur des Exils und der „Inneren Emigration", der von der nationalsozialistischen Propaganda das Bild des „deutschen Europa" entgegengesetzt wurde.
Bei all diesen Entwicklungen sind Phasen festzustellen, wobei die Jahre des Kriegsbeginns 1939/40 den deutlichsten Einschnitt markieren.

d) Einzeluntersuchungen zum Gesamtphänomen der Emigration bieten sich in großer Zahl an. So z. B. Arbeiten zur Auswirkung des Exils auf die Existenz der Vertriebenen und Geflohenen, zur Akkulturation und Enkulturation in den Niederlassungsländern, zur Eingliederung in den Kulturbetrieb und die Kulturindustrie der Niederlassungsländer, zur Entwicklung und Funktion von politischen und gesellschaftlichen Theorien unter den Bedingungen des Exils, zur Sprach- und Stilkonservierung als Folge des Exils, zum Exil als Strukturvorgabe von Literatur, zu den fremdsprachlichen Einflüssen auf die Literatur des Exils, zur Gattungsproblematik der im Exil entstandenen Literatur, zur bevorzugten literarischen und politisch-sozialen Metaphorik.

e) Die erzwungene Emigration als Teil der Rassenpolitik des Nationalsozialismus ist ebenso, wie die Reaktion der verschiedenen sozialen Gruppen darauf, der politischen Richtungen und sozialen Gruppen des Judentums und die Tätigkeit ihrer nach 1933 mit Auswanderungsfragen befaßten Organisationen, in den verschiedenen Phasen, Ausprägungen und Verfahrensweisen noch nicht hinlänglich erforscht.

f) Projektbedingt wird dabei auch die Überschreitung des Zeitraumes 1933–1945 gefördert. Im Vergleich mit der Situation der zwanziger und der frühen dreißiger Jahre ist die exilbedingte Wandlung oder Konservierung von Zielen, Interessen und Leistungsbereichen der Emigranten zu verfolgen.
Vor allem im Bereich von Politik und Wissenschaftsgeschichte sind Wirkungen des Exils auf die Aufnahmeländer erst für die Jahre nach 1945 sichtbar zu machen.
Auf der Basis der nun erstellten Datensammlungen geraten zunehmend die Probleme der Rückkehr, der Wirkungen von Remigranten auf Politik, Gesellschaft und Literatur in Deutschland nach 1945 in den Blick.

Anfragen an Dr. Manfred Briegel, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Postf. 205004, 5300 Bonn 2, Tel. 02221/872213.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JUSTIZGESCHICHTLICHES KOLLOQUIUM IM INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE

Vom 25. bis 27. März 1980 fand im Institut für Zeitgeschichte in München ein nichtöffentliches justizgeschichtliches Kolloquium statt, auf dem die Frage der Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Rechtsentwicklung im 20. Jahrhundert erörtert wurde. An dem Kolloquium, das durch die finanzielle Unterstützung der Thyssen-Stiftung ermöglicht und vom Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts Prof. Dr. Hans Hattenhauer (Universität Kiel) geleitet wurde, nahmen die Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Bernhard Diestelkamp (Universität Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Heinz Holzhauer (Universität Marburg), Prof. Dr. Günther Jakobs (Universität Regensburg), Prof. Dr. Friedrich Kübler, Prof. Dr. Wolfgang Naucke (beide Universität Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Hermann Nehlsen (Universität München), Prof. Dr. Bernd Rüthers (Universität Konstanz), Prof. Dr. Dieter Simon (Universität Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Alfred Söllner (Universität Gießen), Prof. Dr. Michael Stolleis (Universität Frankfurt a. M.), vom Institut für Zeitgeschichte Direktor Prof. Dr. Martin Broszat, Stellvertretender Direktor Dr. habil. Horst Möller und Dr. Lothar Gruchmann teil.

In der Diskussion über folgende Referate: Methodologisches zur rechtshistorischen Forschung (Simon), Vorurteile und Werturteile bei der rechtshistorischen Forschung zum Nationalsozialismus (Stolleis), Entwicklungslinien im Recht des Arbeitsverhältnisses (Söllner), Zum Beamtenleitbild des 20. Jahrhunderts (Hattenhauer), Die Familienrechtsgesetzgebung: Scheidungsgründe (Holzhauer), Die Aufhebung des strafrechtlichen Analogieverbots 1935 (Naucke) wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß sich bei der rechtshistorischen Erforschung der NS-Zeit eine Betrachtungsweise empfiehlt, die eine strikte Periodisierung von 1933 bis 1945 vermeidet, in der vorhergehenden und der nachfolgenden Zeitperiode nachweisbare Entwicklungslinien in die Untersuchung einbezieht und spezifische Veränderungen in der NS-Zeit somit aus dem Zusammenhang längerfristiger historischer Prozesse neu bestimmt. Dadurch sollten künftig auch die Mängel vermieden werden, die die von aktiven Richtern und Justizbeamten bearbeiteten Bände des damaligen Projekts „Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus" unter Leitung des Bundesgerichtshofspräsidenten i. R. Dr. Hermann Weinkauff (vgl. Bericht in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte 1963, S. 89ff.) aufweisen, deren Autoren die Vorgänge an den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates maßen und denen es daher nicht hinreichend gelang, den Stoff in den Zusammenhang der geschichtlichen Ereignisse und Entwicklungen einzuordnen. Die Teilnehmer waren sich ferner darin einig, daß rechtshistorische Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet künftig weniger normen- und dogmengeschichtlich ausgerichtet sein sollten, sondern mehr als bisher die konkreten Vorgänge – etwa auch die Rechtsprechung auf unterer Ebene anhand einiger ausgewählter Amtsgerichte – behandeln müßten, wobei das Institut für Zeitge-

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schichte hinsichtlich des Quellenmaterials beratend tätig werden könnte. Als Beispiel für eine solche in starkem Maße aus unveröffentlichtem Material erarbeitete Untersuchung wurde die z. Z. im Institut entstehende Arbeit über die Geschichte und Politik der Justizverwaltung im nationalsozialistischen Staat (Gruchmann) genannt.

Das Kolloquium diente zugleich dem Zweck, der rechtshistorischen Erforschung des Nationalsozialismus neuen Anstoß zu geben: es wurden diejenigen Rechtsgebiete festgehalten, die noch eingehender Bearbeitung bedürfen, und vereinbart, durch die beteiligten Ordinarien an den Universitäten entsprechende Einzeluntersuchungen anzuregen, deren Autoren in Zusammenarbeit mit dem Institut nach Möglichkeit einen Arbeitskreis bilden sollten.

Die für das Kolloquium ausgearbeiteten Referate werden mit einer Einleitung von Prof. Hattenhauer vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht.

L. Gruchmann

WECHSEL IM VORSITZ DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

Der bisherige Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte, Karl Dietrich Erdmann, der das Amt sechs Jahre lang bekleidet hat, ist anläßlich der Sitzung des Beirats am 7. März 1980 aus Altersgründen zurückgetreten. Zum Nachfolger wählte der Beirat Karl Dietrich Bracher/Bonn. Als Stellvertretender Vorsitzender wurde Thomas Nipperdey/München bestätigt. Ebenfalls aus Altersgründen sind auch die beiden Beisitzer des Vorstands, Walter Bußmann/Karlsruhe und Paul Kluke/Frankfurt, zurückgetreten. Als Nachfolger wählte der Beirat Knut Borchardt/München und Rudolf Morsey/Speyer.

M. Br.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte